

für dein gutes
Recht & kompetente
Beratung

für Gesundheits-
schutz & Entlastung

für echte
Teilzeit

für die Vereinbarkeit
von Familie & Beruf

~~X~~ Deine Stimme

für Unterstützung
bei Konflikten

bei den Wahlen der
Personalräte und
Frauenvertreterinnen

für Digitalisierung,
die funktioniert

für Arbeitszeit, die zu
deinem Leben passt
& nicht ausfert

für pädagogische
Qualität

für einen modernen
& (geschlechter-)
gerechten Arbeitsplatz

für bessere
Arbeitsbedingungen
in der Bildung

TITEL
Soziales unter
Kürzungsdruck

INTERVIEW
Bildungssenatorin
Günther-Wünsch

RECHT & TARIF
Nachteilsausgleich für
angestellte Lehrkräfte



Schulhausbegegnungen

von Antje Dombrowski

Schnief, schnaff, schnuff, höre ich es hinter mir auf der Treppe zwischen zweiter und dritter Etage schnaufen. Oje, da wird mich doch wohl nicht ein sportlicherer Kollege oder eine bei Weitem jüngere Kollegin gleich, noch auf den Stufen, überholen wollen? Ich fühle mich verfolgt. Das fände ich aber gar nicht lustig. Mein einmaliges wöchentliches Training im Fitnessstudio muss doch zu irgendetwas nütze sein, und wenn es nur um den Vorsprung zu Kolleg*innen auf der Treppe geht. An Schnelleres wage ich nicht mal zu denken.

Glücklich, noch vor dem Verfolger auf dem obersten Treppenabsatz angekommen zu sein, atme ich tief durch, lächle in mich hinein und sage mir: doch noch fit genug, yeah. Allerdings hat die Kollegin hinter mir die 60 schon überschritten. Mist, das gilt wohl nicht. Ich habe mir sogar einst die im Lehrer*innenzimmer so hochgelobte Fitness-App runtergeladen, die Schritte zählen kann. 10.000 pro Tag und man sei fitter denn je, wurde da gesagt. Die neue Begrüßung im Lehrer*innenzimmer: Und, wie viel Schritte hast du gestern so geschafft? Da wollte ich mitreden können. 4.000 und mehr Schritte sollten beim täglichen Hoch und Runter im Schulgebäude drin sein, dachte ich mir. Hochmotiviert flitzte ich

über die Schulhausflure, nahm die Treppen step by step, freute mich über jedes im Lehrer*innenzimmer vergessene Arbeitsmaterial, darüber, dass Arbeitsblätter (mal wieder) in aller Hektik falsch kopiert wurden, nahm Umwege, hieß dies doch: steps, steps, steps für die Super-App. Abends, zu Hause dann, schnell auf die App geschaut und: 400 Schritte! What?! Das Schulgebäude ist zu klein! ■

Antje Dombrowski, Lehrerin an einer Integrierten Sekundarschule in Neukölln

Wir sind nicht neutral

Die jüngsten Wahlergebnisse zeigen, dass Demokratiebildung einer klaren Haltung gegen Rechtsextremismus bedarf



Sanem Kleff, Direktorin der Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, bei denen die AfD auf dem ersten oder nur knapp zweiten Platz landete, zeigen: Menschenfeindliche Positionen haben immer mehr Zulauf, die Banalisierung sowie Normalisierung des Rechtsextremismus schreiten voran. Und die Wahlergebnisse machen auf erschreckende Weise deutlich, dass Rechtsextremismus ein massives Jugendproblem ist. In Thüringen wählten 37, in Sachsen und in Brandenburg jeweils 30 Prozent der Erstwähler*innen die AfD. Bei den noch Jüngeren verstärkt sich der Trend teils sogar noch. Bei den U18-Wahlen kam die AfD in Thüringen auf über 37 und in Sachsen auf über 35 Prozent. In Brandenburg, wo bereits 16-jährige mitwählten, gaben ihr über 29 Prozent bei der U16-Wahl ihre Stimme. Das ist der dramatischste Rechtsruck unter jungen Menschen, den die Bundesrepublik seit 1949 erlebt hat.

Als bundesweites Präventionsnetzwerk gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit erleben wir tagtäglich, wie Rechtspopulismus und -extremismus, übrigens nicht nur über die sozialen Medien, immer tiefer in die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen eindringen. Warum fühlen sich so viele junge Menschen von Rechtsextremist*innen angesprochen? Was suchen sie dort?

Monokausale Erklärungen verbieten sich. Aus der Präventions- und Radikalisierungsforschung wissen

wir: Jugendliche sind verunsichert, wenn sie kein Vertrauen haben, dass ihre Zukunft gut gelingen wird. Sie entwickeln Ängste, verlieren die Orientierung – und machen sich auf die Suche nach Angeboten, die Sicherheit und Stärke versprechen. Rechts-extreme Parteien machen sich diese Bedürfnisse zunutze und ködern junge Menschen mit dem Versprechen, dass sie in ihren Kreisen »wieder wer sein können« und einfache Lösungen auf verunsichernde, komplexe Fragen finden.

Es gibt kein Patentrezept, wie es gelingen kann, dass nicht Menschenhass, sondern demokratische, solidarische Lösungen die Jugendlichen überzeugen und resilient gegen Hass machen. Doch sicher ist, wir werden die existentiellen Bedürfnisse und emotionalen Befindlichkeiten der Jugendlichen, die Ursachen ihrer Ängste stärker beachten müssen: Die Langzeitfolgen der Pandemie, Kriege in der Ukraine, Israel und Gaza, demografischer Wandel, Klimakrise und ökonomische Unsicherheit gehören dazu.

Im Schulalltag sollten Jugendliche ihre sozialen Fähigkeiten entwickeln, Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, ihr Selbstwertgefühl stärken und Solidarität als etwas Wertvolles erleben können. Stimmen, die bezweifeln, ob Schule wirklich ein »Wohlfühlort« sein soll, müssen wir zurufen: Ja! Eine Schule, die nur Wissen vermitteln will und Emotionen ausblendet, arbeitet Rechtsextremist*innen zu. Schule hat die Aufgabe, demokratische Werte und kritisches Denken zu fördern. Demokratiebildung bedeutet entsprechend dem Schulgesetz, eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus zeigen. Deshalb sind wir nicht neutral. ■



8 TITEL Der Berliner Senat hat sich viel vorgenommen in der Sozialpolitik. Doch bei den Trägern der Stadt überwiegt die Angst vor Kürzungen. Wir fragen nach, welche Projekte der Senat unterstützt, wo die Finanzierung auf wackligen Füßen steht und was soziale Träger brauchen.



24 RECHT & TARIF

Die GEW hatte sich gegenüber dem Senat energisch dafür eingesetzt, dass Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, einen finanziellen Ausgleich erhalten. Ohne Druck und Protest hätte es gar keinen Nachteilsausgleich gegeben. Leider schafft das Gesetz nun neue Ungerechtigkeiten, denn zahlreiche Betroffene gehen leer aus.

44 TENDENZEN

Die Bildungseinrichtungen in Berlin ächzen unter Personalmangel und Überlastung, die Bildungsqualität leidet. Bei Kita-Erzieher*innen und Lehrkräften stellt sich der Senat dennoch gegen Tarifverhandlungen zu Entlastung und Gesundheitsschutz. Antje Jessa und Christoph Wälz fragen für die *bbz* bei Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) nach, wie sie die Probleme lösen will.





27 WAHLEN Nie war die Wahl der Personalräte und Frauenvertreterinnen wichtiger als in einer Zeit des Rechtsrucks. Denn Beschäftigtenvertretungen mit Rückgrat verhindern Willkür und stärken die Demokratie. Wir stellen euch Kandidat*innen der GEW vor.



SOZIALES UNTER KÜRZUNGSDRUCK

Ein marodes System *Fabian Schmidt-Vidović* _____ 8

Selbsthilfeorganisationen brauchen Unterstützung *Ella Wassink* _____ 12

Housing First in Berlin *Kai Hauprich* _____ 14

Interview: Von der Raupe zum Schmetterling *Jeannine Schätzle* _____ 16

Chancengerechtigkeit in der Kita *Jennifer Brehm, Sabine Clausen* _____ 18

Gratis-Mentalität beenden – Ja, wir sind dafür *Gökhan Akgün* _____ 20

RECHT & TARIF

Musikschulen ohne Honorare *Gregor Menz* _____ 21

Geschichte der GEW: Personalräte seit den 1970ern *Knut Langenbach* _____ 22

Nachteilsausgleich: Viele gehen leer aus *A. Surmann / P. Jopia-Bonnet* _____ 24

Erstattung von Dienstreisekosten *Tobias Hoffmann* _____ 26

Wahl der Personalräte und Frauenvertreterinnen *Christoph Wälz* _____ 27

Grafik: Wer wählt wen? _____ 30

SCHULE

Chaos beim Schulessen *Klaudia Kachelrieß* _____ 35

Das neue Schuljahr startet mit vielen Problemen *K. Kachelrieß / M. Jähne* _____ 36

Raus aus der KI-Hilflosigkeit *Pablo Postigo Olsson* _____ 38

GEWERKSCHAFT

Die GEW BERLIN auf dem Christopher Street Day *L. Guzzetti / K. Wagner* _____ 40

Wahlausschreiben Junge GEW _____ 41

Wahlausschreiben Gewerkschaftstag _____ 41

Tom Erdmanns Zeit als Vorsitzender *Martina Regulin / Markus Hanisch* _____ 42

ERWACHSENENBILDUNG

Beschäftigte in Hamburg kämpfen *Linda Guzzetti* _____ 43

TENDENZEN

Interview: Bildungssenatorin Günther-Wünsch *C. Wälz / A. Jessa* _____ 44

Unabhängigkeit der politischen Bildung *S. Achour / B. Overwien / I. Bielenberg* _____ 47

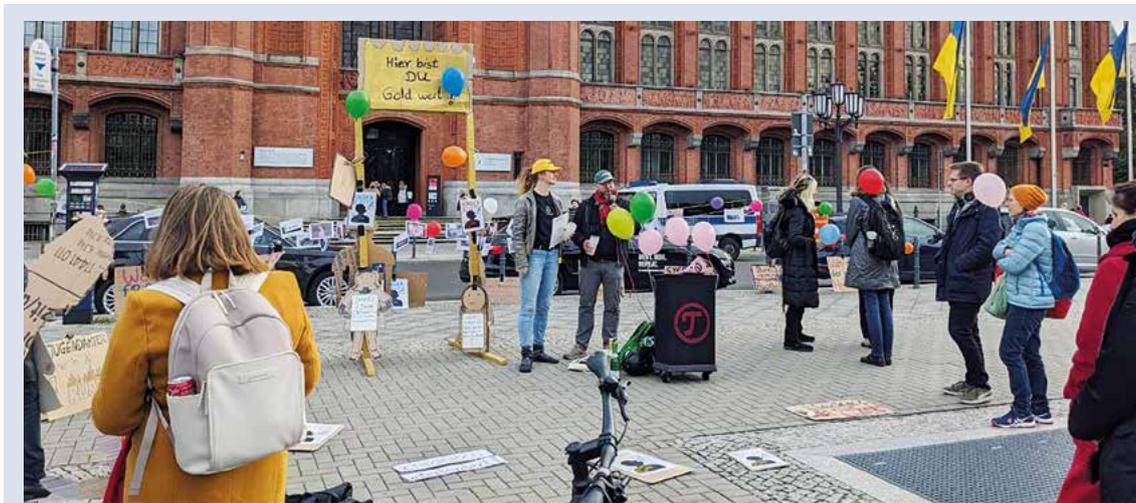
40 Jahre Humanistische Lebenskunde *Bruno Osuch* _____ 48

Interview: Betroffen von Antisemitismus *Rosa Fava* _____ 50

Radikal auf der Seite der Kinder *Olaf Schäfer* _____ 52

SERVICE

Theater | Bücher | Materialien | Aktivitäten _____ 56



Das Land Berlin feiert 100 Jahre Jugendamt. Den Fachkräften der Jugendämter und Jugendhilfe ist aber überhaupt nicht zum Feiern zumute. Sie machen sich eher Sorgen, wie Jugendämter und Jugendhilfe in den nächsten Jahren aussehen werden. Gerade sieht es mit Haushaltssperre und kommenden Kürzungen des Senats nicht rosig aus, obwohl die Bedarfe und Kinderschutzfälle steigen. Die Kolleg*innen fordern langfristige Finanzierungen der sozialen Angebote und verbindliche Fallbegrenzungen in den Jugendämtern.

FOTO: PRIVAT

■ Gerichtsurteil ändert nichts an Kita-Krise

Das Landesarbeitsgericht hat am 10. Oktober den Streik der Erzieher*innen in den kommunalen Kita-Eigenbetrieben für die Verbesserung der pädagogischen Qualität und Entlastung gestoppt. Die GEW BERLIN kündigte an, das Urteil gemeinsam mit ver.di sorgfältig zu prüfen und sich zu nächsten Schritten zu beraten. Mit dem Urteil des Landesarbeitsgerichts sind weitere Streikmaßnahmen auf absehbare Zeit jedoch untersagt. Dazu Martina Regulin, Vorsitzende der GEW BERLIN: »Klar ist, dass sich der Senat auf diesem Urteil nicht ausruhen darf. Die Probleme in den Kitas sind durch dieses Urteil nicht gelöst. Im Gegenteil: Wir brauchen spürbare Verbesserungen in den Kitas, sonst wird langfristig viel Personal verloren gehen«. Dem Urteil vorausgegangen waren mehrere Warnstreiks von ver.di und GEW seit Juni sowie eine Urabstimmung, bei der sich 82 Prozent der Teilnehmenden GEW-Mitglieder für einen unbefristeten Streik ausgesprochen hatten.

■ Größere Klassen verringern Bildungsgerechtigkeit

Die Vereinigung der Berliner Schulleitungen in der GEW BERLIN (VBS) kritisiert die schleichende Anhebung der Klassengrößen in den Integrierten Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. »Leider sehen wir, dass an manchen Sekundar- und Gemein-

schaftsschulen siebte Klassen mit bis zu 28 Schüler*innen inzwischen Realität sind, obwohl die Basisfrequenz auf 25 Schüler*innen festgelegt ist. Dies gefährdet massiv die Qualität der schulischen Bildung an den betroffenen Standorten«, so Detlef Pawollek vom Vorstand der Vereinigung. Bei der Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen im Jahr 2010 war eine Basisfrequenz von 25 Schüler*innen in Abgrenzung zu den Gymnasien verbrieft vorgesehen.

■ Tarifeinigung zwischen ver.di, GEW und Paritätischer Tarifgemeinschaft

Der Arbeitgeberverband Paritätische Tarifgemeinschaft e.V. hat sich im September gemeinsam mit ver.di sowie der GEW erstmals über den Abschluss eines einheitlichen Tarifvertrags für das Land Berlin geeinigt. Noch steht die Einigung unter Gremienvorbehalt. Der neue Tarifvertrag tritt am 1. Januar 2025 in Kraft und gilt zunächst für die insgesamt etwa 4.000 Beschäftigten der sozialen Träger Volkssolidarität Berlin, Humanistischer Verband Deutschlands – Landesverband Berlin-Brandenburg KdöR, RBO – Inmitten gGmbH, Stiftung Rehabilitationszentrum Ost und LWB – Lichtenberger Werkstätten gGmbH. Der Tarifvertrag erfasst damit eine Vielzahl unterschiedlicher sozialer Einrichtungen, darunter Pflege, Kindertagesbetreuung, Eingliederungshilfe, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen,

Jugendhilfe, Hospize, Schulen, Hochschulen und viele weitere Bereiche.

■ Schulen dürfen bis November keine Klassenfahrten buchen

Berliner Schulen dürfen bis Ende November keine Klassenfahrten mehr buchen. Laut Bildungssenatorin Günther Wünsch gehe es darum, keine Verträge abzuschließen, die künftig Kosten für die Unterbringung der Lehrkräfte und damit für den Berliner Landeshaushalt verursachen. »Dieses Vorgehen konterkariert das hohe Engagement vieler Lehrkräfte, die für ihre Schüler*innen attraktive Bildungsangebote buchen wollen.« Klassen-, Jahrgangs-, Sprach- und Kursfahrten sind aus pädagogischer Sicht von enormer Bedeutung für das Lernen außerhalb von Schule und für den Zusammenhalt in den jeweiligen Lerngruppen. Hier darf es keine Einbußen geben. Damit die Fahrten stattfinden können, sollte das Land deutlich mehr Budget einplanen anstatt zu kürzen«, forderte Martina Regulin, Vorsitzende der GEW BERLIN.

■ Repressionen in der Jugendhilfe

Die Arbeitsgemeinschaft »Weiße Fahnen« kritisiert in einer Stellungnahme vom 13. September die Einschüchterungsversuche des Staatssekretärs Falko Liecke gegenüber gewerkschaftlich engagierten Mitarbeiter*innen der Berliner Kinder- und

Jugendhilfe (KJH) und Mitgliedern der AG. Besonders alarmierend sei demnach der Fall einer Kollegin, die nach einer Gefährdungssituation ein Kind mithilfe der Polizei dem Notdienst zugeführt habe. Aufgrund eines zu diesem Zeitpunkt ausgesprochenen mehrmonatigen Belegungsstopp des Notdienstes sei dies nur mit Hilfe der Polizei möglich gewesen, woraufhin die Kollegin eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhalten habe. Angedrohte rechtliche Schritte und disziplinarische Maßnahmen gegen kritische Kolleg*innen stellen aus gewerkschaftlicher Sicht einen Angriff auf die Meinungsfreiheit dar. Die GEW solidarisiert sich mit den betroffenen Kolleg*innen und fordert ein Ende der Repression. Die Mitarbeiter*innen der Berliner KJH dürfen nicht durch Druckmaßnahmen zum Schweigen gebracht werden.

■ Fachleitungen an Grundschulen

An 72 Grundschulen und Grundstufen von Gemeinschaftsschulen soll es nun eine Fachleitung für Mathematik oder Deutsch geben. Das ist auch auf jahrelange Forderungen der GEW sowie der Frauenvertreterinnen zu Funktionsstellen im Grundschulbereich zurückzuführen. Perspektivisch ist eine Ausweitung vorgesehen. Die Aufgaben und Besoldung wurden bereits per Rundschreiben bekannt gegeben und werden in der Verwaltungsvorschrift Zuordnung neu geregelt.

■ Studie über Unterrichtszeit für politische Bildung

Politikverdross, sinkendes Vertrauen in staatliche Institutionen, Wahlerfolge extrem rechter Parteien – diese und weitere als demokratiegefährdend eingestufte Entwicklungen der letzten Jahre führten zu Forderungen, die politische Bildung an Schulen auszubauen. Mithilfe von Daten aus historischen Stundentafeln konnten Forschende des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe die Entwicklung des Unterrichtsfachs Politik in den vergangenen Jahrzehnten nachzeichnen. Dabei lässt sich bis Ende der 1990er Jahre ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Anzahl der Unterrichtsstunden in diesem Fach und der parteipolitischen Regierungskonstellation beobachten. Je nach politischer Landesfarbe erhielten die Schüler*innen unterschiedlich viel politische Bildung. War die SPD an einer Regierung beteiligt, wurde mehr politische

Bildung unterrichtet. Regierte die CDU, war weniger politische Bildung vorgesehen. Besonders deutlich gilt das für die ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die nach der Wende christdemokratisch geprägt waren. Dort war im Vergleich sehr wenig politische Bildung vorgesehen. Seit den 2000er Jahren ist politische Bildung jedoch weniger von der Zusammensetzung der Landesregierung geprägt.

■ Nein zu Bundeswehr an Schulen

Die Bundeswehr ist zunehmend an Schulen bzw. im schulnahen Kontext präsent. Jugendoffizier*innen geben Vorträge zur Sicherheitspolitik. Bei großen Jobmessen für Schüler*innen werben »Karriere«-Berater*innen um neuen Nachwuchs. Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr in Berliner Schulen und auf Schüler*innen. Wenn an eurer Schule das Thema ansteht, könnt ihr einen Antrag in die Schulkonferenz einbringen oder gemeinsam mit der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) Aktionen planen. Am 13. November laden wir gemeinsam mit der DFG ein zum Austausch »Bundeswehr an Schulen – wie können wir aktiv werden?« (17 bis 19 Uhr, GEW-Haus).



Hier findet ihr einen Musterantrag:

■ Böckler-Stipendium für Talente in der beruflichen Bildung

Die Hans-Böckler-Stiftung vergibt ein Azubi-Stipendium, das monatlich 300 Euro zusätzlich zur Ausbildungsvergütung umfasst. Dabei spielt es keine Rolle, welcher Beruf gelernt wird. Geachtet wird im Bewerbungsprozess vor allem auf die jeweiligen Kompetenzen im Arbeitsalltag und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Mit der dreijährigen Förderung möchte die Stiftung Auszubildende darin unterstützen, den Weg in den Beruf zu meistern und Expert*in für die Arbeitswelt zu werden: international ausgerichtet, demokratisch, nachhaltig. Das Stipendium umfasst außerdem ein abwechslungsreiches Bildungsangebot, einen Auslandsaufenthalt in den USA, Sprachkurse, Karriereberatung, Netzwerke und Gemeinschaft.

I ÜBRIGENS

Genau 30 Jahre ist Ralf Schiweck nun Mitglied der *bbz*-Redaktion. Seit den 90ern kommentiert er die Berliner Bildungspolitik und Entwicklungen in der GEW.

Erst Hauptschullehrer, dann Schulleiter und Schulrat, als Pensionär noch engagiert bei der Unterstützung von Quereinsteigenden – Ralf bringt Perspektiven ein, die nur er in der Redaktion hat. 2000 interviewte er Bildungssenator Böger – wir konnten daraus lernen.

Wirklich Großartiges hat zudem unsere studentische Mitarbeiterin Emilia Stemmler geleistet, die 24 Jahre später unser Interview mit der Bildungsministerin so gekürzt hat, dass es gut lesbar geworden ist. Danke, Ralf und Emilia, für eure tolle Arbeit! chw

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die *bbz* veröffentlicht Beiträge zu vielfältigen Themen. Alle GEW-Mitglieder sind eingeladen, Beiträge einzureichen. Schreibt an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS

Januar/Februar: 11. November

März/April: 20. Januar

Die Inhalte in der *bbz* geben die Meinungen der Autor*innen wieder, nicht die der Redaktion. Erst recht sind sie nicht als verbandsoffizielle Mitteilungen der GEW BERLIN zu verstehen. Die *bbz* sieht es als ihre Aufgabe, nicht nur Verkündungsorgan der offiziellen Beschlusslage zu sein, sondern darüber hinaus auch Raum für kontroverse Positionen zu geben, Diskussionen zu ermöglichen und so zur Meinungsbildung in der GEW beizutragen.

I IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint zweimonatlich (6 Ausgaben). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).

Redaktion: Christoph Wälz (verantwortlich), Christina Bauermeister (geschäftsführend), Janina Bähre, Antje Dombrowski, Josef Hofman, Nicola Kub, Antje Jessa, Caroline Muñoz del Rio, Jeannine Schätzle, Ralf Schiweck, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat), Emilia Stemmler (Studentische Mitarbeiterin)
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail bbz@gew-berlin.de

Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.

Anzeigen: bleifrei Medien + Kommunikation, info@bleifrei-berlin.de, Tel. 030/613936-30. Es gilt die Preisliste Nr. 16 vom 1.10.2021

Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik / Brauweiler, Miller
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

ISSN 0944-3207 / 77. (92.) Jahrgang

11-12 / 2024: 29.200

»Entweder wir stehen jetzt für unsere Rechte auf,
oder wir müssen über Jahre mit den Konsequenzen
einer fehlgeleiteten Senatspolitik leben.«



Der Verein Pfade des Glücks e.V.- Erlebnis Pferd wird von Oliver Steffen und Anne Dahl geleitet. Der Verein bietet ein Projekt zur Intergrationsförderung an, das an den Stärken der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet ist. Die Erlebnispädagogik mit dem Lernpartner Pferd unterstützt die ganzheitliche Entwicklung der Heranwachsenden. Dahl und Steffen erhalten als kleiner Verein keine Förderung und stemmen die Finanzierung aus ihrem privaten Einkommen und Spenden. Die Fotos wurden von Bertolt Prächt gemacht.

Ein marodes System

Der Berliner Senat entfernt sich immer weiter von den Versprechen des Koalitionsvertrags. Die Sparmaßnahmen sind eine Gefahr für Familien, Fachkräfte und das soziale Gefüge in unserer Stadt

von Fabian Schmidt-Vidović

Im Koalitionsvertrag hat der Berliner Senat ambitionierte Ziele formuliert, um die soziale Infrastruktur der Hauptstadt zu verbessern. Unter dem Motto »Das Beste für Berlin. Ein Aufbruch für die Stadt. Eine Koalition für Erneuerung. Ein Regierungsprogramm für alle. Innovativ, verlässlich, sozial und nachhaltig« wurden zentrale Vorhaben für ein soziales Berlin angekündigt. Diese umfassten unter anderem den Ausbau der Angebote in der Jugendhilfe, die Erhöhung der Kitaplätze sowie die Stärkung der Sozialen Arbeit und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus wurde ein klarer Fokus auf den Schutz vor Armut gelegt, um benachteiligte Gruppen gezielt zu unterstützen und den Zugang zu sozialen Leistungen zu erleichtern.

Dieser positive Ansatz steht jedoch im starken Kontrast zu den aktuellen Sparmaßnahmen, die der Senat angekündigt hat. Die drastischen Kürzungen im sozialen Bereich, insbesondere in der Familienhilfe, der Eingliederungshilfe und bei Beratungs- und Bildungsangeboten, stellen die geplanten Fortschritte in Frage. Der Senat hat beschlossen, in einem bereits angespannten System weitere Einsparungen

vorzunehmen, was nicht nur die Qualität der sozialen Dienstleistungen gefährdet, sondern auch die Zukunft vieler wichtiger Angebote in Berlin. Während die finanziellen Herausforderungen nicht zu leugnen sind, sind die Auswirkungen auf Familien und Fachkräfte gravierend und könnten das soziale Gefüge der Hauptstadt erheblich belasten.

Doppelhaushalt bringt drastische Einsparungen

Mit dem neuen Doppelhaushalt 2024/25 kündigte sich eine neue Qualität der Kürzungen für die Soziale Arbeit an. Nach den hohen Ausgaben der Corona-Jahre ist der Haushalt der Hauptstadt stark belastet, und die Schuldenbremse verhindert die Aufnahme neuer Schulden. Der neue Doppelhaushalt, der 2023 in Kraft trat, sah hohe pauschale Minderausgaben für alle Bereiche vor, die das übliche Maß weit überschritten. Alle Senatsverwaltungen sollen zehn Prozent ihres Budgets einsparen. Die angekündigten Kürzungen betreffen unter anderem Verkehr, Bildung und Soziales.

Auch die Bezirke müssen mehrere Millionen Euro in ihren Haushalten einsparen. Vor allem die Bezirke Mitte, Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf sollen massive Sparmaßnahmen einleiten. Die wenigen finanziellen Stellschrauben der Bezirke sind neben dem Personal die sogenannten »freiwilligen« Leistungen. Diese umfassen alle Ausgaben, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, aber dennoch wichtige soziale und kulturelle Angebote finanzieren. Dazu gehören beispielsweise Jugendclubs, Kulturprojekte, Sportvereine und Beratungsstellen. Da diese Leistungen nicht gesetzlich verankert sind, können sie bei finanziellen Engpässen leichter gekürzt oder gestrichen werden.

Soziale Einrichtungen vor dem Aus

Hinzu kam, dass der Senat die übliche Praxis der Bezirke, durch unbesetzte Stellen im Haushalt zu sparen, nicht mehr erlaubt. Zudem ergab der kürzlich veröffentlichte Zensus, dass die Bevölkerung Berlins geringer ist als angenommen. Dies führt zu steuerlichen Mindereinnahmen von 450 Millionen Euro für Berlin und erhöht den finanziellen Druck auf die Bezirke und den Senat.

»Die drastischen Kürzungen des Berliner Senats im Sozialen Bereich, insbesondere in der Familienhilfe, der Eingliederungshilfe und bei Beratungs- und Bildungsangeboten, stellen die geplanten Fortschritte in Frage.«

Ein Beispiel für die Auswirkungen zeigt sich im Bezirk Mitte: Zu Beginn des Jahres 2024 kündigte der Bezirk an, 97 soziale Einrichtungen nicht weiter zu finanzieren, und Neukölln will nicht

mehr die Mieten beziehungsweise die Betriebskosten für Träger von Jugendclubs zahlen. Erst durch heftige Proteste der Träger in Mitte wurden die Verträge der Einrichtungen zumindest für das Jahr weitergeführt. Das konnte aber nur passieren, weil der Senat versprach, einen Teil der Mietkosten des neuen Standorts der von Asbest betroffenen Anna-Lindh-Schule zu übernehmen. Wie es im nächsten Jahr weitergeht, steht noch nicht fest.

Qualität der Sozialen Arbeit wird schlechter

Seit Juli ist zudem klar, dass der Senat nicht nur pauschale Kürzungen verlangt, sondern auch die Qualität in bestimmten Bereichen herabsetzen möchte, um die geforderten Einsparungen zu erreichen. Hier sticht besonders die Verminderung der Qualität im Schulbau, im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) und Eingliederungshilfe sowie bei Kindertagesstätten und im Ganzttag hervor. Noch ist nicht bei allen Bereichen klar, was der Senat mit »Qualitätsminderung« meint oder ob dies tatsächlich umgesetzt wird. Da die Kitaerzieher*innen in

den Eigenbetrieben für einen Tarifvertrag »Entlassungen« kämpfen und wir als GEW mit den Erzieher*innen im Ganzttag für eine Verbesserung des Personalschlüssels im Ganzttag auf 1:15 kämpfen, klingt die Ankündigung des Senats kurz vor der Sommerpause wie eine Kampfansage an die Beschäftigten.

Hilfen zur Erziehung gekürzt

Was das konkret für die Hilfe zur Erziehung heißt, zeigt sich gerade im Bezirk Mitte. Über die Sommerferien wurde in zwei kurz angekündigten Steuerungsrunden mit den örtlich in der ambulanten und stationären Jugendhilfe aktiven Trägern gesprochen. Dabei wurden Kürzungen in den Hilfen angekündigt. Das Jugendamt hatte sein Budget stark überschritten und müsse nun nachsteuern. Am Ende teilte der Bezirk in Vertretung der Jugendamtsleitung den Trägern in Top-Down-Manier mit, dass bei den Hilfen, wie etwa Familien- und Betreuungshilfen, die Fachleistungsstunden pro Fall gekürzt werden sollen. Bekam eine sozialpädagogische Fachkraft bisher pro Familienhilfe 130 Fachleistungsstunden für sechs Monate, sollen es in Zukunft 120 Fachleistungsstunden werden. Das klingt erstmal nicht viel, aber auch zehn Stunden weniger bedeuten weniger Elterngespräche, Gespräche mit Lehrer*innen und Erzieher*innen.

Für Betreuungshilfen für Kinder und Jugendliche sollen die Fachleistungsstunden in Zukunft noch niedriger liegen. Das bedeutet für eine Fachkraft, dass sie pro Woche etwas über vier Stunden pro Familie im Kinderschutz und bei multiplen Problemlagen hat. Für ein bedürftiges Kind, das aus Angst nicht mehr in die Schule gehen kann oder andere Unterstützung braucht, sind es sogar nur circa drei Stunden. Viele Kolleg*innen sind sich einig, dass damit eine qualitativ gute Arbeit immer schwieriger wird. Für den wichtigen Beziehungsaufbau zwischen Fachkraft und Klient*in steht weniger Zeit zur Verfügung. Über die letzten Jahrzehnte wurden die Stunden für Familienhilfen immer wieder zusammengekürzt und üblicherweise werden die Stunden auch in besseren fiskalischen Zeiten nicht wieder hochgesetzt. Gab es in den neunziger Jahren noch zehn bis zwölf Stunden pro Familie, sind es jetzt nur noch knapp fünf.

Auch wenn Familien und Jugendliche einen Rechtsanspruch auf diese Hilfen haben, kann der so kaum noch erfüllt werden. Er bleibt ein hohles Versprechen. Meistens haben die betroffenen Familien auch nicht die Ressourcen, um sich die Hilfen einzuklagen. Sie werden vom Senat und Bezirk mit ihren Problemen alleine gelassen. Auch in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der stationären Jugendhilfe sind ähnliche Stundenkürzungen angekündigt und auch in anderen Bezirken soll es zu Kürzungen kommen. In Bezirken wie Neu-

köln wurde jetzt schon zum wiederholten Mal in diesem Jahr die Haushaltssperre wegen zu hoher Ausgaben verhängt.

Dominoeffekt ausgelöst

Abgesehen von den negativen Folgen für Familien macht es die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte prekärer. Eine sozialpädagogische Fachkraft in der Familienhilfe, die einen 39-Stunden-Vertrag hat, müsste zehn bis zwölf Familien gleichzeitig betreuen, um auf ihre Stunden zu kommen. Selbst mit Verwaltungs- und Teamzeiten ist das logistisch kaum machbar. Es mindert die pädagogische Qualität und führt zu Arbeitsverdichtung, da sich eine Fachkraft auf viele verschiedene Problemlagen gleichzeitig einstellen muss. Eine sozialpädagogische Familienhilfe lebt von der Beziehungsarbeit, Hausbesuchen und Gesprächen mit Kitaerzieher*innen und Lehrkräften, um die Probleme der Familien zu verstehen und sie bei der eigenständigen Lösung zu unterstützen. Mit den wenigen Stunden wird das wesentlich schwieriger und die Hilfe ineffektiver.

Die meisten Fachkräfte in den ambulanten Hilfen entschieden sich daher schon vorher, nicht Vollzeit zu arbeiten, obwohl die Löhne nicht hoch sind, da viele bei den freien Trägern unter Tarif bezahlt werden. Auch die Träger in der Jugendhilfe bieten selten Vollzeitstellen an und wälzen das wirtschaftliche Risiko auf die Beschäftigten ab, indem sie zum Beispiel Basisverträge mit den Beschäftigten abschließen und dann Nebenabreden mit Aufstockungen je nach Auftragslage anbieten. Mit den weiteren qualitativen Stundenkürzungen wird die Wochenarbeitszeit für Fachkräfte in dem Bereich weiter sinken und prekärer. Das wird langfristig zur Abwanderung von Fachkräften aus diesem Bereich führen, sollten die Kürzungen so bleiben oder sich die Regelungen sogar noch verschlimmern. Die geringe Wochenarbeitszeit wirkt sich ebenfalls auf die spätere Rente aus und führt für Fachkräfte zu mehr Altersarmut. Der Senat löst hier also einen Dominoeffekt aus, den er jetzt kaum absehen kann und der sich in späteren Jahren rächen wird.

Sozialbereich retten

Der Berliner Senat führt seine Kürzungspolitik auf Kosten der Familien und Fachkräfte weiter fort und gefährdet damit den sozialen Zusammenhalt im Namen der Schuldenbremse. Der schwarz-rote Senat stößt hier gerade eine Kürzungswelle in vielen sozialen Bereichen an, deren Scherbenhaufen wir noch lange in dieser Stadt aufkehren müssen. Unter diesen Vorzeichen sind Tarifvorhaben zum Thema Entlastung, starke Kampagnen zum Personalschlüssel im Ganztage und Bündnisse in der Jugendhilfe wie mit der AG Weiße Fahnen eine absolute Notwendig-



Auf dem Hof von Dahl und Steffen leben zurzeit acht Pferde, zwei Esel, vier Schafe, zwei Gänse, acht Enten, neun Katzen und fünf Hühner. Sechs der Pferde sind für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ausgebildete Tiere.

keit, um das Schlimmste zu verhindern und dem Senat zu zeigen, dass er nicht für die schwarze Null bei den Schwächsten und uns Fachkräften kürzen kann. Entweder wir stehen jetzt für unsere Rechte auf, oder wir müssen über Jahre mit den Konsequenzen einer fehlgeleiteten Senatspolitik leben. Die Kürzungen müssen schnellstmöglich zurückgenommen werden, und damit wir das schaffen, braucht es uns alle! ■

*Fabian Schmidt-Vidović,
Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe
und Sozialarbeit der GEW BERLIN*



Selbsthilfeorganisationen brauchen Unterstützung

Entgegen dem Koalitionsvertrag des Berliner Senats wird der Rotstift weiter bei der sozialen Infrastruktur der Stadt angesetzt. Gleichzeitig fehlen Gelder für Räume, Angebote und Personal

von Ella Wassink

»Der soziale Zusammenhalt in einer Großstadt wie Berlin kann nur dann funktionieren, wenn die Politik nach den Äußerungen im Koalitionsvertrag handelt.«

Selbsthilfeorganisationen haben in Deutschland ihre Wurzeln bereits im 19. Jahrhundert. Ab den späten sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als die Bevölkerung sich zunehmend politisierte, wurde die Kritik am etablierten Medizinsystem sowie an als unzureichend empfundenen sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen lauter. Immer mehr Betroffene schlossen sich daraufhin in Selbsthilfegruppen zusammen.

Das Konzept, die eigenen Herausforderungen selbstständig anzugehen und innerhalb der eigenen Möglichkeiten aktiv zu handeln, gewann

rasant an Unterstützung. Die Selbsthilfebewegung entwickelte sich zur vierten Säule im deutschen Gesundheitswesen, neben der ambulanten, stationären und rehabilitativen Versorgung.

In Berlin wurde die Selbsthilfe schon seit der Gründung der Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle (SEKIS) im Jahr 1983 vom Senat unterstützt. Die Selbsthilfebewegung erhielt mit SEKIS ein bundesweit beachtetes Zentrum und zahlreiche von erkrankten Menschen selbst organisierte Beratungsprojekte.

Selbsthilfe ist wesentlich

Die aktuelle Berliner Regierungskoalition sieht Selbsthilfe ebenfalls als wesentlich an. So werden im aktuellen Koalitionsvertrag Stadtteilzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Senior*innenfreizeitstätten und soziale Beratungsangebote als wichtige Angebote genannt. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Sozialräumen mit hohen Unterstützungsbedarfen und hoher Armut werde vorrangig verfolgt. Entsprechend sind tatsächlich in diesem Jahr neue Stadtteilzentren entstanden und die mobile Stadtteilarbeit wurde gestärkt.

In die Selbsthilfestruktur wurde leider noch nicht ausreichend investiert und die Aussichten für Stadtteilzentren und Selbsthilfe-Kontaktstellen ab dem kommenden Jahr sind, wie für fast alle sozialen Projekte in Berlin, eher schlecht – auch wenn es im Ko-

alitionsvertrag heißt: »Die Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige und freie Träger sind Dienstleister und starke Partner für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt.« Der soziale Zusammenhalt in einer Großstadt wie Berlin kann jedoch nur dann weiter funktionieren und verbessert werden, wenn die Politik diese Äußerung im Koalitionsvertrag nicht nur als Feigenblatt versteht, sondern danach handelt. Dazu sollten die Träger der sozialen Einrichtungen dahingehend unterstützt werden, dass die überbordende Bürokratie endlich massiv abgebaut wird. Dem Koalitionsvertrag zufolge wird das Zuwendungsrecht entbürokratisiert und vereinfacht. Noch sehen wir hier leider keine Ergebnisse.

Darüber hinaus werden die Mitarbeitenden in den Selbsthilfe-Kontaktstellen und Kontaktstellen Pflege-Engagement weiterhin mit einer Vergütung nach Entgeltgruppe 9 TV-L abgespeist. Für gut ausgebildete Arbeitnehmer*innen mit einem Hochschulabschluss war dies in den 1980er und 90er Jahren vielleicht noch ein auskömmliches Einkommen. In der heutigen Zeit, bei den insbesondere in Berlin stark gestiegenen Lebenshaltungskosten, ist damit kaum noch eine qualifizierte Mitarbeiter*in zu finden. Und so stehen wir als Träger dieser Einrichtungen vor dem großen Problem, dass die Anforderungen an die Mitarbeitenden ständig steigen, es aber kaum noch Menschen gibt, die bereit sind, für eine solche Einstufung fast ohne jegliche Aufstiegsmöglichkeiten zu arbeiten.

Krankenkassen zur Förderung verpflichtet

Seit 1992 erhält die gesundheitliche Selbsthilfe in Deutschland durch die gesetzlichen Krankenkassen eine finanzielle Förderung. Hintergrund ist die Erkenntnis, dass Selbsthilfe in vielfältiger und wirksamer Weise die professionellen Angebote der Gesundheitsversorgung ergänzen kann. Seit 2008 sind die Krankenkassen sogar zur Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe verpflichtet.

Die Aufteilung der Förderung erfolgt auf Landesebene in Berlin in einem Arbeitskreis mit Akteur*innen der Selbsthilfe und Vertreter*innen der gesetzlichen Krankenkassen. Auch hier schlägt die überbordende Bürokratie leider zu und die auszufüllenden

www.sekis-berlin.de

Eine Übersicht der Selbsthilfekontaktstellen in Berlin:



Suche nach einer Selbsthilfegruppe:



www.nakos.de

Studie zur Wirkung von Selbsthilfe:



Anträge für die Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfe-Organisationen stellen die oft chronisch kranken und beeinträchtigten Menschen vor Probleme. Hinzu kommt die oft zu enge Auslegung der Förderkriterien durch Verwaltungsmitarbeitende in den Krankenkassen. Auch wenn die Zusammenarbeit mit der Mehrzahl der Mitarbeitenden gut läuft, sind ihnen manchmal durch zu viele Vorgaben die Hände gebunden.

Sorgen macht uns hier insgesamt auf allen Ebenen und in allen Bundesländern, dass zunehmend das Gefühl entsteht, dass die Krankenkassen die Inhalte von zu fördernden Projekten vorgeben wollen. Dabei liegt das Expert*innenwissen, was einzelne Gruppen oder Organisationen für ihre Arbeit benötigen, nicht bei Verwaltungsmitarbeitenden von Krankenkassen, sondern bei den Menschen, die mit einer Erkrankung leben müssen und die mit anderen Betroffenen gemeinsam versuchen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Psychische Probleme bei jungen Menschen nehmen zu

Die COVID-Pandemie scheint für viele von uns vorbei und in den Hintergrund gerückt zu sein – aber längst nicht für alle. So haben die Mitarbeiter*innen in den Selbsthilfe-Kontaktstellen in Berlin seit etwa drei Jahren mit den Auswirkungen der Pandemie zu tun. Da sind die von Long/Post-Covid und Post-Vac Betroffenen, die mit einer Vielzahl an gesundheitlichen und sozialen Problemen zu kämpfen haben.

Und wir erleben eine massive Zunahme vor allem an jungen Menschen, die sich mit psychischen Problemen wie Ängsten, Depressionen und Einsamkeit an uns wenden und für die wir versuchen, Angebote zu schaffen. Hier ist der notwendige zeitliche Aufwand für Gespräche, Gruppenbegleitung in der Anfangszeit und Unterstützung im Allgemeinen so hoch, dass in allen Bezirken die personellen und räumlichen Kapazitätsgrenzen mehr als erschöpft sind. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für Selbsthilfegruppen ist hier eine unserer Aufgaben. Für den personellen Engpass besteht im Moment wenig Aussicht auf Besserung, da es absehbar wohl



An der Peter-Frankenfeld-Schule ist das Unterrichtsprojekt »Erlebnis Pferd« ein fester Bestandteil des Schullebens. Schüler*innen des Förderzentrums mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung leben mit sehr unterschiedlichen Beeinträchtigungen. Alle Kinder erhalten ein für sie individuell abgestimmtes Angebot, zum Beispiel Heranwachsende mit Schwerst- und mehrfachen Behinderungen und Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung.

keine finanzielle Unterstützung für eine dringend notwendige Ausweitung der Stellen gibt. Der Stellen-schlüssel hat sich in den Selbsthilfe-Kontaktstellen seit den 1990er Jahren nicht verändert – und das bei komplett veränderten Rahmenbedingungen der Lebenswirklichkeit von mittlerweile fast vier Millionen Einwohner*innen.

Und so ist unser größter Wunsch in der Selbsthilfe, dass Politik, Verwaltung und Krankenkassen nicht immer nur in Sonntagsreden betonen, wie wichtig die Selbsthilfe ist, sondern dass den Reden Taten folgen! Nichts ist wertvoller als Menschen, die sich mit anderen zusammentun, um gemeinsam ihre Situation zu verbessern und sich gegenseitig zu unterstützen. Davon brauchen wir in diesen schwierigen Zeiten mehr denn je und das sollten die Verantwortlichen auf allen Ebenen erkennen und entsprechend handeln. ■

»Der Stellenschlüssel hat sich in den Selbsthilfe-Kontaktstellen seit den 1990er Jahren nicht verändert – und das bei komplett veränderten Rahmenbedingungen der Lebenswirklichkeit von mittlerweile fast vier Millionen Einwohner*innen.«

Ella Wassink, Leiterin von SEKIS und Geschäftsführerin von selko e.V., dem Dachverband der Berliner Selbsthilfe-Kontaktstellen



Housing First in Berlin

Housing First bietet obdachlosen Menschen mit komplexen Problemlagen Wohnraum ohne Vorbedingungen. Die Selbstbestimmung der Betroffenen steht dabei im Vordergrund – ein Paradigmenwechsel

von Kai Hauprich

Der Ansatz wurde in den 1990er Jahren in New York von Sam Tsemberis entwickelt, um besonders für Menschen mit schweren psychischen oder Suchterkrankungen eine stabile Lebensgrundlage zu schaffen. Der sofortige Zugang zu eigenem Wohnraum bildet die Basis für eine langfristige soziale

Integration. Der Wohnraum wird nicht als das Ergebnis eines langen Hilfeprozesses verstanden, sondern als Ausgangspunkt, um die Menschen dabei zu unterstützen, sich zu stabilisieren.

Durch Housing First zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe ab, da sich die Machtverhältnisse zwischen Hilfesuchenden und Hilfsanbietern verschieben. In herkömmlichen Modellen der Wohnungslosenhilfe steht oft die Erfüllung bestimmter Bedingungen im Vordergrund, bevor eine Person in eine dauerhafte Wohnung vermittelt wird. Housing First kehrt dieses Prinzip um, indem den Menschen sofort ein eigenes Zuhause angeboten wird, ohne dass sie zuvor Bedingungen erfüllen müssen. Statt Kontrolle und Zwang steht die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Betroffenen im Fokus. Der Ansatz zielt darauf ab, ihnen nicht nur ein dauerhaftes Zuhause zu bieten, sondern ihnen auch eine umfassende soziale Teilhabe zu ermöglichen.

In der öffentlichen Diskussion wird Housing First in Deutschland oft emotional und mit Missverständnissen betrachtet. Häufig wird der Ansatz fälschlicherweise mit traditionellen Modellen gleichgesetzt, obwohl sich Housing First klar davon unterscheidet. Oder es wird als reine Wohnraumvermittlung für obdachlose Menschen fehlinterpretiert und nicht als strukturiertes und nachhaltiges Hilfsangebot. Das Erfolgsbeispiel anderer Länder zeigt jedoch, dass der Ansatz auch in Deutschland langfristig positive Effekte haben kann.



*Tiergestützte pädagogische Angebote sind in Berlin rar gesät. Kindern mit einer Autismus-Spektrum-Störung fällt es teilweise leichter, mit einem Tier Kontakt aufzunehmen, als mit ihren Mitschüler*innen. Schüler*innen, die unter einer Spastik leiden, entspannen sich, nach dem Hofbesuch ist regelmäßig der Muskeltonus gesenkt.*

»Der sofortige Zugang zu eigenem Wohnraum bildet die Basis für eine langfristige soziale Integration.«

Langfristig und unbürokratisch finanzieren

Housing First wurde in Deutschland erstmals 2015 über das Düsseldorfer Straßenmagazin FiftyFifty eingeführt. Mittlerweile gibt es rund 40 Projekte, die diesen Ansatz verfolgen. Zu den bekanntesten Projekten gehören »Housing First Berlin« und »Housing First für Frauen«, die beide seit 2018 aktiv sind. Der Bundesverband Housing First e. V., der 2022 gegründet wurde, fördert die Vernetzung der Projekte und sorgt für eine einheitliche Umsetzung der klar definierten Prinzipien des Programms. Aufgrund des Erfolgs von Housing First Berlin und Housing First für Frauen wurden in Berlin weitere Housing First-Projekte gestartet, darunter von My Way Soziale Dienste, Schwulenberatung Berlin, ZIK – Zuhause im Kiez und Phinove e.V.

Um Housing First in Berlin erfolgreich umzusetzen, ist eine stabile und langfristige Finanzierung unabdingbar, damit die Projekte, die bereits gut arbeiten, weiter ausgebaut und fest implementiert werden können. Derzeit ist die Finanzierung oft von zeitlich begrenzten Projektmitteln abhängig, was die Planungssicherheit und die Kapazität der Projekte einschränkt. Ein weiteres Problem ist die Finanzierung der sozialen Hilfen für die Klient*innen. Aktuell ist die Anzahl der Teilnehmenden oft begrenzt, da die Finanzierung von den verfügbaren Projektmitteln abhängt. Eine gesetzliche Regelung, die diese Hilfen langfristig absichert, wäre eine sinnvolle Lösung. Dadurch könnten mehr Menschen in das Programm aufgenommen und kontinuierlich betreut werden. Es ist außerdem wichtig, dass die notwendigen Mittel flexibel und ohne bürokratische Hürden abrufbar sind, um den spezifischen Bedürfnissen der Klienten gerecht zu werden. Insbesondere bei Housing First hängt der Erfolg der Hilfe von der Anpassungsfähigkeit der Unterstützungen an die Bedarfe der Klient*innen ab.

Bezahlbarer Wohnraum gesucht

Ein weiteres zentrales Problem ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Es reicht nicht aus, neue Wohnungen zu schaffen, sie müssen auch für die Zielgruppe von Housing First, obdachlose Menschen oder Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen, zugänglich sein. Berlin, wie viele andere Großstädte, leidet unter Wohnraumknappheit, insbesondere im Bereich des unteren Preissegments.

Hier muss die Politik gezielt eingreifen und Maßnahmen zur Wohnraumbeschaffung und -verteilung ergreifen. Zudem stellt die Zusammenarbeit mit Vermietern eine Herausforderung dar, da es oft Vorurteile gegenüber der Zielgruppe von Housing First gibt. Viele Vermieter*innen sind zurückhaltend, wenn es darum geht, Wohnungen an Menschen zu vermieten, die zuvor obdachlos waren oder komplexe Problemlagen haben. Daher müssen Strategien entwickelt werden, um das Vertrauen der Vermieter zu gewinnen und den Zugang zum Wohnungsmarkt zu erleichtern.

Ein nachhaltiges Erfolgsmodell

Trotz dieser Herausforderungen hat sich Housing First in anderen Ländern, insbesondere in Finnland, als äußerst erfolgreich erwiesen. Finnland hat durch eine umfassende nationale Strategie, die den Bau von Wohnungen mit der Bereitstellung von Unterstützung nach den Prinzipien von Housing First für obdachlose Menschen kombiniert, die Obdachlosigkeit nahezu vollständig überwunden. Dieses Beispiel zeigt, dass ähnliche Erfolge auch in Deutschland, insbesondere in Berlin, erzielt werden könnten, wenn die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die erfolgreiche Umsetzung von Housing First in Berlin einen ganzheitlichen Ansatz erfordert. Neben der Bereitstellung von Wohnraum müssen langfristige Finanzierung und politische Unterstützung gewährleistet werden. Nur wenn alle diese Faktoren zusammenwirken, kann Housing First sein volles Potenzial entfalten. Die bisherigen Erfolge der Projekte in Berlin und anderen deutschen Städten zeigen, dass der Ansatz funktioniert und es möglich ist, Wohnungslosigkeit gesamtgesellschaftlich zu überwinden. ■

»Es reicht nicht aus, neue Wohnungen zu schaffen, sie müssen auch für die Zielgruppe von Housing First, obdachlose Menschen oder Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen, zugänglich sein.«

Kai ,
Vorsitzender des Bundesverbandes
Housing First Deutschland



Von der Raupe zum Schmetterling

Ein Interview mit »RAUPE & SCHMETTERLING – Frauen in der Lebensmitte e.V.« über die Erfolge ihres Bildungs- und Beratungszentrums und die Herausforderungen der Finanzierung

Das Interview führte Jeannine Schätzle

bbz: Frau Mennenga, können Sie uns etwas über die Gründung Ihres Vereins erzählen und welche Ziele Sie damals verfolgt haben?

Bernhild Mennenga: Anfang der 1980er Jahre, im Zuge der zweiten Frauenbewegung, gab es an Volkshochschulen Kurse zur beruflichen Orientierung für Frauen nach der Familienphase. Dadurch entstand der Wunsch nach einem Zentrum, um sich zu treffen und auszutauschen. Dieses Bedürfnis kam von den

»Die Zuwendungsfinanzierung ist nicht einfach, wir müssen jedes Jahr einen Antrag stellen, und es besteht immer die Möglichkeit, dass es keine Finanzierung gibt.«



Frauen selbst, begleitet von den Dozentinnen der Kurse. Sie wollten aus der Unsichtbarkeit heraustreten und das haben sie mit viel Engagement erreicht. 1982 wurde der Verein gegründet, und ab 1983 begann er richtig zu wachsen. Anfangs war unser Verein stark selbsthilfeorientiert, doch heute sind wir ein Bildungs- und Beratungszentrum. Unser Ziel ist es, Frauen zu stärken, ihren eigenen Weg zu gehen und ökonomisch unabhängig zu sein. Wir bieten eine

breite Palette von Kursen, Workshops und Beratungsangeboten an, von Rechtsinformationen durch Fachanwältinnen bis hin zu Workshops zur Berufsorientierung. Oft geben uns die Frauen die Rückmeldung, dass unsere Angebote ihnen geholfen haben, weiterzukommen.

Webseite und Programm

2024-2025 des

»RAUPE &

SCHMETTERLING –

Frauen in der

Lebensmitte e.V.«



Welche besonderen Qualifikationen und Kompetenzen bringen Ihre Teammitglieder in die Beratung ein?

Mennenga: Unser Team besteht aus Pädagoginnen, Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen. Außerdem arbeiten wir mit qualifizierten externen Beraterinnen zusammen. Besonders wichtig sind neben den Beratungskompetenzen aktuelle Rechtskenntnisse. Wir bieten eine regelmäßig aktualisierte Informationsreihe zum Download an, die Themen wie Bürgergeld,

Arbeitslosengeld oder die Absicherung im Krankheitsfall abdecken. Ein wichtiges Thema seit den 2000er Jahren ist auch die Existenzgründung. Wir haben eine Broschüre dazu, die wir regelmäßig aktualisieren und online zur Verfügung stellen. Unsere Expertinnen, darunter auch Unternehmensberaterinnen, unterstützen Frauen dabei, eigene Unternehmen zu gründen oder sich selbstständig zu machen.

Arbeiten Ehrenamtliche bei Ihnen mit?

Mennenga: Ja, wir haben Ehrenamtliche, aber es wird zunehmend schwieriger, junge Leute dafür zu gewinnen. Viele Menschen sind in ihren Hauptberufen bereits stark gefordert und finden oft keine Zeit oder Energie. Während ältere Ehrenamtliche oft die Kapazitäten haben, sehen wir, dass jüngere Berufstätige kaum die Möglichkeit finden, sich zusätzlich zu engagieren. Meist sind unsere Ehrenamtlichen 50 plus. Hinzu kommt, dass Menschen in prekären Situationen oft sagen, dass sie sich nur vorstellen können, eine ehrenamtliche Tätigkeit auszuüben, wenn sie eine Aufwandspauschale dafür bekommen. Seit Corona sind die Spenden jedoch stark zurückgegangen und wir haben überhaupt kein Geld, um Aufwandspauschalen zu bezahlen. So beißt sich die Katze in den Schwanz.

Für unsere Dozentinnen und externen Beraterinnen zahlen wir Honorare, aber die Sätze, die uns die Senatsverwaltung vorgibt, sind sehr gering. Beispielsweise zahlen wir unseren Fachanwältinnen für Sozial- und Arbeitsrecht seit Jahren nur 50 Euro. Es ist schwierig, qualifizierte Fachkräfte zu finden, die für diesen Betrag arbeiten. Viele tun es aus Solidarität mit den Ratsuchenden und unserem Verein und weil sie unser Engagement unterstützen wollen. Doch die Generationen wechseln, und es wird schwerer, Nachwuchs zu finden, der bereit ist, für wenig Geld zu arbeiten.

Wie gehen Sie angesichts der Herausforderungen, mit denen gemeinnützige Organisationen konfrontiert sind, mit der Zuwendungsfinanzierung um?

Mennenga: Die Zuwendungsfinanzierung ist nicht einfach, wir müssen jedes Jahr einen Antrag stellen, und es besteht immer die Möglichkeit, dass es keine Finanzierung gibt. Wir sind da nach über 40 Jahren

etwas gelassener, da wir einen guten Ruf in der Stadt haben und unsere Arbeit manchmal sogar im Koalitionsvertrag erwähnt wird, was uns ein bisschen schützt. Als eine Kollegin in Rente ging und wir neue Bewerbungsgespräche führten, merkten wir jedoch, wie verunsichert junge Frauen auf die befristete Finanzierung reagierten. Viele entschieden sich für einen festen Arbeitsvertrag bei einem anderen Arbeitgeber. Trotzdem haben wir bisher immer passende und gute Kolleginnen gefunden. Aber bei Zuwendungsfinanzierung braucht man schon starke Nerven.

»Während ältere Ehrenamtliche oft die Kapazitäten haben, sehen wir, dass jüngere Berufstätige kaum die Möglichkeit finden, sich zusätzlich zu engagieren.«

Welche Rolle spielen die ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds) für Ihren Verein?

Mennenga: Wir haben ein Projekt, das über die ESF-Mittel finanziert wird, doch der administrative Aufwand ist so hoch, dass es für einen kleinen Verein kaum noch tragbar ist. Ich wünsche mir hier mehr Unterstützung von der Senatsverwaltung, damit auch kleine Vereine, die nicht zu den großen Wohlfahrtsverbänden gehören, auf diese Gelder zugreifen können. Sonst müssen immer mehr kleine Vereine aufgeben, weil sie die administrativen Hürden nicht bewältigen können.

Im Koalitionsvertrag hat der Senat eine Stärkung der Fraueninfrastruktur angekündigt. Haben Sie schon konkrete Maßnahmen bemerkt?

Mennenga: Ja, letztes Jahr haben wir die Zusage für eine zusätzliche Stelle im Bereich »Arbeit und Erkrankung« erhalten, die wir dann im März 2024 besetzen konnten. Wir haben dieses Angebot im Jahr 2003 neben unserer Sozialberatung aufgebaut, weil wir bemerkten, dass neue Themen wie steigende Arbeitsbelastung und psychische Belastungen immer mehr in den Vordergrund rücken. Anfangs hatten wir keine Finanzierung und leisteten die benötigten Stunden ehrenamtlich oder konnten sie aus Spenden und Stiftungsgeldern aufstocken. Die Nachfrage war enorm, und wir haben viele Jahre lang in jedem Antrag geschrieben, dass wir mehr Stunden und Personal benötigen. Schließlich erhielten wir eine Anschubfinanzierung von Aktion Mensch, die uns ermöglichte, den Bereich auszubauen. Nach zwei Jahren Finanzierung durch Aktion Mensch übernahm der Senat dieses Angebot in seine Finanzierung.

Was sind Ihre größten Herausforderungen bei der Finanzierung?

Mennenga: Eine angemessene Vergütung unserer Honorarmitarbeiterinnen sowie eine deutlich bessere Einstufung der Leitungspositionen. Beides muss

mit einer Erhöhung unseres Budgets einhergehen. Wir kämpfen seit Jahren für eine bessere Einstufung der Leitungspositionen. Die Einstufung im TV-L ist für die Aufgaben, die meine Kolleginnen übernehmen, nicht besonders attraktiv, besonders für jüngere Bewerberinnen.

Mit Sorge blicken wir auf das Jahr 2026 beziehungsweise auf das nächste Jahr, wenn wir die Anträge neu stellen müssen. Es ist bereits bekannt, dass 2,3 Millionen Euro im Gleichstellungshaushalt eingespart werden sollen. Aber wir bleiben kämpferisch und werden uns die Butter nicht vom Brot nehmen lassen.

Wäre eine verstetigte Finanzierung eine Lösung für diese Probleme?

Mennenga: Ja und nein. Eine feste Finanzierung bedeutet auch, dass man regelmäßig neue Verhandlungen führen muss. Wir haben lange dafür gekämpft, nach TV-L bezahlt zu werden und dass die Tariferhöhungen übernommen werden. Das haben wir 2016 endlich durchgesetzt. Vorher gab es Projekte, die noch auf dem Stand von 2003 finanziert wurden. Doch die Lebenshaltungskosten steigen ständig. Mieten, Gehälter, alles wird teurer. Wir haben viele Wünsche, aber ich glaube, gerade in unserem Bereich ist es notwendiger denn je, dass diese Probleme langfristig angegangen werden. ■



Der Unterricht auf dem Hof beinhaltet die Einhaltung von alltäglichen Regeln, die Kontaktaufnahme und den Umgang mit Tieren. Das ganzheitliche Programm umfasst das Abäppeln, Füttern, aber auch das Führen der Pferde und das Reiten.

*Jeannine Schätzle,
Mitglied eines Betriebsrats und der
bbz-Redaktion*





Dahl und Steffen sind auch von den Preissteigerungen für Futtermittel, Heu, Tierarzneikosten und den laufenden Kosten für den Hof betroffen. Sie kämpfen Monat für Monat darum, den Hof weiter bewirtschaften zu können und die Tiere zu versorgen. Sie hoffen, dass der Verein auch weiterhin seine besonderen Angebote aufrechterhalten kann.

Chancengerechtigkeit in der Kita

Soziale Arbeit in der Kita gibt es in Berlin seit 20 Jahren. Im Rahmen eines Modellprogramms wird es nun von der Senatsverwaltung gefördert

von Jennifer Brehm und Sabine Clausen

»Es waren und sind die Fachkräfte, die dem heutigen Berliner Verständnis von Kita-Sozialarbeit ihr Gesicht verleihen.«

Die Erzieher*innen machen sich Sorgen. Das Kind, nennen wir ihn Linus, spricht immer noch nicht und dabei ist er schon fünf. Manchmal spricht er schon, aber dann auf Englisch. Dabei spricht die Mutter gar kein Englisch. Deswegen hat er Probleme, Freund*innen in der Kita zu finden. Im Grunde fällt ihm der gesamte Kitaalltag schwer. Der Vater ist nicht erreichbar und mit der Mutter ist es irgendwie auch schwierig, man kriegt so gar nichts aus ihr raus. Das nächste Ge-

spräch findet gemeinsam mit der Kita-Sozialarbeiterin statt. Am folgenden Tag drückt die Mutter ihr einen kleinen Zettel mit ihrer Adresse in die Hand. Das Mandat ist erteilt.

Zur Sicherung des Kindeswohls – unter dieser Prämisse wirkt Kita-Sozialarbeit. Denn kommt das Fa-

milienleben ins Wanken, werden die Belastungen im Familiensystem zu groß. Das geht dann kaum am Kind vorbei. Und hier sind sich die vielen Träger in Berlin, die Kita-Sozialarbeit in ihren Einrichtungen implementieren, auch einig: Das Ziel ist, die Chancengerechtigkeit für Kinder zu erhöhen und Benachteiligungen zu verringern. Präventiv gedacht, setzt sie insbesondere darauf, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken. Die Zielgruppen sind einerseits die Familien und andererseits die pädagogischen Fachkräfte der Kitas.

So vielfältig wie Berlin

Als Reaktion auf die Silvesterkrawalle 2022 und den deswegen einberufenen Jugendgewaltgipfel ermöglicht die Berliner Senatsverwaltung im Doppelhaushalt 2024/25 ein Modellprogramm Kita-Sozialarbeit

in Höhe von circa drei Millionen Euro aus den Mitteln gegen Jugendgewalt. 20 Modellvorhaben werden bereits realisiert, an denen 50 Kitas berlinweit beteiligt sind. Evaluation und wissenschaftliche Begleitung inklusive.

In der Auftaktveranstaltung zum Modellprogramm Kita-Sozialarbeit im Juni 2024 präsentierten alle Beteiligten ihre Modellvorhaben in einem Gallery Walk. Hier zeigte sich vor allem eines: Kita-Sozialarbeit in Berlin – in ihrer Ausführung ist sie so bunt und vielfältig wie die Stadt selbst und ihre Trägerschaften. Das liegt sicher auch an ihrer Entstehungsgeschichte. Gewachsen ist sie aus Bottom-up-Prozessen. Es waren und sind die Fachkräfte, die dem heutigen Berliner Verständnis von Kita-Sozialarbeit ihr Gesicht verleihen.

Ein neues Berufsfeld mit langen Wurzeln

Wenngleich wir es mit der Entstehung eines neuen Berufsfeldes in der Sozialen Arbeit zu tun haben, ist der Gedanke, diese in Kindertageseinrichtungen zu verorten, eigentlich gar nicht so neu. Soziale Arbeit in Kitas gibt es in Berlin schon seit fast 20 Jahren. So hat der Träger Stützrad e.V. mit seinem »Piazza«-Projekt bereits seit 2005 Beratungsangebote für Eltern in Kitas eingeführt.

Der Kirchenkreis Spandau startete 2015 ein Projekt zur erweiterten Elternarbeit. Es folgte im Rahmen Soziale Stadt 2016 ein Pilotprojekt zur Kita-Sozialarbeit im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord. Dieses Engagement des Bildungsnetzes Heerstraße Nord – AG frühe Förderung wurde im Jahr 2020 mit einem der vier zweiten Plätze des Deutschen Kita-Preises gewürdigt.

Senatsverwaltung setzt auf Expertise der Sozialarbeiter*innen

Nach einem Besuch bei dem ausgebuchten Fachtag zur Kita-Sozialarbeit in Berlin im April 2022 äußerte sich der damalige Staatssekretär für Jugend, Familie und Schuldigitalisierung Aziz Bozkurt (SPD) in seiner Stellungnahme auf den Seiten der Senatsverwaltung dahingehend, dass Familien die breiteste und beste Unterstützung zugänglich gemacht werden solle. Am besten an Orten, die sie ohnehin aufsuchen. Das Gefühl der Überforderung, die Angst vor Stigmatisierung oder negative Erfahrungen sollten Familien nicht daran hindern, Hilfs- und Beratungsangebote aufzusuchen. Kita-Sozialarbeit könne an dieser Stelle viel bewegen. Außerdem würden die Kitateams in ihrer Zusammenarbeit mit den Familien unterstützt, die pädagogischen Fachkräfte in ihrer täglichen Arbeit entlastet und ihr Blick auf die Kinder und ihre Familien um neue Perspektiven erweitert.

Und auch der derzeitige Staatssekretär für Jugend und Familie Falko Liecke (CDU) antwortete auf eine

Anfrage an den Senat im September 2023, dass das Land Berlin plane, durch die oben genannten Modellprojekte Kita-Sozialarbeit stadtweit zu implementieren und dadurch die Aufgaben von Kindertagesbetreuungen besser zu erreichen. Hierbei soll unter Beteiligung der Jugendämter, der LIGA der Wohlfahrtsverbände und der Fachpraxis zusammengearbeitet werden.

Bis zum Beginn des Modellprogramms gab es in Berlin bereits an 150 weiteren Standorten Kita-Sozialarbeit. Und hier knüpft die Senatsverwaltung an. Denn in der Tat: Die Senatsverwaltung setzt auf die Expertise und Erfahrungen der schon vorhandenen Sozialarbeiter*innen in den Kitas. So ist bereits ein weiterer Fachtag mit Beteiligung der Ausführenden der Arbeit für November 2024 in Planung.

Kita-Sozialarbeit muss finanziell abgesichert sein

Im August war die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Katharina Günther-Wünsch (CDU) auf der von ihr als Kita-Sommer-Tour bezeichneten Informationsoffensive in einer Modellkita des Kirchenkreises Spandau. Sie kommentierte anschließend auf ihrem Instagram-Account, dass die präventive Arbeit der Kita-Sozialarbeit helfe, Familien zu stärken und Bildungs- und Chancengerechtigkeit für Kinder zu erhöhen. Das Kitapersonal werde bei problematischen Entwicklungen von Kindern und auch Fragen des Kinderschutzes unterstützt. Eltern fänden in Erziehungsfragen oder bei schwierigen Situationen einen kompetenten Ansprechpartner. Schlussendlich ergänzte sie, sich weiterhin für den Ausbau sowie für eine finanzielle Absicherung der Kita-Sozialarbeit einzusetzen.

An dieser Aussage wird deutlich, dass es zumindest in Berlin keine Frage der Sinnhaftigkeit von Kita-Sozialarbeit gibt, sondern eine Frage der Finanzierung. Analog zur Schulsozialarbeit wäre der Eingang ins SGB VIII dem sicherlich zuträglich. Bundesweit.

Und so bleibt der Optimismus, dass in dem eben umrissenen Zusammenspiel von Fachpraxis, Wissenschaft und Politik am Ende nicht nur Linus, sondern viele Familien Unterstützung durch Kita-Sozialarbeit erfahren. ■

»Kita-Sozialarbeit in Berlin – in ihrer Ausführung ist sie so bunt und vielfältig wie die Stadt selbst und ihre Trägerschaften.«



www.spandau-evangelisch.de/kita/kita-sozialarbeit

Jennifer Brehm und Sabine Clausen,
Kita-Sozialarbeit, Kirchenkreis Spandau



Der Verein Pfade des Glücks e.V. - Erlebnis Pferd bietet Schüler*innen Praktikumsplätze an. Für ein Freiwilliges Soziales Jahr fehlt leider die Finanzierung. Der Verein freut sich über Spenden.

Gratis-Mentalität beenden - Ja, wir sind dafür

Anstatt bei Bildungs- und Jugendangeboten zu sparen, sollten die wahren Profiteure in die Verantwortung genommen werden

von Gökhan Akgün

Berlin steckt wieder einmal in finanzieller Not, und wieder mal wird vorgeschlagen, im Bereich Bildung und Soziales zu sparen. Die neue Parteiführung der SPD Berlin hat die Wahl zum Vorsitz in diesem Jahr unter anderem dadurch gewonnen, dass sie die »Gratis-Mentalität« anprangerte – gemeint sind beispielsweise die beitragsfreie Kita, das Schüler*innenticket und das schulische Mittagessen. Mittlerweile stehen auch andere Angebote für Kinder und Jugendliche zur Debatte und sollen gestrichen werden. Auch die CDU Berlin ist seit langem der Meinung, dass diese »Flatrate-Mentalität« zurückgefahren werden muss. Regelmäßig werden dazu in der Presse Streichlisten veröffentlicht.

Die Abschaffung dieser Leistungen wird diskutiert, als wären Kitas, Schulmittagessen und Jugendangebote Luxusgüter, die man sich leisten muss. Aber zur Klarstellung: Kitas sind keine Luxus-Dienstleister, sondern Bildungseinrichtungen. Angebote für Kinder und Jugendliche sind kein überflüssiger Luxus, sondern essenziell für ihre Förderung, Prävention und die Stärkung der Demokratie. Das kostenlose Mittagessen ist kein Almosen, sondern ein wesentlicher Bestandteil der ganztägigen pädagogischen Betreuung. Der vom Bundestag eingesetzte Bürgerrat empfiehlt übrigens in seinem Bürgergutachten, welches dieses Jahr veröffentlicht wurde: Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder – als Schlüssel zu Bildungschancen und Gesundheit.

»Kitas, Schulmittagessen und Jugendangebote sind keine Luxusgüter, die man sich leisten können muss.«

Wir brauchen eine gerechte Steuerpolitik

Aber jetzt zum eigentlichen Punkt: Ja, wir sind dafür, die »Gratis-Mentalität« zu beenden. Aber nicht bei den Familien, die auf beitragsfreie Kitabetreuung, Mittagessen und Freizeitangebote angewiesen sind. Nein, die wahre »Gratis-Mentalität« herrscht

SOZIALPOLITIK FÜR FAMILIEN

Kosten für soziale Maßnahmen in Euro pro Jahr

Kitagebühren: 44 Millionen
Kostenloses Schüler*innenticket: 38 Millionen
Kostenloses Mittagessen: 125 Millionen
Kostenlose Ganztagsbetreuung: 37,8 Millionen
Kostenlose Schulbücher: 27 Millionen
Gesamt: 271,8 Millionen

woanders. In Berlin gibt es Unternehmen, die enorme Gewinne einfahren und gleichzeitig ihre Steuerpflicht umgehen. Eine Steuerprüfung für das letzte Jahr von nur 16,3 Prozent der Großunternehmen brachte 229 Millionen Euro in die Berliner Kassen. Stellen wir uns vor, alle würden ihren fairen Beitrag leisten – so könnten bis zu 1,4 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden!

Das ist die Gratis-Mentalität, die beendet werden muss. Wer in unserer Stadt Gewinne erzielt, muss auch etwas zurückgeben. Diese Unternehmen profitieren von unserer Infrastruktur und von pädagogischen Einrichtungen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen – und zahlen kaum etwas zurück. Während über die Streichung von Bildungsangeboten und die Wiedereinführung von Kitagebühren diskutiert wird, umgehen Großunternehmen ihre Steuern. Das ist die wahre Ungerechtigkeit. ■

Gökhan Akgün,
Koordinierender Erzieher,
Mitglied im Personalrat
Friedrichshain-Kreuzberg



FOTO: BERTOLT PRÄCHT



Musik ohne Honorar

Ein Urteil des Bundessozialgerichts sorgt derzeit für Verunsicherung bei Honorarkräften.
Die Finanzierung von Musikschulen muss neu geregelt werden

von Gregor Menz

Für viele junge Menschen ist es nach wie vor ein Traum, irgendwann einmal auf einer Bühne zu stehen und andere mit eigenen künstlerischen und musischen Ausdrucksformen zu begeistern, ob als Solokünstler*in, Band- oder Orchestermusiker*in, Musical- oder Opernsänger*in, Schauspieler*in oder Tänzer*in. Oft gilt: Je früher damit begonnen, desto erfolgreicher.

19 Integrierte Sekundarschulen und Gymnasien mit Schwerpunktprofil Musik sowie weitere zwölf Musikschulen der Berliner Bezirke, die mit über 100 Schulen kooperieren und eine Vielzahl an privaten Musikschulen bieten dafür die Möglichkeit. Allein in den zwölf Bezirksmusikschulen lernen um die 60.000 Schüler*innen, die von rund 270 Festangestellten und circa 2.100 Honorarkräften gefördert werden. Derzeit sorgt das sogenannte Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts 2022 für Unmut. Laut Urteil ist eine rechtssichere Beschäftigung der Honorarlehrkräfte nur im Rahmen einer Festanstellung mit Sozialversicherungsabgaben möglich. Hintergrund der Entscheidung ist die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit.

Das Urteil wird dabei unterschiedlich bewertet. Auf der einen Seite könnten viele Lehrkräfte von einer gesicherten Festanstellung profitieren und der Beruf der Musikschullehrkraft, vor allem für junge Nachwuchskräfte, wieder attraktiver werden. Andererseits steht die Gefahr im Raum, dass der Unterricht an vielen

Schulen langfristig teurer oder unerschwinglich werden könnte und Angebote wegzufallen drohen. Wie die zu erwartenden Mehrkosten künftig verteilt werden und ob diese beispielsweise auf die Gebühren durchschlagen, wird sich in jedem Bundesland anders entwickeln.

Für das Land Berlin erwartet Kultursekretar Joe Chialo (CDU) Mehrkosten von etwa 20 Millionen Euro, bei einem Kulturetat von einer Milliarde Euro.

Honorarkräfte stehen vor großen Veränderungen

Derzeit gibt es noch ein sogenanntes Stillhalte-Moratorium, welches besagt, dass die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bis zum 15. Oktober 2024 ihre diesbezüglichen Prüfverfahren aussetzt, um dem Land Berlin die Möglichkeit einzuräumen, eine rechtssichere Lösung vorzulegen. Dennoch sind erste Folgen zu spüren. Viele Honorarkräfte erhielten nur kurze Verträge bis zum Ende des laufenden Schuljahres, teilweise mit einer Sonderkündigungsklausel. Die Künstlersozialkasse (KSK) teilte ersten Lehrkräften mit, dass sie die Sozialversicherungsbeiträge, die bislang die KSK übernommen hat, künftig selbst zahlen müssen. Sie würden jetzt trotz eines Honorarvertrags aufgrund der neuen Kriterien als abhängig beschäftigt gelten. Manche Lehrkräfte erhielten von ihrem Träger die Kündigung,

nachdem die DRV einen abhängigen Beschäftigungsstatus festgestellt hatte. Dies sorgt derzeit für große Verunsicherung bei den Betroffenen und bedroht die Arbeitsfähigkeit der Musikschulen.

Musik verbindet

Dennoch bieten Musikschulen weiterhin ein umfangreiches Angebot für alle an, die musizieren möchten. Der gesangliche und musikalische Unterricht bietet zahlreiche gute Gründe, den oft anspruchsvollen Weg einer solchen Erziehung zu gehen: Disziplin und Koordination werden geschult. Positive Einflüsse auf zahlreiche körperliche und geistige Prozesse sind belegt. Der Körper reagiert auf Eindrücke, das Wohlbefinden steigt und dies überträgt sich dann auf das Publikum. Eine Vielzahl von Projektmöglichkeiten verbindet; Freundschaften und Gemeinschaften entstehen. Ausdrucksformen für die Persönlichkeit oder für gesellschaftliche Inhalte erhalten Form, kreativen Gestaltungsraum und Ausdruck. Sie fördern, ähnlich wie der Sport, das gemeinschaftliche und künstlerische Miteinander. ■

Gregor Menz,
Jurist in der
Landesrechtsschutzstelle
der GEW BERLIN



Entschiedene Interessenvertretung statt Kungelei

Der GEW BERLIN gelingt es seit den 1970er Jahren, große Mehrheiten in den schulischen Personalräten zu gewinnen und über die Arbeitsbedingungen mitzubestimmen

von Knut Langenbach

Nach dem 2. Weltkrieg propagierte die britische Besatzungsmacht die innerbetriebliche Mitbestimmung durch Betriebsräte, um das erneute Abgleiten der großen Industrie und der Kapitalgesellschaften ins faschistische Lager durch aktive Betriebsräte zu verhindern. Die Gewerkschaften wiederum forderten einheitliche Betriebsräte in Wirtschaft und öffentlichem Dienst. Von der CDU/CSU und von den Organisationen des Beamtenbundes (DBB) wurden Sonderregelungen für die Beamt*innen und damit für die gesamte öffentliche Verwaltung gefordert.

Dies führte schließlich 1952 zum ersten Betriebsverfassungsgesetz für die »freie Wirtschaft«, nicht aber für den öffentlichen Dienst. Hier hing es an den Landesparlamenten, ob, wann und wie ein Personalvertretungsgesetz für die Beschäftigten erlassen wurde.

Personalräte müssen in Gewerkschaft eingebunden werden

In Berlin gab es zunächst noch keine Beamt*innen. Nachdem die konservativen Kräfte 1953 aber auch in Berlin die Wiedereinführung des Beamtenrechts erreicht hatten, entstand 1957 das Personalvertretungsgesetz (PersVG). Seitdem basiert die »innerbetriebliche« Mitbestimmung auch in den Verwaltungen auf dem PersVG des Landes Berlin. Hier sind die Personalräte seitdem dreistufig gegliedert: Örtliche Personalräte (öPR) vertreten die Beschäftigten einer Dienststelle, zum Beispiel alle Beschäftigten an allgemeinbildenden Schulen eines Bezirks. In einigen Bereichen bestehen Gesamtpersonalräte (GPR), zum Beispiel bei den allgemeinbildenden Schulen. Der Hauptpersonalrat (HPR) schließlich wird auf Landesebene gebildet. Er verhandelt Regelungen für alle Verwaltungsbereiche.

Personal- wie Betriebsräte laufen immer Gefahr, vom Arbeitgeber vereinnahmt zu

werden, zum Beispiel über Beförderungen oder andere Bevorzugungen. Dagegen hilft nur eine starke Einbindung in die Gewerkschaft, eine intensive Diskussion in der Gewerkschaft, in der Dienststelle und auf den Personalversammlungen über die eigenen strategischen Ziele und das konkrete Handeln und ein deutliches Auftreten der Gewerkschaften als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten.

Nach der Wahl von Lore Kujawa zur Vorsitzenden der GEW BERLIN 1974 standen die Urabstimmung über einen Streik für die Teilnahme der Lehrkräfte an der Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 40 Wochenstunden und Personalratswahlen an. Bei diesen erreichte die GEW BERLIN zwar eine Mehrheit von 84 der 155 Sitze in den 12 Bezirks-Personalräten – die Lehrkräfte waren damals Bezirkskräfte – aber in etlichen Bezirken war die »Fraktion« der Schulleiter*innen im Personalrat noch so stark, dass die progressive »neue« GEW keine Mehrheit bekam.

Die Wende kam 1977: Trotz Spaltung in zwei Organisationen gewann die GEW kräftig dazu. 45 Sitze gingen an die GEW BERLIN, 36 Sitze an die GEW im DGB und 68 Sitze an den DBB. In den meisten Personalräten übernahmen erstmals Vertreter*innen der GEW den Vorsitz. Der Beamtenbund wurde seitdem immer bedeutungsloser.

Mit guter Schulung für Beschäftigteninteressen

Im folgenden Jahrzehnt setzten wir in den Personalräten eine entschiedene Interessenvertretung für die Kolleg*innen statt Kungelei mit Parteien durch. Eine umfassende Schulungstätigkeit wurde aufgebaut mit mehrtägigen Grundschulungen für PR-Kandidat*innen und für neu gewählte Personalratsmitglieder und

mindestens zweimal jährlich durchgeführten Spezialschulungen über eine Woche. Das führte zu einer Qualifikation, der die Schulaufsicht und die Amtsleitungen in den Bezirken häufig nichts mehr entgegenzusetzen hatten.

Damit waren die örtlichen Personalräte qualifiziert für das Ausschöpfen der Möglichkeiten des im PersVG vorgesehenen Einigungsverfahrens. Entsprechend nutzten sie die enge Beratung einer Gruppe progressiver Anwält*innen für das Ausschöpfen der Möglichkeiten beim Verwaltungsgericht.

Die PR-AG wurde als zweiwöchige Sitzung von Vertreter*innen aller örtlichen Personalräte unter der Leitung des für Beamten- und Angestelltenpolitik zuständigen Referats A der GEW BERLIN ins Leben gerufen. Dort sprachen sich die Personalräte ab, qualifizierten sich über die aktuelle Rechtsprechung und erreichten politischen Druck durch die Einheitlichkeit der Abstimmung der 12 bezirklichen Personalräte. Die Stadträte für Volksbildung in den 12 West-Bezirken staunten!

Inhaltliche Schwerpunkte waren eine gerechte Auswahl bei Beförderungsverfahren und der Kampf gegen Fristverträge. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts erklärte in den frühen 80er Jahren Fristverträge nur bei gravierenden Gründen für rechtlich zulässig. Leider hat es diese klare Position später sehr aufgeweicht.

Außerdem stritten Personalräte für die Sicherung der Rechte der Kollegien nach Schulgesetz und Schulverfassungsgesetz, das die Beteiligung und Mitbestimmungsrechte in der Gesamtkonferenz und anderen schulischen Gremien 1974 deutlich erweitert hatte. Zentrale Themen waren darüber hinaus die Verhinderung von Kündigungen und anderer Disziplinierungen im Zuge des Radikalenerlasses und der folgenden Berufsverbote und Zugangsverbote zum Referendariat sowie die allmähliche Anpassung der Beamten-

Einen guten Rat wählen! **Ein guter Rat!**

Lehrermangel
Schülerberg
baufällige Schulen
Mittels im 55-Buchungen?
Raumnot
8-Wochen-Verträge
Weiterbeschäftigung oder arbeitslos?
Verbeamtung - wann?
(In)kompetente Verwaltung?

Wen rufen Sie an?
auch sonntags - abends -
also immer:

wählen! LISTE 1
25.11.92 Personalratswahlen
Hauptpersonalrat DGB LISTE 1

wählen!
Wählen Sie die KandidatInnen der GEW Berlin LISTE 1!

SERIE – Die Geschichte der GEW BERLIN

Alle Beiträge der Serie findet ihr hier:



In jedem Bezirk blieb ein örtlicher Personalrat der Dienstkräfte aller allgemeinbildenden Schulen bestehen und für diese 23 örtlichen wurde auch ein Gesamtpersonalrat der allgemeinbildenden Schulen neu errichtet. Für die beruflichen und einige schon bisher zentral verwaltete Schulen wurde ein neuer Personalrat der beruflichen Schulen gebildet. Im Jahre 2001 schließlich wurden die 23 zu zwölf Bezirken zusammengelegt.

In diese Zeit fällt einer der größten Erfolge der GEW BERLIN und ihrer Personalräte. Die zentrale Verwaltung schaffte es nicht, Übersicht über ihr Personal zu bekommen. Vor Ort in den Schulen hieß das: Fristverträge – auch ohne Rechtsgrundlage – nahmen zu, bis an die 1000er-Grenze. In langen Diskussionen fanden die GEW-Personalräte zu einem einheitlichen Verhalten der Ablehnung von Fristverträgen. Der GEW-Rechtsschutz und befreundete Anwält*innen legten immer mehr Verträge dem Arbeitsgericht vor.

Als im Herbst 1996 dann viele Kammern des Arbeitsgerichts binnen weniger Wochen in knapp 400 Fällen die Fristverträge der Kolleg*innen für rechtswidrig erklärten, weil es sich rechtlich um Dauerarbeitsverhältnisse handele und die Befristung grundlos sei, gelang es in Verhandlungen mit Schulsenatorin Stahmer (SPD), alle Fristverträge in Dauerarbeitsverhältnisse zu überführen. Hier zeigte sich besonders deutlich, wie wichtig der gemeinsame Strang ist, an dem Personalräte und Gewerkschaft ziehen und wie wichtig es ist, Einigungsverfahren nach PersVG und die Klage bei Arbeits- und Verwaltungsgerichten bei intensiver Diskussion mit der Gewerkschaft als Instrument zu nutzen, um die Interessen der jeweils betroffenen Kolleg*innen durchzusetzen. Dies war ein Lehrstück!

Knut Langenbach, 35 Jahre lang Personalratsmitglied, 1995 bis 2010 Vertreter der GEW im Vorstand des HPR



gesetzte in Sachen Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten. Da es diese vorher im Beamtentum nicht gab, mussten viele Kolleg*innen bis in die 70er Jahre hinein den »Dienst quittieren«, wenn sie ihre Kinder in den ersten Jahren zuhause betreuen wollten. Die Ablehnung der Anträge auf Teilzeit durch die Behörde aber unterliegt bis heute der Mitbestimmung und ein aufrechter Personalrat löst dann das Einigungsverfahren bis zur Einigungsstelle aus.

Im vereinigten Berlin

Als die Personalratswahlen in West-Berlin 1989 auf den 29. November festgelegt wurden, ahnte noch niemand, was 20 Tage vor diesem Datum passieren würde. Die Umwälzung in der DDR schien uns damals nicht vorhersehbar, die Auswirkungen auf das Schulsystem, die Verdopplung der Zahl der Lehrkräfte auf knapp 30.000 und die damit verbundenen Aufgaben für Gewerkschaft und Personalräte ebenso wenig.

Westbezirke übernahmen Patenschaften für Ostbezirke, um die Einheit Berlins vorzubereiten, die – bald absehbar – vor allem westlichen Vorgaben folgte. Auch in den Ostbezirken mussten in den neuen Bezirken PR-Wahlen vorbereitet und durchgeführt, die neuen Personalräte geschult und bei der Vielzahl ihrer neuen Aufgaben unterstützt werden. Als die Einheit Deutschlands durch den Beitritt vollzogen war, fing für die 23 Bezirke als Dienststellen, für die Personalräte für Schulen in denselben und die Gewerkschaften die Arbeit erst richtig an. Dabei

erlebte Berlin 1991 wieder einen politischen Umbruch: Der rot-grüne Senat unter Walter Momper (SPD) wurde im Frühjahr abgelöst durch den CDU-geführten Diepgen-Senat.

Die Bildungsverwaltungen auf Senats- und Bezirksebene mussten viele neue Fragen entscheiden und die Personalräte beteiligen. So wurde über die Auflösung von Institutionen wie das Institut für Lehrerbildung, die Bewertung und Einordnung der vielen Ausbildungsgänge zum Lehrkräfteberuf in der DDR, über knapp 200 Kündigungen von Lehrkräften aus den Ostbezirken, die angeblich oder tatsächlich als informelle Mitarbeiter*innen der Stasi tätig waren, und über die Frage, welche der Kolleg*innen aus den Ostbezirken wie und in welcher Laufbahn verbeamtet werden sollten, entschieden. Dabei gelang es im Vergleich zu anderen Bundesländern insgesamt, eine Reihe von günstigen Lösungen durchzusetzen. Die 23 Bezirkspersonalräte erwiesen sich zusammen mit der GEW als wichtiges und durchsetzungskräftiges Moment.

Erfolg gegen Fristverträge errungen

Die Schulverwaltung, die 1991 bis 1995 von CDU-Senator Klemann geleitet wurde, bekam schließlich eine neue Struktur. Alle Lehrkräfte und Erzieher*innen an Schulen, die bisher Bezirksbeschäftigte waren, wurden in das zentrale Landesschulamt überführt. Dazu mussten die Personalstellen für Schulen aus den Bezirken zusammengeführt werden – ein großer Aufwand, die neue Struktur brauchte ihre Zeit.

FOTO: GEW BERLIN



Meistens sind es Frauen, die ausgeschlossen sind

Viele angestellte Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden, gehen beim Nachteilsausgleich leer aus. Jahrzehntelange Praxiserfahrung von Lehrkräften mit ausländischem Abschluss wird nicht wertgeschätzt

von Antonia Surmann und Pilar Jopia-Bonnet

Der Senat hat entschieden, dass Lehrer*innen, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, einen Nachteilsausgleich erhalten. Doch viele angestellte Lehrkräfte werden dabei ignoriert. Trotz den geringfügigen Nachbesserungen werden nach wie vor zahlreiche Gruppen vom Nachteilsausgleich ausgeschlossen. Dazu

zählen Lehrer*innen mit einem 1. Staatsexamen, Lehrer*innen mit einem Fach, Lehrer*innen, die ihr Lehramtsstudium an einer ausländischen Universität abgeschlossen haben, Pädagogische Unterrichtshilfen, Lehrer*innen für Fachpraxis sowie Lehrer*innen mit einer Ausbildung nach dem Recht der DDR, wie Freundschaftspionierleiter*innen und Horterzieher*innen, die als Lehrer*innen tätig sind. In all diesen Gruppen sind überwiegend Frauen jahrzehntelang als Lehrer*innen im Berliner Schuldienst im Einsatz.

Schon vor der Wiedereinführung der Verbeamtung und der Einführung des Nachteilsausgleichs im Februar 2023 wurden Lehrer*innen »ohne vollständige Laufbahnbefähigung« und »ausländische« Lehrer*innen jahrzehntelang vom Senat wie vollausgebildete Lehrer*innen eingesetzt. Sie übten die gleiche Arbeit wie ihre Kolleg*innen mit voller Lehrbefähigung aus. Mit der Wiedereinführung der Verbeamtung trennt der Senat bürokratisch eine Gruppe von einer finanziellen Entschädigung ab: Voraussetzung für

den Erhalt des Nachteilsausgleichs von 300 Euro sind zwei Studienfächer und das 2. Staatsexamen. Da die genannten Gruppen von Lehrkräften nicht über ein 2. Staatsexamen verfügen, fallen sie aus der Entschädigung heraus.

Erst gebraucht, dann benachteiligt

Aber warum haben diese Lehrer*innen in den letzten Jahren kein zweites Staatsexamen erworben? Warum sind Lehrkräfte nach dem Recht ihres Herkunftslandes nicht auf die Idee gekommen, zusätzlich zu ihrem ausländischen Abschluss noch ein deutsches Staatsexamen zu machen? Durch den Lehrkräftemangel wurden sie in den Schulen gebraucht, sie haben unterrichtet!

Die Senatsbildungsverwaltung hat die billigen Arbeitskräfte gerne angenommen, sich aber nicht ernsthaft darum gekümmert, dass diese Gruppen die nötigen Weiterbildungen oder Anpassungsmaßnahmen parallel zu ihrer – meist in Voll-

EMPFEHLUNGEN DES RECHTSSCHUTZES

Die Rechtsschutzstelle der GEW BERLIN erhält nach wie vor zahlreiche Anfragen von Mitgliedern zum Thema Nachteilsausgleich. Die rechtliche Situation ist von Fall zu Fall anders. Der aktuelle Stand und die Empfehlungen der GEW-Expert*innen werden auf der Webseite dargestellt.



zeit ausgeübt – Lehrtätigkeit erhalten. Um ein Universitätsstudium nachzuholen, müssten Lehrer*innen zum einen ihre Stunden reduzieren und hätten somit deutlich weniger Geld zur Verfügung. Für viele ist das aus familiären Gründen gar nicht möglich. Zum anderen hätten sie für die berufsbegleitende Ausbildung die Genehmigung der Schulleitung für die erforderliche Teilzeitbeschäftigung gebraucht.

Eine andere Möglichkeit zum Erhalt der gleichwertigen Ausbildung als vollwertige Lehrer*innen ist ein Anpassungslehrgang, der mehr als ein Jahr dauert und begrenzte Plätze hat. Im Anpassungslehrgang bekommen Lehrer*innen mit Abschluss nach dem Recht ihres Herkunftslandes ein »Unterhaltsgeld« in der Höhe der Bezüge von Lehramtsanwärter*innen. Die Höhe beträgt zurzeit als ledige Person 1.606 Euro, verheiratet und mit einem Kind 1.884 Euro. Auch das müssen sich Lehrer*innen erst einmal leisten können.

Betroffene sind jetzt in jedem Fall bestraft: Manche durch weniger Gehalt und weniger Rentenpunkte, wenn sie ihr Staatsexamen an einer deutschen Universität nachgeholt oder einen Anpassungslehrgang absolviert haben. Diejenigen, die nur in den Schulen gearbeitet haben und aus zeitlichen oder finanziellen Gründen keinen gleichwertigen Abschluss als vollausgebildete Lehrkraft erworben haben, erhalten keinen Nachteilsausgleich. Eine Schande!

Viele arbeiten seit mehr als 20 Jahren an den Schulen Berlins. Sie wurden wie jede vollausgebildete Lehrkraft neben ihrem Stundenpensum als Klassenlehrer*innen eingesetzt. Sie sprangen für abgewanderte Lehrkräfte ein, die sich nach ihrem Referendariat ihre Verbeamtung in anderen Bundesländern abholten. Jahrelang waren sie gut genug, um dem Bildungssenat aus der Patsche zu helfen.

Betroffene gibt es an jeder Schule

In vielen Lehrer*innenzimmern geht es derzeit nur noch um die Verbeamtung. Der Nachteilsausgleichs und der Abschluss vom Ausgleich werden kaum thematisiert. Welche Demütigung, wenn sich Lehrer*innen unter 52 Jahren über den Stand ihrer Verbeamtung unterhalten, während sich im Raum immer eine oder mehrere von der Verbeamtung oder dem Nachteilsausgleich Ausgeschlossene aufhalten! In jeder Schule gibt es Betroffene

und meistens sind es Frauen. Viele Lehrer*innen fühlen sich von der Forderung »Gleiches Geld für gleiche Arbeit« angesprochen. Wir dürfen diese Ungerechtigkeit nicht hinnehmen! Wertschätzung für die jahrelange Praxiserfahrung muss bedeuten, den Nachteilsausgleich für alle angestellten Lehrkräfte ohne zusätzliche Bedingungen zu gewähren.



M. Godoy

»Ich arbeite als Grundschullehrerin in der Deutsch-Spanischen Europa-Schule in Berlin. In Spanien habe ich das Studium als Lehrerin für die 1. bis 8. Klassen abgeschlossen. Ich habe mich über die Jahre hinweg weitergebildet und in Deutschland mehrere Semester Diplompädagogik studiert. Im August 2024 wurde ich in der Gesamtkonferenz mit einer Urkunde zu meinem 25-jährigen Dienstjubiläum in der Berliner Schule geehrt. Unser Schulleiter las vor dem

»Die Senatsbildungsverwaltung hat die billigen Arbeitskräfte gerne angenommen, sich aber nicht ernsthaft um die nötigen Weiterbildungen gekümmert.«



G. Alvarez

»Ich arbeite seit 2000 in einer Europa-Schule. Die Probleme, mit denen wir Lehrer*innen mit einem Studium in unseren Heimatländern konfrontiert sind, machen mich traurig und ich fühle meine Arbeit nicht wertgeschätzt. In meinen ersten Berufsjahren verdiente ich viel weniger Geld als

Alle Gliederungen der GEW sollten sich mit diesem Thema befassen und gemeinsam aktiv darauf hinwirken, den Beschluss des Senats zu verändern. Die Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN hat dazu im Herbst 2023 beschlossen: »Der GEW-Landesvorstand fordert den Senat von Berlin (...) auf, alles Erforderliche zu tun, um den Nachteils-

Kollegium die schönen Worte vor, mit denen die Senatorin für meinen »langjährigen und engagierten Einsatz« dankte. Ich war berührt und sehr erfreut über die Geste. Andererseits war ich auch traurig, weil ich in den ersten zehn Jahren in der Schule deutlich weniger Geld verdient habe als meine deutschen Kolleg*innen. Meine spanische Ausbildung galt nicht als gleichwertig. Trotzdem trug ich die gleiche Verantwortung wie meine Kollegen, war Klassenlehrerin, habe bilaterale Projekte und Schüleraustausche mit Spanien organisiert. Es war ein harter Kampf und dauerte viele Jahre, die Gleichstellung mit den deutschen Kolleg*innen bei der Vergütung zu erreichen. Beim Nachteilsausgleich wird mir nun wieder die Gleichstellung verweigert. Für mich ist dies ein mangelnder Respekt und eine Geringschätzung der vielen Jahre Arbeit in der Berliner Schule.«

meine deutschen Kolleg*innen, obwohl ich die gleiche Arbeit ausgeübt habe. Um die E13 zu bekommen, war mein anerkanntes Studium im Ausland ein Hindernis. Es wurde das Problem gelöst, weil es einen politischen Willen gab, der es erlaubt hat, die E13 zu bekommen. Jetzt und nach über 20 Jahren habe ich keinen Anspruch auf einen Nachteilsausgleich wegen meinem Studium im Ausland. Ich bleibe ein optimistischer Mensch, der das Motto hat: Vielfalt und Gleichheit in meiner Klasse! Ich hoffe sehr, dass dieser Wunsch von Vielfalt und Gleichheit auch für Pädagog*innen gilt. Es wäre nicht nur schön, dies zu erleben, sondern auch gerecht. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit!«

► ausgleich für alle Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, deutlich zu verbessern. (...) Dazu müssen auch die Lehrkräfte in der Wartezeit für eine Verbeamtung gehören, zudem die von der Verbeamtung ausgeschlossenen Lehrkräfte (...). Das gilt auch für die Lehrkräfte ohne EU-Staatsangehörigkeit. Der Nachteilsausgleich muss auch allen Lehrkräften gezahlt werden, die nach dem 1.8.2023 eingestellt werden.«

Vor allem in Zeiten des Rechtsrucks ist für unsere Schüler*innen die Wertschätzung und Unterstützung der Lehrer*innen mit Migrationshintergrund entscheidend. Wir sollten ihnen ein Vorbild als engagierte Gewerkschaft in einer gleichberechtigten Gesellschaft sein. ■

*Antonia Surmann und Pilar Jopia-Bonnet,
Frauen-Sprecherinnenrat der GEW BERLIN*



M. González

Ich arbeite seit über 28 Jahren als Grundschullehrerin in der Deutsch-Spanischen Europa-Schule in Berlin. Mein Studium als Grundschullehrerin für die 1. bis 8. Klasse habe ich 1990 in Spanien abgeschlossen. Es wurde von der Senatsverwaltung überprüft und anerkannt. Als ich 1996 in Berlin als Grundschullehrerin mit meiner Arbeit begann, wurde ich in Bezug auf meine Arbeitskraft vom Schulleiter und dem Kollegium sofort als neue Kollegin integriert.

Dies bedeutete, dass ich neben der Lehrtätigkeit auch alle anderen Aufgaben einer Lehrkraft übernahm: Klassenlehrerin sein, Elterngespräche führen, Elternabende durchführen, Zeugnisse schreiben und unterschreiben und an allen Schulkonferenzen teilnehmen. Bei meiner finanziellen Vergütung hat man allerdings auf die Integration verzichtet: Über zehn Jahre habe ich deutlich weniger verdient als meine deutschen Kolleg*innen. Bis heute bekomme ich nicht das gleiche Gehalt wie meine Kolleg*innen mit einem deutschen Abschluss. Auch vom Nachteilsausgleich werde ich wieder ausgeschlossen. Für die Verwaltung wurde ich zwar gut genug ausgebildet, um zu unterrichten und jahrelang zu arbeiten, nicht aber um dafür eine angemessene Bezahlung zu erhalten. ■

Erfolgreicher Einsatz für die Erstattung von Dienstreisekosten

Der GEW-Rechtsschutz sorgt dafür, dass unsere Rechte umgesetzt werden

von Tobias Hoffmann

Viele Lehrkräfte und Erzieher*innen berichten derzeit, dass die Senatsverwaltung Probleme bei der Erstattung von Kosten für Klassenfahrten und andere Dienstreisen macht. Ich möchte von einem bemerkenswerten Fall berichten, der zeigt, dass es sich lohnt, für seine Rechte einzutreten.

In meinem Fall sollten die Dienstreisekosten für eine Klassenfahrt, die im November 2023 stattfand, zunächst aufgrund fehlender Haushaltsmittel auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Doch ich entschied mich, diesen Zustand nicht hinzunehmen und schaltete den GEW-Rechtsschutz ein. Schließlich gibt es einen Rechtsanspruch auf die Erstattung von Dienstreisekosten. In der AV Veranstaltungen heißt es: »Eine Schülerfahrt darf nicht genehmigt werden, soweit der Schule zu deren Durchführung Dienstreisekostenmittel nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen. (...) Lehrkräfte und das weitere in der Schule tätige päd-

agogische Personal haben einen Anspruch gegen das Land Berlin auf die Erstattung ihrer Dienstreisekosten, sofern die schulische Veranstaltung genehmigt ist.« Und Rechte der Beschäftigten können nicht einfach nach Kassenlage ausgehebelt werden.

»Rechte der Beschäftigten können nicht einfach nach Kassenlage ausgehebelt werden.«

Der GEW-Anwalt forderte die Senatsverwaltung zur zeitnahen Zahlung der Dienstreisekosten auf. Wenige Stunden nach dieser Aufforderung kam tatsächlich die Mitteilung, dass die Dienstreisekosten nun doch kurzfristig erstattet werden könnten. Der Rechtsschutz, den ich in diesem Fall durch die GEW erhielt,

war eine große Hilfe und entscheidend bei der schnellen Lösung des Problems.

Dieser Fall verdeutlicht, dass es sich lohnt, sich gegen fragwürdige Maßnahmen zur Wehr zu setzen und seine Rechte einzufordern. Die GEW BERLIN rät dazu, Fahrten nur durchzuführen, wenn wirklich alle Kosten übernommen werden. Auf keinen Fall sollte vorher eine Verzichtserklärung unterschrieben werden. ■



»GEW BERLIN kritisiert Ausgaben-sperre bei Klassenfahrten«, Pressemitteilung vom 14.10.2024

Tobias Hoffmann,
Lehrer an der Grundschule
am Kollwitzplatz



FOTO: PRIVAT



**für bessere
Arbeitsbedingungen
in der Bildung**

Geht wählen!
Für eure starke Interessen-
vertretung der GEW BERLIN!

X Deine Stimme

Ab Anfang November werden die Personalräte und die Frauenvertreterinnen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin für vier Jahre neu gewählt. Es geht um die durchsetzungsfähige Vertretung eurer arbeits- und dienstrechtlichen Interessen – und dafür zählt jede Stimme! Auf den GEW-Listen kandidieren eure Kolleg*innen aus den Kita-Eigenbetrieben, den Schulen und Hochschulen sowie den Bezirksämtern. Je höher die Wahlbeteiligung, desto stärker der Rückenwind für sie, wenn sie sich gegenüber der Dienststelle für euch einsetzen.

Unsere GEW-Personalratsmitglieder treten für die Interessen aller Beschäftigten ein und sorgen jeden Tag dafür, dass Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle Beschäftigten gewahrt sind. Sie schützen Kolleg*innen vor Benachteiligung und Willkür, setzen sich dafür ein, Arbeitsverdichtung zu verhindern und kämpfen für konkrete Entlastung.

Die Personalvertretungen der GEW unterstützen die Beschäftigten zudem bei der Durchsetzung ihrer individuellen Rechte und Anliegen. Oft erhalten Kolleg*innen mehrere hundert Euro mehr im Monat, weil engagierte Personalräte ihre Eingruppierung korrigieren oder die Anerkennung von Berufserfahrung durchsetzen konnten. Unsere Personalräte beraten bei Umsetzungen, beim Wiedereinstieg nach längerer

Krankheit, bei Sabbaticals oder der Entscheidung für eine Teilzeittätigkeit.

Im Bereich Schule werden die Personalräte in den nächsten Jahren einen Fokus auf Überlastungsschutz, bessere Umsetzung der Digitalisierung und die Gestaltung von Arbeitszeiterfassungsregelungen legen. Dafür ist es entscheidend, dass wir auch im Gesamtpersonalrat der allgemeinbildenden Schulen (GPR) und im Hauptpersonalrat (HPR) stark vertreten sind. Im HPR werden wesentliche Fragen der Digitalisierung in Schulen mitbestimmt. Diese Entscheidungen müssen auch von Vertreter*innen aus dem Schulbereich getroffen werden. Dafür brauchen wir eine hohe Wahlbeteiligung und viele Stimmen für unsere Liste 4.

Auch die Frauenvertreterinnen sind für alle Beschäftigten aktiv. Sie setzen sich beispielsweise für gute Teilzeitregelungen ein und engagieren sich dafür, dass Führungspositionen und familiäre Aufgaben vereinbar werden. Sie wachen auch darüber, dass die Schutzbestimmungen für werdende Mütter eingehalten werden und beraten bei Fragen rund um die Elternzeit.

Die Beschäftigtenvertretungen der GEW sorgen durch Informationsschreiben, Beratungen und Versammlungen dafür, dass alle Beschäftigten neue Verwaltungsvorhaben und wichtige Rechtsentscheidungen kennen und ihre Ansprüche anmelden können.

Als GEW unterstützen wir aktiv unsere Beschäftigtenvertretungen mit Know-how, aber auch in ihrer Rolle als politische Interessenvertretung. Gemeinsam sind wir stark und setzen uns koordiniert gegenüber dem Dienstherrn, der Verwaltung, der Politik und der Presse gegen steigende Belastungen, Arbeitsverdichtung und Sparmaßnahmen, für eine bessere Personalausstattung und fällige Vergütungs- und Besoldungserhöhungen ein.

Auf unserer Webseite findet ihr eure örtlichen Wahllokale und Wahltermine. Jede Stimme zählt!

Geht wählen, für eure starke Interessenvertretung der GEW BERLIN!

Alle Wahltermine findet ihr unter:
www.gew-berlin.de/wahlen

- v. l. n. r
CHRISTIANE WEISSHOFF, Vorsitzende des Personalrats Kita-Eigenbetrieb City
ANNE ALBERS, Mitglied des Hauptpersonalrats und Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN
MARTINA REGULIN, Vorsitzende der GEW BERLIN
SARA ZIEGLER, Kandidatin für den Hauptpersonalrat und Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN

FOTO: FOTOSTUDIO CHARLOTTENBURG/COLLAGE GEW BERLIN



FRAUENVERTRETERINNEN



Tanja Sallach

ist eine von 13 Frauenvertreterinnen in den Schulregionen. In Friedrichshain-Kreuzberg setzt sie sich für geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen ein.

Es gibt an vielen Schulen in unserer Region schon gute Beispiele, wie an besonders herausfordernde Themen wie Karriereförderung von Frauen, Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf und die Präventionsarbeit zu sexueller Belästigung herangegangen wird. Aber es gibt auch noch sehr viel zu tun. Auch wenn viele Beschäftigte in den Berliner Schulen Frauen sind, heißt das noch nicht, dass automatisch an das gedacht wird, was Frauen besonders, wenn auch nicht ausschließlich, betrifft. Als Frauenvertreterin unter-

stütze ich Frauen, um strukturelle Diskriminierungen zu vermeiden, zum Beispiel bei Umsetzungen, bei Fragen zu Stellenbesetzungs- oder Auswahlverfahren oder bei sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz. Meine Rolle gibt mir die Möglichkeit, mit der Schulaufsicht und den Schulleitungen im Sinne der Beschäftigten ins Gespräch zu kommen. Im besten Falle kommt es dadurch zu besseren Ideen und guten Lösungen.

Als Facherzieherin für Integration bringe ich einen anderen Blick auf das weitere pädagogische Personal mit, der sonst im Schulbetrieb manchmal fehlt. Für die Erzieherinnen in der ergänzenden Förderung und Betreuung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso ein Thema wie für die Lehrkräfte, allerdings sind andere Arbeitszeitmodelle zu berücksichtigen.

Auch das Thema Karrierechancen betrifft die Beschäftigtengruppen in unterschiedlicher Form. In der Beratung zu Stellenbesetzungs- und Auswahlverfahren kann ich Frauen stärken. Gleichzeitig ist es nur mit einer Gewerkschaft wie der GEW möglich, beim Thema Funktionsstellen an Grundschulen Verbesserungen zu erwirken. Für Lehrkräfte bewegt sich da nun langsam etwas. Für das weitere pädagogische Personal gibt es bisher nur die

Position der koordinierenden Fachkraft, das ist zu wenig.

Die Arbeit als Frauenvertreterin würde ich gerne im Team machen. Laut Landesgleichstellungsgesetz soll es ab 500 Beschäftigten eine Frauenvertreterin geben. In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es rund 3450 Beschäftigte, da sollte es zumindest eine zweite Frau geben, die an allen Vorgängen beteiligt ist. Bisher gibt es aber nur eine Stellvertreterin, die zwei Stunden pro Woche mitarbeitet. Und diese Zeit ist bei weitem nicht ausreichend, um einen gemeinsamen Überblick über die Vorgänge zu bekommen und sich über Beratungen auszutauschen.

Als GEW-Kollegin setze ich mich schon lange auch über die eigene Schule hinaus intensiv mit schulischen und bildungspolitischen Themen auseinander. Deshalb sind wir in einer Bildungsgewerkschaft. Frauenvertreterinnen, die in der GEW organisiert sind, sind gut informiert und aktiv und sollten deshalb große Unterstützung durch die Beschäftigten bekommen. Nur dadurch habe ich als Frauenvertreterin eine starke Position. ■

Weitere Beiträge von Frauenvertreterinnen findet ihr auf der GEW-Website: www.gew-berlin.de/wahlen

Elke Gabriel und Friederike Peiser

sind als Gesamtfrauenvertreterin der allgemeinbildenden Schulen und als stellvertretende Gesamtfrauenvertreterin ein durchsetzungsstarkes Team gegenüber der Senatsbildungsverwaltung.

Wir machen uns für die berufliche Gleichstellung stark. Strukturelle Benachteiligung von Frauen muss endlich überwunden werden. Dafür gibt uns das Landesgleichgesetz den Auftrag. Durch unsere Initiative wurden an Grundschulen Fachleitungsstellen eingerichtet. Jetzt treten wir dafür ein, dass Informationsveranstaltungen und Fortbildungen dazu angeboten werden. Durch unser Engagement gibt es seit 2024 das Modell Jobsharing für Schulleitungsstellen. Das Tandemmodell sieht nur eine Teilung der Vollzeit-



v. l.: Friederike Peiser und Elke Gabriel

stelle vor. Interessierte sollen nur noch mit einer halben Stelle arbeiten. Das reicht nicht. Wir fordern weiterhin, dass die Ausstattung besser wird. Denn Jobsharing ist partizipative Leitung und Frauenförderung zugleich. Schule muss ein demokratischer und diskriminierungsfreier Arbeitsplatz sein. Regelungen hierzu werden in Dienstvereinbarungen getroffen. An der Dienstvereinbarung zum Schutz vor sexueller Belästigung am

Arbeitsplatz haben wir aktiv mitgewirkt. Zudem setzen wir uns für echte Teilzeit ein. Wir fordern verbindliche Maßnahmen im Frauenförderplan, damit weitreichende Rechte für dich festgeschrieben sind.

Wir arbeiten gut mit den Frauenvertreterinnen in den Schulregionen zusammen und beraten diese bei ihrer Tätigkeit. Sie sind deine ersten Ansprechpartnerinnen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. ■

Ein ausführliches Interview mit Elke Gabriel und Friederike Peiser findet ihr auf der GEW-Website: www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/besser-als-allein

Deine Stimme

für einen modernen
& (geschlechter-)gerechten Arbeitsplatz



Ilona Fürstenberg

ist eine von fünf Frauenvertreterinnen in den Kita-Eigenbetrieben. Im Eigenbetrieb NordOst setzt sie sich für die Beschäftigten ein.

Erzieher*in ist ein sozialer Beruf und es ist allgemein bekannt, dass soziales Engagement oftmals über das normale Level gefordert und abverlangt wird. Kolleg*innen wissen leider zu wenig über ihre Rechte als Arbeitnehmer*in. Um hier Unterstützung, Aufklärung, qualifizierte Beratung und Mut zum NEIN sagen anzu-

bieten, wurde ich 2019 und 2020 zur Frauenvertreterin gewählt. In einem Kita-Eigenbetrieb ist die Benachteiligung von Frauen nicht das drängendste Problem. Aber meine Aufgaben sind vielfältiger und beinhalten von der Arbeitszeitverkürzung über pädagogische Qualitätsstandards bis zum Zeugnis alles, was unseren Betrieb ausmacht.

Ohne Zusammenarbeit funktioniert Beschäftigtenvertretung nicht. Mit meiner Stellvertreterin arbeite ich eng zusammen. Absprachen sind wichtig. Meine Sekretärin übernimmt viele administrative Aufgaben. Die Zusammenarbeit mit der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat gestaltet sich konstruktiv. Wir sind sehr oft im Austausch zu den verschiedensten Vorgängen im Betrieb. Digitalisierung, Einführung neuer Arbeitsabläufe oder auch neue Standards in der pädagogischen Arbeit werden gemeinsam besprochen und Strategien erarbeitet.

Auch die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung ist wichtig, um Entlastung für die Kolleginnen zu schaffen, aber auch

um neue Prozesse möglichst problemlos voran zu bringen. In den 80 Kitas des Eigenbetriebes NordOst bin ich mit den Kolleg*innen im ständigen Austausch. Wichtig ist es außerdem, mit der Leitung der einzelnen Kitas im Gespräch zu bleiben. Viele kleine Probleme lassen sich durch ein Gespräch mit den Beteiligten klären.

Die Arbeitsbedingungen werden nicht einfacher. Personalmangel, der erhöhte Förderbedarf von immer mehr Kindern und die fehlende Reaktion des Senats sind nur Beispiele für die wachsende Unattraktivität des Berufes der Pädagog*in. Es gibt viel zu tun.

Im Laufe der vergangenen fünf Jahre habe ich sehr viel über Menschen, Gesetze, Arbeitsabläufe in den verschiedenen Bereichen des Betriebes und Probleme in den Teams gelernt, Netzwerke gesponnen und Strategien zur Unterstützung meiner Kolleginnen entwickelt. Ich glaube, dass Erfahrung ein wichtiger Faktor für diese Arbeit ist und ich bin froh, erfolgreich vielen Mitarbeiterinnen mit den verschiedensten Problemen geholfen zu haben. ■



KITA-EIGENBETRIEBE

Simone Höpfner

kandidiert erstmals für den Personalrat des Kita-Eigenbetriebs City

Ich bin nun schon seit vielen Jahren im Bereich der Frühpädagogik tätig. Zudem habe ich in den zurückliegenden Jahren viele Prozesse und Veränderungen in diesem Tätigkeitsbereich beobachten und miterleben können. Vieles davon war vielversprechend und hat unser Verständnis von den Aufgaben und Anforderungen eines Erziehers/einer Erzieherin verändert. Diese sind professioneller und umfassender geworden.

Seit geraumer Zeit nun erleben wir fast täglich in unserer pädagogischen Arbeit, dass die Idee einer institutionellen Frühförderung, ihre Bedeutung und Wertigkeit für die Gesellschaft an einem Wende-

punkt angelangt ist. Im Kitaalltag sind wir zunehmend mit Rahmenbedingungen konfrontiert, die den Erfordernissen hinsichtlich der gestellten institutionellen Ziele kaum noch gerecht werden.

Die Gestaltung und Durchführung von pädagogischen Settings stellen angesichts der hohen Erzieher-Kind-Schlüssel, Mitarbeiterausfälle durch Fluktuation und hohen Krankenstände sowie spezifischen professionellen Bedarfen bei Kindern und Familien einen immer häufiger

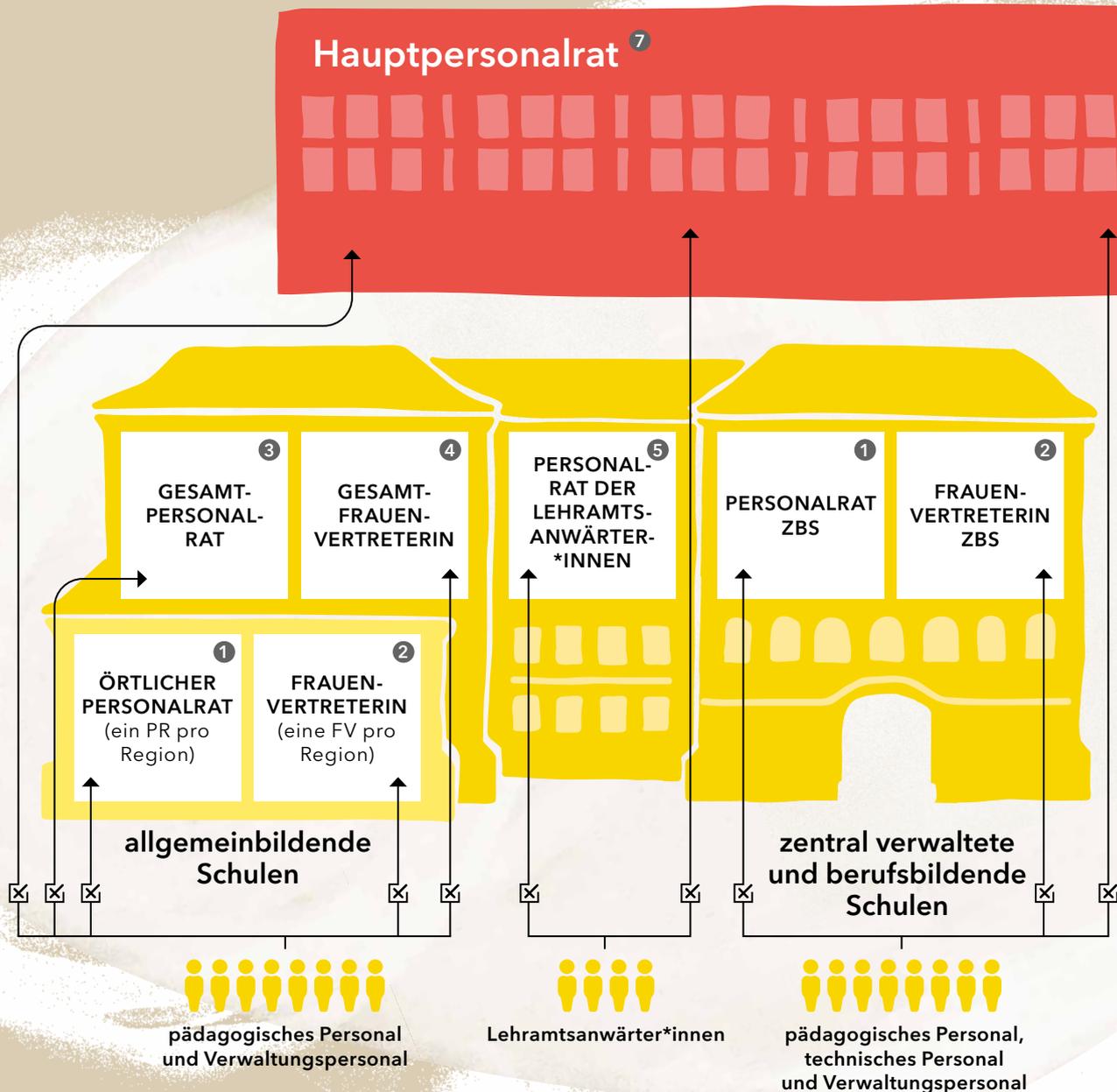


werdenden Kraftakt dar, der nicht nur die handelnden pädagogischen Akteure in ihrer Arbeit beeinflusst, sondern auch auf die Entwicklungsprozesse der Kinder wirkt.

In diesem Zusammenhang kommt dem Personalrat als Interessenvertreter der Beschäftigten in den Kitas gegenüber dem Kitaträger als Arbeitgeber eine wesentliche Rolle zu.

Als künftiges Mitglied im Personalrat möchte ich mich für die Belange von Kollegen und Kolleginnen einsetzen. Sie ermutigen und unterstützen, Problemstellungen im Arbeitsalltag, wie zum Beispiel beim Arbeitsklima, in der Zusammenarbeit zwischen Leitung und Team oder bei strukturellen Veränderungen, transparent zu machen, damit sich die alltäglichen Herausforderungen nicht verstärken, sondern durch Abwägung von Maßnahmen verringern und im besten Fall gemeinsam gelöst werden können. ■

Personalratswahlen und Wahl der Frauenvertreterinnen Wer wählt wen?



Aufgaben der Personal- räte und Frauen- vertreterinnen in den Organisationsbereichen der **GEW BERLIN**

1 Die örtlichen **Personalräte** (PR oder öPR) in den SenBJF-Regionen, der Personalrat der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen (PRzbs), die Personalräte in den Kita-Eigenbetrieben und Bezirksämtern sowie an den Universitäten und Hochschulen vertreten die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Dienststellenleitung. Sie bestimmen bei Einstellungen, Eingruppierungen und Kündigungen mit und haben ein weitgehendes Informationsrecht. Die Personalräte beraten und unterstützen die Beschäftigten bei allen Problemen und Konflikten mit der Dienststellenleitung. Die Amtszeit der PR beträgt vier Jahre.

2 Die örtlichen **Frauenvertreterinnen** (FV) vertreten die Interessen der weiblichen Dienstkräfte gegenüber Schul- bzw. Kitaleitungen sowie gegenüber der Dienststellenleitung. Insbesondere achten sie darauf, dass die in Landesgleichstellungsgesetz und Frauenförderplan enthaltenen Vorgaben zur Gleichstellung von Frauen und Männern eingehalten werden. Sie sind an allen personellen Maßnahmen wie Einstellungen oder der Auswahl von Führungspersonal beteiligt und überprüfen, ob Beanstandungsgründe vorliegen. Die FV werden ausschließlich von weiblichen Dienstkräften gewählt. Die **Schwerbehinder-tenvertretungen** werden auch alle vier

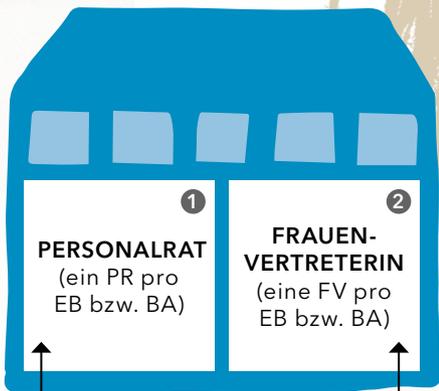
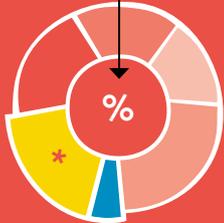
Jahre gewählt, allerdings zeitversetzt; die nächsten Wahlen finden erst 2026 statt.

3 Der **Gesamtpersonalrat** (GPR) der allgemeinbildenden Schulen ist für übergeordnete Belange zuständig, die mehrere bzw. alle zwölf SenBJF-Regionen betreffen. Außerdem unterstützt und berät er die örtlichen Personalräte bei ihrer Arbeit und ist beispielsweise für Versetzungen zuständig. Die Beschäftigten der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des GPR. Auch an der FU und der HU bestehen Gesamtpersonalräte, die übergeordnete Aufgaben wahrnehmen.



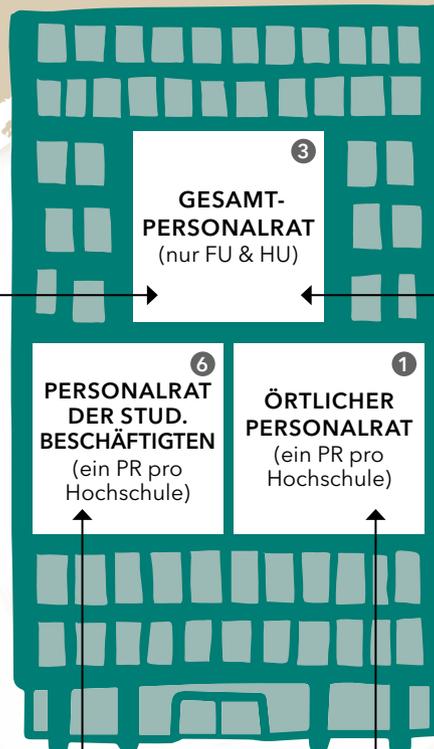
Feuerwehr
Polizei
Senatsverwaltungen
Bildung
u. a.

* Eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig, damit der Bildungsbereich im Hauptpersonalrat angemessen repräsentiert wird.



Kita-Eigenbetriebe
und Bezirksamter


pädagogisches Personal,
technisches Personal
und Verwaltungspersonal



Hochschulen


studentische
Beschäftigte


wissenschaftliche Mitarbeiter*innen
und Mitarbeiter*innen in Technik,
Service und Verwaltung

4 Die **Gesamtfrauenvertreterin (GFV)** ist analog zum Gesamtpersonalrat für alle Belange zuständig, die die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffen und Auswirkungen nicht nur auf die Beschäftigten einer einzelnen SenBJF-Region haben. Die GFV ist an der Erstellung des Frauenförderplans beteiligt und wacht gemeinsam mit ihrer Stellvertreterin über dessen Einhaltung.

5 Der Personalrat der **Lehramtswärter*innen (PR LAA)** vertritt die Interessen der Lehramtsanwärter*innen gegenüber der SenBJF. Er bietet individuelle Beratungen und Prüfungsbegleitungen an und leistet auch sonst

Hilfestellung bei allen Fragen rund ums Referendariat. Der PR LAA wird jährlich im Herbst gewählt und ist ausschließlich für reguläre Referendar*innen zuständig. Beschäftigte im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst werden von den örtlichen Personalräten vertreten.

6 Die Personalräte der **studentischen Beschäftigten (PRstudB)** vertreten die Interessen der studentischen Beschäftigten der jeweiligen Hochschule. Sie erfüllen die gleichen Aufgaben wie die örtlichen Personalräte. An Hochschulen, an denen Gesamtpersonalräte bestehen (an der FU und an der HU), sind diese auch für die übergeordneten Belange

studentischer Mitarbeiter*innen zuständig und werden deshalb auch von diesen gewählt.

7 Der **Hauptpersonalrat (HPR)** ist die oberste Stufenvertretung für den gesamten unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes Berlin. Das sind unter anderem alle Senatsverwaltungen, die Bezirksamter, Schulen, Kita-Eigenbetriebe, Feuerwehr und Polizei. Der HPR ist zuständig für alle arbeits- und dienstrechtlichen Regelungen, die mehr als einen örtlichen Bereich bzw. sowohl allgemeinbildende als auch berufsbildende Schulen betreffen. Dazu zählen IT-Verfahren, der Abschluss von

Rahmendienstvereinbarungen, allgemeine Verwaltungsvorschriften und Ausführungsvorschriften zu Tarifverträgen. Eine wichtige Aufgabe des HPR ist die Durchführung von Einigungsverhandlungen. Diese finden statt, wenn zwischen den örtlichen Personalräten und der Dienststelle keine Einigung in Mitbestimmungsangelegenheiten erzielt wird. Bei der Wahl zum HPR ist eine hohe Wahlbeteiligung im Bildungsbereich ganz besonders wichtig. Nur wenn Pädagog*innen in diesem Gremium angemessen vertreten sind, werden die Probleme, die uns am Arbeitsplatz betreffen, im HPR auch von Pädagog*innen bearbeitet und entschieden.



Deine Stimme



Peggy Beßler GEW-Liste zum PR Hochschulbereich an der HU Berlin

Jetzt ist die Zeit, die Weichen für bessere Arbeitsbedingungen an der HU Berlin zu stellen. Deine Stimme macht den Unterschied! Gemeinsam können wir faire und nachhaltige Veränderungen bewirken. Unser Plan: Soziale Gerechtigkeit, sichere Arbeitsplätze, Entfristungen und ein respektvolles Miteinander an der HU. Wir setzen uns gezielt für tarifliche Bezahlung und gute Bedingungen für alle Beschäftigten ein. Unterstütze uns, damit wir die Arbeitswelt an der HU gerechter gestalten. ■



Till Grigoleit GEW-Liste an der TU

Die Lage an der TU ist ernst! Zwar wurde beschlossen, mehr Dauerstellen zu schaffen, doch die Umsetzung lässt auf sich warten. Das Präsidium plant, die Eingruppierungen an die tatsächlichen Aufgaben anzupassen. Das klingt gut, wirkt bei der Anzahl der Fälle aber noch symbolisch. Wieder einmal liegt es an den Angestellten: Anträge schreiben, zuarbeiten und hoffen, dass es sich lohnt. Dies sind nur einige Themen, die uns als offene GEW-Liste an der TU beschäftigen. Doch was uns immer mehr beunruhigt ist unsere Sicherheit: Wenn jemand sagt, »uns fällt die Decke auf den Kopf«, ist das längst kein Scherz mehr. ■

Joana Latorre GEW-Kandidatin der Liste »DGB&friends« an der HWR

Rechte bekommt man nicht geschenkt, man muss sie sich erkämpfen. An einer Hochschule wie der HWR Berlin bedeutet das, ständig für die Aktualisierung der Tätigkeitsmerkmale (BAK) zu kämpfen. Leistungsgerechte Bezahlung in Form adäquater Eingruppierung steht bei mir an erster Stelle. Hier kämpfe ich gegen Befristungen sowohl bei Wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen als auch bei Mitarbeiter*innen in Technik, Service und Verwaltung sowie für die zeitnahe Besetzung offener Stellen. Ich engagiere mich für ein funktionierendes Gesundheitsmanagement und flexible Arbeitsmodelle, für familiengerechtes Arbeiten und eine gute Work-Life-Balance, um Machtmissbrauch, Diskriminierung und Karrierebremsen zu beenden. ■



David Bowskill GEW-Liste zum GPR an der HU Berlin

Wir setzen uns weiter für bessere Arbeitsbedingungen und eine gute tarifliche Bezahlung für alle Beschäftigten ein. Als Personalräte treten wir für Entfristungen und Höhergruppierungen ein, um die GEW-Forderung »Dauerstellen für Daueraufgaben« an der HU Berlin Realität werden zu lassen. Wir fordern auch eine neue Dienstvereinbarung »Für ein respektvolles Miteinander an der HU Berlin«. Hier muss Machtmissbrauch klar als Kategorie definiert werden. Zudem müssen Sanktionsmöglichkeiten festgelegt werden. Die GEW-Personalratsmitglieder werden sich dazu besonders in den Verhandlungen mit der Universitätsleitung engagieren. ■



Jörg Grönwoldt GEW-Liste an der BHT

Der steigende Arbeitsdruck, die anhaltende Überlastung und der Fachkräftemangel rücken in den Fokus unserer Arbeit. Wir setzen uns gezielt für mehr Gesundheitsförderung, flexible Arbeitszeiten und die schnelle Besetzung offener Stellen ein. Eine neue Willkommenskultur und eine gute Einarbeitung sind für uns essenziell. Diese Themen packen wir an, um die Arbeitsbedingungen für alle zu verbessern. In diesem Jahr treten wir mit voller Kraft an und freuen uns, dass wir neue engagierte Kandidat*innen gewonnen haben, die sich für diese Ziele einsetzen. ■



João Romão GEW-Liste zum GPR an der FU

Wir treten entschlossen für die Interessen der Beschäftigten an der FU ein! Unsere zentralen Forderungen: Entfristungen und gerechte Bezahlung für alle Beschäftigten, sichere und planbare Karrierewege, schnelle Umsetzung der Hauptstadtzulage. Wir kämpfen für Gesundheitsschutz und Arbeitsentlastungen. Machtmissbrauch und starre Hierarchien dürfen an der FU keinen Platz haben! Auch die Einführung von neuer Software und Arbeitsprozessen muss im Sinne der Beschäftigten laufen. Gemeinsam setzen wir uns für Respekt, faire Arbeitsbedingungen und Sicherheit für alle Beschäftigten an der FU ein – mit deiner Stimme für die GEW-Liste! ■



für dein gutes
Recht & kompetente
Beratung



Nicole Verworner Personalrat Reinickendorf, Pädagogische Unterrichtshilfe an der Chamisso-Grundschule

Jeder braucht Unterstützung – ich stehe den Pädagogischen Unterrichtshilfen im Schuldienst zur Seite. Als Mitglied des Personalrats Reinickendorf setze ich mich für die Interessen einer Berufsgruppe ein, die in unserer Gesellschaft noch nicht ausreichend etabliert ist. In Schulen werden Pädagogische Unterrichtshilfen oft nicht als Lehrkräfte anerkannt. Ich unterstütze die Kolleg*innen beim richtigen Arbeits-einsatz, organisiere Fortbildungen und Vernetzungstreffen und setze mich für faire Eingruppierungen ein. Mein Ziel ist es, unsere Tätigkeiten klarer zu definieren und Überlastung zu vermeiden. Dafür begleite ich Kolleg*innen auch bei Präventions- und Konfliktgesprächen. In der Vertretung gegenüber Schulaufsicht und Senat bin ich eine Stimme unserer Berufsgruppe. ■



Caroline Muñoz del Rio und Herbert Hannebaum

Personalrat der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen
Wir sind ein großer Personalrat mit 21 Mitgliedern, 19 davon aus unserer GEW. Wir vertreten mehr als 6.000 Beschäftigte – Lehrkräfte, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und das sogenannte unterrichtsnahe Personal wie Sekretär*innen und Hausmeister*innen sowie Labortechniker*innen, aber auch Physiotherapeut*innen, Tierpfleger*innen und Fährleute. Um den unterschiedlichen Beschäftigten-gruppen gerecht zu werden, sind wir inhaltlich sehr breit aufgestellt. Das soll auch künftig so bleiben. Deshalb muss ein

Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den Generationen organisiert werden. Dies darf aber keine Einbahnstraße von alt zu jung sein, vielmehr ist ein Personalrat auf die Innovationsfreudigkeit und Ideen der jungen Kolleg*innen angewiesen.

Wir beide leben dies durch enge Zusammenarbeit im Team vor, im selben Büro für die Personalratsarbeit und im GEW-Engagement. ■

Heike Willert und Marion Leibnitz
Gesamtpersonalrat der allgemein-bildenden Schulen

Der Gesamtpersonalrat ist mit über 40.000 Beschäftigten einer der größten Personal-räte Berlins. Wir vertreten alle Beschäftig-ten an den allgemeinbildenden Schulen, außer Hausmeister. Unser Personalrat hat 29 Mitglieder aus den verschiedensten schulischen Bereichen, dazu zählt auch das nichtpädagogische Personal.

Der Mangel an den Schulen wird immer größer. Damit werden auch die Herausforderungen größer. Wir stellen uns mehr und mehr den Themen der Qualifizierung von Quereinsteigenden und der Entfristung von befristet Beschäftigten. Immer mehr Stellen werden aus nicht besetzten Lehrkräfte-Stunden umgewandelt. Grundsätzlich begrüßen wir, dass neue Berufsgruppen wie Psycholog*innen, Ergotherapeut*innen, Logogpäd*innen und viele mehr an die Schulen kommen, um die



Pädagog*innen bei ihren herausfordernden Aufgaben zu unterstützen. Unsere Forderung ist aber, dass diese Stellen verbindlich und für alle Schulen fest in den Stellenplan kommen und keine Notlösung darstellen.

In dieser Wahlperiode ist es unter anderem gelungen, die Dienstvereinbarung mittelbare pädagogische Arbeit für Erzieher*innen weiterzuentwickeln. Der aktuelle Stand reicht uns aber nicht, deshalb haben wir frühzeitig begonnen, diese erneut zu evaluieren. Die Herausforderung,

die Verbeamtung der Bestandslehrkräfte zu beschleunigen, konnte nach gemeinsamen Absprachen und der Umsetzung durch die örtlichen Personal-räte grundsätzlich erreicht werden.

Ein wichtiges Anliegen ist nach wie vor die Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Wir setzen uns zum Beispiel für die Evaluation der Gefährdungsbeurteilung Psyche ein, um den gesetzlichen Anspruch umzusetzen und die Akzeptanz für die Beschäftigten zu erhöhen.

In sämtlichen Stellungnahmen zu Verwaltungsvorschriften und Gesetzesvorlagen an den Hauptpersonalrat vertreten wir die Bedürfnisse unserer Beschäftigten. ■



HAUPTPERSONALRAT
LISTE 4

Deine Stimme

Die GEW tritt gemeinsam mit ihrer
Schwestergewerkschaft IG BAU
auf der Liste 4 für den HPR an:
»GEW & IG BAU für bessere
Arbeitsbedingungen«



für bessere
Arbeitsbedingungen
in der Bildung

Sara Ziegler

Gesundheitsschutz und Entlastung für gute Bildung steht uns zu! Denn nur gesunde Kolleg*innen können auch gute Arbeit leisten. Seit 2020 setze ich mich im PR Reinickendorf und dafür ein, dass sich nicht nur die Löhne verbessern, sondern auch Entlastungsmechanismen wirksam werden. Im Hauptpersonalrat (HPR) braucht es kundige Expert*innen aus dem Bildungsbereich. Als HPR-Mitglied will ich einfordern, dass die aktive Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen und moderne sowie gesunde Arbeitsplätze im Bildungsbereich unterstützt werden. Außerdem braucht es dringend eine Fokussierung auf Bildungsthemen im Hinblick auf die Gestaltung unserer Gesellschaft. Auch hierzu kann der HPR beitragen.

Christina Kunze

Als Berufsschullehrerin habe ich viele Jahre an einem OSZ unterrichtet und in der Schulleitung mitgearbeitet. Seit 2016 bin ich Mitglied im HPR; zunächst im Vorstand, aktuell im Plenum. Zurzeit arbeite ich in der Bildungsverwaltung im Referat Übergangsmanagement.

Im HPR-Vorstand habe ich das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz bearbeitet. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Beamtenrecht, denn ein großer Teil der Arbeit der GEW BERLIN für Beamt*innen findet im HPR statt. Das verfassungswidrige Berliner Besoldungsgefüge soll nun endlich verfassungskonform gestaltet, damit einhergehend aber auch das Pensionsalter erhöht werden. Diesen Prozess begleiten wir kritisch und setzen uns für die Schaffung verträglicher Übergangsräume für die betroffenen Jahrgänge ein.

Anne Albers

Gute Bildung gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen! Dafür kämpfe ich seit 2016 als Mitglied im örtlichen Personalrat Neukölln sowie seit 2020 im Haupt- und Gesamtpersonalrat. Der HPR ist für übergeordnete arbeits- und dienstrechtliche Fragen im unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes Berlin zuständig. Aus dem Schulbereich landen hier Themen, die Kolleg*innen an berufs- wie allgemeinbildenden Schulen gemeinsam betreffen – und das sind viele! Es gibt noch viel zu tun für faire Entgelte, bessere Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, gute digitale Endgeräte oder auskömmliche Personalbemessung. Damit unsere Interessen als Bildungsbeschäftigte im HPR-Vorstand künftig wieder gut vertreten sind, wählt eure GEW auf Liste 4 – jede Stimme zählt!

Thomas Weiske

Interessenvertretung der Beschäftigten ist ein wesentlicher Bestandteil gesellschaftlich-politischer Teilhabe. Insbesondere in Krisen zeigt sich der desolate Zustand des Bildungssystems: schleppende und unkoordinierte Digitalisierung im Bildungsbereich, zunehmend autoritäre Führungsstile von Schulleitungen, ausbleibende Strategien der politisch Verantwortlichen, den Lehrkräftemangel zu verringern, und fehlende Wertschätzung der Arbeit, die die Kolleg*innen seit Jahren über das Normalmaß hinaus leisten – so nimmt der Verwaltungsaufwand neben dem Unterricht zunehmend Raum ein. Konflikte zwischen Arbeitgeber/Dienstherr und Beschäftigten bleiben hier nicht aus. In solchen Konflikten den Kolleg*innen zur Seite zu stehen, sehe ich als meine Aufgabe.

Robert Odarjuk

In meiner Schule bin ich IT-Beauftragter und beschäftigte mich auch im Personalrat und innerhalb der GEW schwerpunktmäßig mit dem Themenfeld Digitalisierung. Digitales Arbeiten wird unsere alltägliche Arbeit in der Schule erheblich verändern. Insbesondere bei administrativen Aufgaben und in der Verwaltung werden zunehmend verpflichtende digitale Verfahren Einzug halten. Die zentralen Entscheidungen hierfür werden auf Landesebene getroffen. Hier ist der Hauptpersonalrat in der Mitbestimmung. Im HPR möchte ich mich besonders im Themenfeld Digitalisierung dafür einsetzen, dass Fragen der Entlastung, des Arbeitsschutzes und eines pädagogischen Mehrwerts in unserem Sinne berücksichtigt werden.

Jasmina Brück

Ich bin Erzieherin und Koordinierende Fachkraft an der Paul-Moor-Grundschule in Spandau und Vorstandsmitglied des örtlichen Personalrats in Spandau, Mitglied der GEW-Bezirksleitung und Landesdelegierte. Beschäftigte aus dem Sozial- und Erziehungsdienst werden bei der Senatsverwaltung oftmals »vergessen«. Tarifliche Regelungen werden oft umgangen. Dadurch entstehen Nachteile! Ich möchte die richtigen Fragen an die richtigen Menschen stellen, sensibilisieren, um den Blick vor allem auch für den Ganztags zu schärfen. Ich kandidiere für den Hauptpersonalrat, damit dort der Ganztags stark vertreten und sichtbar ist!

hintere Reihe: Sara Ziegler, Anne Albers, Robert Odarjuk; vordere Reihe: Christina Kunze, Thomas Weiske und Jasmina Brück

Chaos beim Schulessen

Mehr Mitsprache der Schulen beim Vergabeverfahren und lokale Lösungen könnten helfen

von Klaudia Kachelrieß

Zu Beginn des Schuljahres gab es chaotische Situationen rund um das Schulessen. Aufgrund eines neuen Vergabesystems wurde der Caterer 40 Seconds von sehr vielen Bezirken ausgewählt. Dieser musste kurzfristig seine Kapazitäten von 5.000 Mahlzeiten am Tag auf das Achtfache erhöhen, was offensichtlich misslang. In den ersten zwei Schulwochen kam es so zu zahlreichen Ausfällen und Unregelmäßigkeiten. Es wurde entweder gar kein Essen geliefert, zu wenig oder in mangelhafter Qualität. Berichte aus Schulen sprachen von kaltem oder teilweise angebranntem Essen. Auch Fälle von Unwohlsein durch die Schulspeisung wurden gemeldet.

Sehr vielen Berliner Schüler*innen fehlte in den ersten Schulwochen eine warme und gesunde Mahlzeit. Die Taktung des Stundenplans und die Essenszeiten konnten nicht eingehalten werden. Die Schulleitungen und das Schulpersonal mussten das Chaos auffangen. Sie bestellten Pizzen oder mussten kurzerhand Großeinkäufe erledigen. Gleichzeitig mussten sie auf die vielen berechtigten Beschwerden von Elternseite eingehen.

Vergabeverfahren überprüfen

Einige Bezirke haben den Caterer inzwischen abgemahnt oder gekündigt. Die Senatsverwaltung hat eine Taskforce Schulessen mit einem täglichen Jour fixe einberufen, die sich zunächst um die akute Verbesserung der Essensversorgung kümmert. Wenn alle Schulen erst einmal wieder mit Essen in entsprechender Anzahl und Qualität versorgt sind, dann müssen die grundsätzlichen Probleme angegangen werden. Für eine bessere

»Sehr vielen Berliner Schüler*innen fehlte in den ersten Schulwochen eine warme und gesunde Mahlzeit.«

Regelung muss das Vergabeverfahren überarbeitet werden. Das bisherige Verfahren mit dem Testessen in den Schulen war rechtlich angreifbar und wurde deshalb abgeschafft. Aber auch an dem neuen Verfahren bestehen rechtliche Zweifel. Hier wurden den Schulen lediglich anonymisierte Menükarten mit 20 vegetarischen Speisen vorgelegt, auf deren Basis sie entscheiden sollten. Die Essensausschüsse der Schulen haben anhand der Listen versucht zu bewerten, welches Essen wohl allen Kindern am besten schmecken würde. Für die Menüvorschläge gab es für die Caterer keine konkreten Auflagen.

Schulgemeinschaft beteiligen

Durch die Anonymisierung konnten nicht mehr wie bisher die Erfahrungen der Schulen zur Verlässlichkeit und Zusammenarbeit mit dem Caterer einfließen. Diese Kriterien sind aber neben den gesundheitlichen und ökologischen Anforderungen, die alle Caterer einhalten müssen, für die Schulen sehr wichtig. Schulen schätzen in der Regel langfristige Kooperationen. Zudem sind häufig auch eine lokale Verbindung innerhalb des Kiezes oder Stadtteils sowie soziale Faktoren von Bedeutung. In Zukunft sollten diese Aspekte in jedem Fall einbezogen wer-



den. Es ist unabdingbar, dass die Vertreter*innen der Schulgemeinschaft zukünftig wieder mehr Mitsprache erhalten.

Grundsätzlich sollte bei der Auftragsvergabe der Essenslieferung auch darauf geachtet werden, dass es nicht zu einer Art Monopolisierung kommt. Denkbar wäre beispielsweise eine Zuschlagsbegrenzung, sodass ein Catering-Anbieter maximal eine bestimmte Anzahl an Aufträgen erhalten kann.

Schulküchen in jeder Schule schaffen

Ein Ansatz, der weit darüber hinausgeht, ist die Idee einer gänzlich anderen Grundstruktur beim Schulessen, wie die GEW BERLIN es fordert. An allen Schulen sollten Schulküchen in kommunaler Verantwortung und mit kommunalem Personal in Betrieb gehen, damit vor Ort gesundes und nachhaltiges Essen gekocht wird. Es würden Transportwege, Verpackungen und Warmhalteressourcen stark verringert und die Einbeziehung der Kieze verstärkt werden. Wir kämen langfristigen aus dem Prozedere neuer Ausschreibungen und Vergaben heraus. Hierfür sollten ein Landesprogramm ins Leben gerufen und Mittel bereitgestellt werden. ■



LDV-Beschluss

»Let's cook again« (2022)

Klaudia Kachelrieß,
Referentin
Vorstandsbereich
Schule





Das neue Schuljahr startet mit vielen Problemen

Der Lehrkräftemangel ist gravierend und die Anforderungen in den Schulen sind hoch

von Klaudia Kachelrieß und Matthias Jähne

Auch zu Beginn dieses Schuljahres konnten nicht alle Lehrkräftestellen besetzt werden. Laut Senatsbildungsverwaltung fehlen Stand Ende August 650 Lehrkräfte-Vollzeitstellen. Laut GEW BERLIN liegt diese Zahl aber eigentlich viel höher, nämlich bei circa 1.500 Vollzeitstellen, denn die aktuelle Zahl kommt nur zustande durch erhebliche Einschnitte. Durch die Kürzung der Profilstunden II wurden berlinweit 310 Lehrkräftestellen gestrichen.

»1.000 Lehrkräfte haben im vergangenen Schuljahr den Dienst quittiert.«

Da alle Referendar*innen jetzt mit 10 statt bisher mit 7 Unterrichtsstunden pro Woche auf den Bedarf der Schulen angerechnet werden, fallen 160 Lehrkräftestellen aus der Berechnung. Diese werden jetzt durch Mehrarbeit der Referendar*innen abgedeckt, wodurch die Ausbildung immer mehr an den Rand gedrängt wird. Weiterhin sind 341 Lehrkräftestellen in andere Professionen umgewandelt worden. Auch die umgewandelten Lehrkräf-

testunden fehlen faktisch, da andere Professionen nicht 1:1 Lehrkräftetätigkeiten übernehmen können. Die Senatorin hingegen präsentierte voller Stolz, dass die getroffenen Maßnahmen bereits Wirkung zeigen, wohingegen Grüne und Linke wie die GEW die »Rechenricks« deutlich kritisierten und die Rücknahme der Maßnahmen forderten.

Viele neue Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung

Von den aktuell 4.762 neu eingestellten Lehrkräften, mit Stand August 2024, haben nur 1.111, knapp ein Viertel, eine vollständige Lehramtsausbildung, wobei darunter rund 350 pensionierte Lehrkräfte sind. Weiterhin wurden 3.300 Seiteneinsteiger*innen beziehungsweise Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung eingestellt, darunter etwa 550 Studierende, Lehrkräfte an Willkommensklassen und Lehrkräfte mit internationalen Lehramtsabschlüssen. Das sind fast 70 Prozent aller neu eingestellten Lehrkräfte, die ganz überwiegend befristet eingestellt werden.

Eine Zahl, die alle politisch Verantwortlichen aufhorchen lassen sollte, ist die

hohe Zahl an Kündigungen, die es vergangenes Schuljahr gegeben hat. 1.000 Lehrkräfte haben den Dienst quittiert. Das ist kein Pappenstiel. Sicher gibt es viele Gründe dafür, die belastenden Rahmenbedingungen dürften hierzu aber nicht unerheblich beigetragen haben. Die Verbeamtung hat weder als Haltefaktor noch als Anreiz für Berufseinsteiger*innen einen nennenswerten Effekt. Der Anteil der Absolvent*innen des Referendariats, die anschließend im Land Berlin eingestellt werden, liegt seit Jahren relativ konstant bei circa 80 Prozent.

Individuelle Zuwendung ist kaum möglich

Die Auswirkungen des jahrelangen Personal- und Schulplatzmangels sind deutlich spürbar. Berlinweit gibt es mittlerweile eine permanente Lehrkräfteunterausstattung, die Schulen waren im vergangenen Jahr nur zur 97,2 Prozent mit Personal ausgestattet, wobei bestimmte Standorte manchmal noch weit darunterlagen. Eine Konsequenz, die alle Schulbeteiligten zu spüren bekommen, ist: die Klassen werden größer.

Agnes Terhardt
Mitglied des
Pankower
Personalrats



»Die Rechenricks der Senatorin gehen auf Kosten der Kolleg*innen – und auch der Schüler*innen. Die Klassen und Kurse sind völlig überfüllt: ein Leistungskurs mit 24 Schüler*innen – auch noch jahrgangsübergreifend, ein Wahlpflichtkurs in der 8. Klasse mit 33 Schüler*innen. Eine Kollegin in Teilzeit mit nur 10 Stunden Unterrichtsverpflichtung muss eine Klassenleitung übernehmen. Die Arbeit an Schule wird immer unattraktiver.«

Den gestiegenen Schüler*innenzahlen stehen im Verhältnis weniger Lehrkräfte gegenüber. Dies macht sich insbesondere an Grundschulen und Integrierten Sekundar- und Gemeinschaftsschulen (ISS/GemS) bemerkbar – an jenen Schulen, die in der Regel sehr viele Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf haben. Die Schüler*innen/Lehrkräfte-Relation stieg laut Blickpunkt Schule in den vergangenen Jahren von 2018/19 bis heute insbesondere an den Grundschulen (von 14,3 auf 14,7) und ISS/GemS (von 11 auf 12,1) an, nur an Gymnasien gab es leichte Verbesserungen (von 15,5 auf 14,2).

Auch im Ganztags betreuen Erzieher*innen oft nicht - wie festgelegt - 22 Kinder, sondern mehr als 40 Kinder, weil im Personalschlüssel auch Zeiten für Urlaub, Fortbildung, Krankheit und mittelbare pädagogische Arbeit enthalten sind. Eine individuelle Zuwendung ist kaum möglich.

Eine weitere Konsequenz ist der Ausfall von Unterrichtsstunden. Im Schuljahr 2023/24 fielen von durchschnittlich 618.000 zu leistenden Unterrichtsstunden pro Woche fast 21.000 Unterrichtsstunden an den allgemeinbildenden Schulen und 3.100 Stunden an den berufsbildenden Schulen aus. Das sind 26.100 Stunden pro Woche, nochmal 3.000 mehr als im Jahr davor.

Der Mangel im Bereich des schulischen Personals stößt auf sehr hohe und diverse Anforderungen. Sehr viele Kinder erreichen in den ersten Grundschuljahren nicht die Mindeststandards im Lesen und Rechnen. Bei den Vera-Vergleichsarbeiten erreichten 43 Prozent der Berliner Drittklässler*innen beim Lesen und beim Hör-

verständnis nicht den Mindeststandard. In Mathematik blieben 46 Prozent unter den Mindestanforderungen. Fast die Hälfte der Schüler*innen benötigt sehr viel gezielte Förderung. Vor diesem Hintergrund ist höchst bedenklich, dass die Aufhebung von Teilungsunterricht nach wie vor die mit Abstand am häufigsten gewählte Maßnahme zur Vermeidung von Unterrichtsausfall darstellt. 48,7 Prozent aller Vertretungsleistungen an den allgemeinbildenden Schulen und 41,8 Prozent an den beruflichen Schulen entfallen im Schuljahr 2023/24 auf diese Kategorie.

Der Senat hat nicht alle Kinder im Blick

Hinzu kommt, dass sämtliche gesellschaftliche und politische Entwicklungen auch in den Sozialraum Schule Eingang finden und dort verhandelt werden. So sind die Auswirkungen der Pandemie, der Kriege in der Welt, des Klimawandels, der digitalen Transformation und des Rechtsrucks in den Schulen präsent. Viele Kinder und Jugendliche erleben eine große Verunsicherung und leiden nachweislich unter Ängsten, Depressionen und anderem. Das bedeutet, dass viele Kinder auch im emotionalen Bereich gezielte Unterstützung durch das pädagogische Personal brauchen.

»Die Klassen werden größer und immer mehr Unterricht fällt aus.«

Bedingt durch den Personalmangel werden auch Kinder mit Behinderungen oder Fluchtgeschichte zum Teil von schulischen Angeboten ausgeschlossen. Circa 1.000 Kinder mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten sind laut Betroffenenverbänden nur teilweise in der Schule oder von einem zeitweisen Schulausschluss betroffen. Fatal ist das Signal der Senatsbildungsverwaltung, die den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung als nicht erfüllbar ansieht. Dabei ist Berlin zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Eine ähnliche Grundhaltung kommt im Zusammenhang mit den erforderlichen Schulplätzen für geflüchtete Kinder und Jugendliche zum Ausdruck. Anstatt in den Bezirken mit Hochdruck an integrativen

FORDERUNGEN DER GEW BERLIN

Die GEW BERLIN hat im Rahmen einer Pressekonferenz Forderungen zum Schuljahresstart präsentiert:



- Rücknahme der Kürzungen bei den Profilstunden und der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Referendar*innen
- keine weiteren Kürzungen
- deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Entlastung des schulischen Personals
- konkrete Verbesserungen für den Quereinstieg
- deutlich mehr Unterstützung und langfristige Perspektiven für Seiteneinsteiger*innen
- Entfall der Hürden bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- Umsetzung der inklusiven Schule, Besuch von regulären Schulen für geflüchtete Kinder und Jugendliche
- Stärkung des Bildungs- und Erziehungsauftrages

Lösungen zu arbeiten, werden hunderte geflüchtete Kinder und Jugendliche in separaten Schulstandorten untergebracht. In Tegel besuchen 248 Kinder und Jugendliche die sogenannte »Willkommenschule Tegel«. Auf dem Tempelhofer Feld sollen 144 Schulplätze in Containern bereitgestellt werden. Viele der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen, mit Stand Juli 1.600, warten auf einen Schulplatz.

Es gibt sehr viele »Baustellen« im Bereich Schule. Für Verbesserungen braucht es einen politischen Willen und eine deutliche Kraftanstrengung aller Akteur*innen. Die GEW BERLIN bringt sich mit konkreten Ideen und Forderungen ein. ■

*Klaudia Kachelrieß, Referentin Vorstandsbereich Schule und Matthias Jähne, Referent Vorstandsbereich Hochschule und Lehrer*innenbildung*

Raus aus der KI-Hilfslosigkeit

Künstliche Intelligenz stellt die Schule vor gewaltige Herausforderungen.
Wir müssen uns ihnen stellen und die Art des Lernens verändern

von Pablo Postigo Olsson

Dass der Einzug von KI in unsere Lebenswelt die Schule auf den Kopf oder zumindest vor erhebliche Herausforderungen stellt, versuchen mittlerweile die allerwenigsten zu negieren. Wenn also Frau Bundesbildungsministerin in diesem Sinne mal wieder einen zitierfähigen Einzeiler zum Besten gibt, ist das nicht etwa sozial-diskursive Avantgarde, sondern gesellschaftlicher Konsens. Bravo!

Schule muss nunmehr auf ein mündi-

ges Zusammenleben mit dieser Realität vorbereiten, das stimmt sicherlich. Aber ich frage mich allen Ernstes, ob unsere Zukunft es sich da vielleicht an der einen oder anderen Stelle nicht gerade zu einfach macht und wir uns die problematischen Facetten mit schlag- aber auch leichtfertiger Jargon-Eloquenz vom Leibe zu reden versuchen. Das ist übrigens das Geheimnis hinter dem Überdauern des Brontosauriers, der preußischen Institution Schule, bis in die Gegenwart: den rasanten Wandel der realen Welt immer wieder dahingehend einzuordnen, sich selbst möglichst wenig verändern zu müssen.

Ich beschränke mich zunächst auf mein eigenes Metier: Fach Deutsch, eine der fünf Kompetenzen, das Schreiben. Genau das kann diese KI ja so unfassbar autonom. Natürlich sind die Texte nicht perfekt, jedoch definitiv um einiges bes-

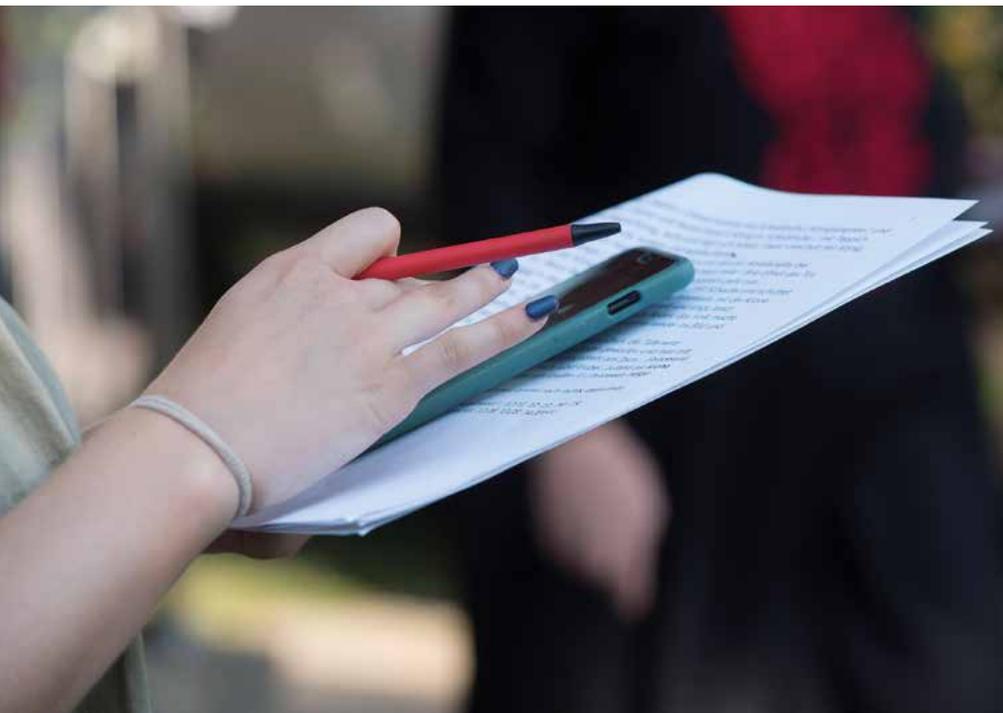
ser als das, was optimistisch geschätzt berlinweit 80 Prozent der Lernenden in der Mittelstufe selber produzieren könnten und/oder wollten. Die Lernenden wissen das natürlich auch und entsprechend groß ist da die Verlockung, Schreibaufträge aller Art per Prompt an den Chatbot outzusourcen.

Texte schreiben old school lernen

Da, wo Not ist, kommen jedoch schnell die rettenden Epiphanien der pädagogisch Handelnden auf den Plan: »dann sollen sie halt KI-generierte Texte analysieren oder gar beurteilen«. Das ist alles schon so hoch angesiedelt im Universum der Anforderungsbereiche und hört sich so geil an, dass man sich fast einen Anflug von Größenwahnsinn bei den Exzellenzerwartungen an den eigenen Unterricht gönnen möchte. Einige sagen es ja wiederum ganz offen: die Hoffnung ist, dass die Lernenden dann eben so, also auf diesem Wege, das Produzieren von Texten erlernen. Kann das aber wirklich funktionieren?

It's not gonna happen – und es ist ja eigentlich auch so trivial, dass ich dabei struggle, meinen Standpunkt ohne einen Anschein von Überheblichkeit darzulegen. Vielleicht hilft ja dieses Bild: Zum Schreiben braucht man einen Bleistift und der ist eben nur dann zum Schreiben geeignet, wenn er nicht stumpf, sondern angespitzt ist. Der Anspitzer steht hier für das Erlernen des Schreibens, und zwar von der Pike: zuerst der Hauptsatz (ihn selber schreiben können, versteht sich), dann das Satzgefüge (kriegen Jonas und Lena aus deiner 8. Klasse das syntaktisch überhaupt im formalen Register mit mehr als zwei Sätzen zusammengebaut?), dann erst die Kohärenz und Kohäsion im Absatz und viel, viel später dann im längeren, wirklich zusammenhängenden Text der Feinschliff, zum Beispiel in Form

»Will Schule die Möglichkeit, Lernen und Lebensführung bedeutungsvoll miteinander zu verbinden, wirklich nicht wahrnehmen?«



so einer geschickt gesetzten, subtil ironischen Pointe am Textende, die auf den Anfang verweist und den Textkreis schließt? (Sorry, mitten im Delir erpapt!) Wortschatz und Grammatik haben wir nebenbei ganz ausgelassen.

Warum dieses durch repetitives, konditionierendes Üben, was übrigens die psychologische Definition von »Lernen« ist, verinnerlichte Wissen denn überhaupt nötig sei und man es all die Jahre überhaupt so gehandhabt hat mit dem Textschreiben in Schule? Nun ja, genau aus dem gleichen Grund, warum man für eine Zeitung erst viele Texte geschrieben haben muss, bevor irgendwann der erste so gut ist, dass er veröffentlicht wird; oder bevor man erst viel, viel später als Redakteur*in zielführend über die Texte anderer urteilen kann. Und nun sollen Schüler*innen Texte analysieren und auf diesem Wege Texte schreiben lernen?

Mehrwert gesucht

Nein, eigentlich stellt uns die KI vor ein ganz anderes Problem: da sie es den Lernenden nämlich nunmehr technisch ermöglicht, binnen Sekunden nahezu jegliche unliebsamen Arbeitsaufträge in unserem textlastigen Lerndispositiv loszuwerden, werden sie unsere Aufträge nur dann für sich annehmen und eigenhändig ausführen wollen, wenn sie in ihnen für sich selbst einen Mehrwert erkennen. Und eben das tun sie sehr oft nicht. Aber nicht erst, seitdem es Chat-GPT gibt, sondern schon seit Langem. Die Verantwortung für dieses neue alte Problem nun einzig auf die Lehrkraft zu übertragen mit dem Auftrag, ihre Klassen so mitreißend zum Verzicht auf die KI zu motivieren, dass unter den Stiften plötzlich die Funken fliegen, erscheint mir daher der falsche Ansatz. Das ist nämlich nicht das entscheidende Problem.

Ein entscheidendes Problem ist, dass Schüler*innen gelernt haben, Leistungen als eine Währung im Tausch für Noten im Tausch für was auch immer zu begreifen und diesen Tauschhandel als den Sinn von Schule verstehen. An einigen sogenannten alternativen Schulformen, zum Beispiel Montessori oder Finnland, macht man hingegen wohl ganz gute Erfahrungen damit, Noten erstmal für bis zu neun Jahre ganz außen vor zu lassen, weil dann unter Einräumung entsprechender individueller Freiräume so etwas wie eine



»Schüler*innen sind konditioniert, Leistungen als eine Währung im Tausch für Noten und diesen Tauschhandel als den Sinn von Schule zu verstehen.«

intrinsische Motivation für das Lernen entstehen und sich dauerhaft als Lernantrieb festigen kann. Wäre das vielleicht was für uns?

Ein anderes Problem ist, dass weite Teile des unsere Lehrpläne imprägnierenden bürgerlichen Bildungskanons in der Schüler*innenschaft in etwa auf so viel Resonanz stoßen wie das deutsche Steuerrecht in Panama. Ausgerechnet an einem Netz elitärer Privatschulen in Hessen wurde daher ein alltagsbezogenes Fach »Fit for Life« eingeführt – Aufnahme bei den Jugendlichen durchweg positiv.

Lernen mit Lebensführung verbinden

Oder da war doch vor einigen Jahren mein Q3-Schüler, nennen wir ihn Julius, der dienstags immer wieder zu spät zu seiner ersten, meiner dritten, Stunde kam, wohl von Depression geplagt war und diese eben mit Cannabis-Konsum regulierte, wie er mir im Gespräch anvertraute. Ich erklärte ihm daraufhin das Zusammenspiel zwischen Drogenkonsum und dem Umgang mit den eigenen Bedürfnissen, die Wirkungsweise von Downern sowie einige Indikatoren für die Einschätzung des eigenen Konsums auf dem Gradienten Gebrauch – Missbrauch – Sucht; und er fragte mich geradeheraus, warum das alles nicht Thema in seinem Unterricht der Oberstufe gewesen sei.

Ich würde sagen, dass Julius – so er dieses Jahr Abitur machte – für seine 5. Prüfungskomponente eine KI mit der Recherche zum Thema Neurotransmitter X und Substanz Y beauftragen würde, aber

alles zu geben bereit wäre, wenn er die Fragestellung für sich als wirklich lebensrelevant betrachtete.

Will Schule die Möglichkeit, Lernen und Lebensführung bedeutungsvoll miteinander zu verbinden, wirklich nicht wahrnehmen? Ist es nicht schlichtweg dumm, eine Ressource mit solcher Hebelwirkung einfach zu verwerfen?

Anstatt uns inmitten der neuen, realen KI-Hilflosigkeit mit einer schönen Mär der tollen Potentiale in den nächsten fatalen Fehlschluss zu retten, sollten wir dankbar sein für diese Veranlassung, die tief gelagerten Systemprobleme mal wirklich an der Wurzel zu packen. Wir – das sind übrigens nicht die Pädagog*innen alleine: denn wir sind so sehr mit Arbeit zugeschüttet, dass uns für auf unseren fundierten Visionen fußenden Transformationsbestrebungen kaum Zeit bleibt.

Systemisch ist so ein modernes Grassroot-Gedöns ja eh weder gewollt noch möglich – zumindest solange man Frankenstein in Bezug auf unser monströses, preußisches Bildungssystemrelikt mit dem Zitat »it's alive« bemühen kann. Da ist Chat-GPT durchaus näher an der Gegenwart und hat uns einiges voraus. Als Gesellschaft sollten wir uns also sputen mit dem Umdenken und dem Handeln, wenn nicht auch dieser Zug ohne uns abfahren soll. ■

Pablo Postigo Olsson,
Lehrer





Für ein queeres Berlin

Die GEW BERLIN war das erste Mal mit einem eigenen Truck auf dem Christopher Street Day und setzte ein starkes Zeichen für soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion

von Linda Guzzetti und Katrin Wagner

Gewerkschaftsarbeit kann politisch, kraftvoll und inspirierend, ja geradezu »lustbetont« sein, wie Detlef Mücke, Gründungsmitglied der AG Schwule Lehrer in der GEW BERLIN, oft sagt. Das bewies die GEW BERLIN auf dem diesjährigen Christopher Street Day (CSD) in der Hauptstadt. Mit einem eigenen, auffällig gestalteten Truck waren wir die einzige Gewerkschaft, die an der Parade teilnahm

»Mit queer sind wir die GEW.«

und ein starkes Zeichen für soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion setzte.

Am Tag der CSD-Demonstration waren die Straßen Berlins trotz anfänglichen Regens erneut voll mit Menschen, die für die Rechte und Anerkennung der LGBTQ+-Community eintraten. Der GEW-Truck, der auf Platz 12 von 75 Positionen direkt zwischen Aidshilfe und dem queeren Wissenschaftsverein fuhr, war im vorderen Drittel der Parade gut sichtbar. Wir hatten auch die Vorsitzenden der Landesverbände Bremen und Baden-Württemberg zu Gast.

Mit markanten Forderungen wie »Mehr Geld für (queere*) Bildung!«, »Gendern ist kein Rechtschreibfehler!«, »All genders welcome in education« und »UNIONize

against discrimination!« sowie dem Motto »Mit queer sind wir die GEW« ließen die Teilnehmenden keinen Zweifel daran, dass sie nicht nur zum Feiern, sondern auch zum politischen Aktivismus angetreten waren.

Diese klaren Statements zeigten, dass queere Themen und Anliegen in der GEW BERLIN nicht nur zum CSD präsent sind, sondern tief in der gewerkschaftlichen Arbeit verwurzelt sind. Viele Zuschauer*innen jeden Alters und Hintergrunds zeigten großes Interesse an der Arbeit der GEW. Ein paar kamen sogar gezielt an den Truck, um sich über eine Mitgliedschaft zu informieren. Die Resonanz war überwältigend positiv.

Schulter an Schulter gegen Diskriminierung

Für uns Organisierende war es besonders wichtig, an diesem Tag deutlich zu machen, dass die Gewerkschaft fest an der Seite der LGBTQ+-Arbeitskräfte steht. Die GEW setzt sich aktiv dafür ein, Diskriminierung am Arbeitsplatz zu bekämpfen und Arbeitsumgebungen zu schaffen, in denen sich alle Beschäftigten akzeptiert und respektiert fühlen. Die Unterstützung von LGBTQ+-Mitarbeitenden und die Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Identitäten sind zentrale Anliegen der Gewerkschaft.

Zudem steht die GEW BERLIN für die Stärkung sozialer Bewegungen, die die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Identitäten vorantreiben. Wir als Aktivist*innen der GEW bündeln bereits umfassende Expertise zu vielen queeren Themen und bieten selbstverständlich rechtlichen Beistand für Mitglieder, die von Diskriminierung betroffen sind. Nicht nur sind viele unserer Mitglieder Teil der queeren Communitys, sondern nahezu alle haben in ihren Berufen direkten Kontakt zu queeren Kindern und Jugendlichen. Dieses Engagement darf und soll sichtbar gefeiert werden – am besten auf dem CSD.

Die Teilnahme am diesjährigen CSD war ein bewusster Schritt, um die Verbindung von Gewerkschaftsarbeit, Antidiskriminierung und queeren Bewegungen sichtbar zu machen. Nachdem die Möglichkeit, den Truck des DGB mitzugestalten, nicht mehr bestand, entschied die Landesdelegiertenversammlung im November 2023, einen eigenen, gut sichtbaren Wagen für die Parade zu stellen. Der Erfolg dieses Vorhabens bestätigt die Bedeutung solcher Initiativen. DANKE an alle, die diesen Plan unterstützt haben. ■

Linda Guzzetti und Katrin Wagner,
Mitorganisatorinnen des Trucks der
GEW BERLIN auf dem CSD

Wahlausschreiben Junge GEW

Das Leitungsteam der Jungen GEW hat gemäß der »Ordnung für die Durchführung von Direktwahlen in der GEW BERLIN« beschlossen, dass die Neuwahl der Leitung im Rahmen einer Mitgliederversammlung am 10. Dezember 2024 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN stattfindet.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Jungen GEW BERLIN, deren Aufnahme in die GEW spätestens zu Beginn des Monats November 2024 vollzogen ist. Das passive Wahlrecht haben alle Mitglieder der Personengruppe Junge GEW, die der GEW mindestens sechs Monate (ab dem Tag der Wahlmitgliederversammlung) angehören. Vorausgegangene Mitgliedszeiten in DGB-Gewerkschaften werden angerechnet.

Es steht den jeweiligen Wahlmitgliederversammlungen frei, zwischen der Wahl einzelner Funktionsträger*innen oder der Wahl eines Leitungsteams zu entscheiden. Entscheidet sich die Wahlmitgliederver-

sammlung für die Wahl einzelner Mandate, so sind folgende Mandate zu wählen: Vorsitzende*r, stellvertretende*r Vorsitzende*r, Schatzmeister*in.

Alle aktiv wahlberechtigten Mitglieder können innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung des Wahlausschreibens Kandidat*innen benennen oder sich selbst vorschlagen. Die Benennung muss schriftlich erfolgen. Hierzu muss die schriftliche Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen beigelegt sein. Weitere Kandidat*innen können während der jeweiligen Wahlmitgliederversammlung benannt werden.

Die Wählerverzeichnisse sind während der Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN einzusehen. Alle Wahlberechtigten haben die Möglichkeit zur Einsichtnahme in das Verzeichnis. Einsprüche gegen dieses Verzeichnis müssen bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltermin schriftlich bei der Geschäftsstelle eingegangen sein. ■

Die Junge GEW BERLIN

versteht sich als Zusammenschluss junger, kritischer Bildungsarbeiter*innen innerhalb der Berliner GEW. Bei uns organisieren sich Studierende, Referendar*innen, Lehrer*innen, Promovierende, Beschäftigte im Hochschulbereich und in der außerschulischen Bildung, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen. Kurz: alle, die im Bildungswesen beschäftigt sind oder sein wollen und unter 35 Jahre alt sind. Innerhalb der Gewerkschaft sind wir eine eigenständige Personengruppe und setzen eigene thematische Schwerpunkte. Alle Entscheidungen in der Jungen GEW werden basisdemokratisch getroffen. Wir verfolgen eine Geschlechterparität bei der Besetzung von Funktionen. Grundprinzipien unserer Zusammenarbeit sind gegenseitiger Respekt und Toleranz, das umfasst auch den konstruktiven Umgang mit Meinungsverschiedenheiten. Wir vertreten einen Bildungsbegriff, der Bildung als Möglichkeit zu Emanzipation und gesellschaftlicher Teilhabe versteht. Aus diesem Grunde fördern wir eine reflektierte, gesellschaftskritische Praxis in der Bildungsgewerkschaft. Mehr Infos: www.gew-berlin.de/personengruppen/junge-gew

Wahlausschreiben Gewerkschaftstag

Die Wahlkommission für den 30. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW vom 20. bis 24. Mai 2025 in Berlin hat sich gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung am 30. September 2024 konstituiert. Die Geschäftsführung der Wahlkommission obliegt der Geschäftsführerin des GEW-Hauptvorstands Stefanie Brich.

Die Wahlkommission gibt bekannt, dass gemäß geltender Satzung auf dem Gewerkschaftstag 2025 nachstehende Ämter durch Wahlen zu besetzen sind:

1. Geschäftsführender Vorstand

- Die Vorsitzende oder der Vorsitzende
- Die Mitglieder der Arbeitsbereiche: Finanzen; Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik; Tarif- und Beamtenpolitik
- Vier Mitglieder für die Organisationsbereiche: Jugendhilfe und Sozialarbeit; Schule; Hochschule und Forschung; Berufliche Bildung und Weiterbildung

2. Bundesschiedskommission

Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Bundesschiedskommission.

3. Wahlvorschläge

Gemäß Geschäftsordnung und Wahlordnung der GEW sowie den Beschlüssen der Wahlkommission können die GEW-Landesverbände sowie die Bundesausschüsse der GEW bis zum 20. Februar 2025 Wahlvorschläge zu Händen der Geschäftsführerin des GEW-Hauptvorstandes Stefanie Brich, per Mail an: wahlkommission@gew.de einreichen. Nach Prüfung der Gültigkeit der eingereichten Wahlvorschläge und Einholung der Zustimmung der Kandidat*innen erfolgt die Bekanntgabe der Kandidaturen im Vormonat des Gewerkschaftstages, also in der April-Ausgabe 2025 der »E&W«.

4. Alternativen durch mögliche Satzungsänderungen

Aktuell liegen keine Satzungsänderungsanträge vor, die Auswirkungen auf die Wahlämter hätten. Allerdings gilt hier eine Frist der Einreichung bis zum 20. November 2024. Sollten entsprechende Satzungsändernde Anträge nach Redaktionsschluss eingehen, kann es sein, dass die aktuelle Wahlausschreibung erweitert wird. Diese Veröffentlichung erfolgt in der »E&W« und auf den Websites der Landesverbände.



Das komplette
Wahlausschreiben

Franzi Hense, Sprecherin der Wahlkommission
Thomas Hoffmann, stellvertretender Sprecher
der Wahlkommission
Frankfurt a.M., 30.09.2024 ■

»Die Zukunft ist noch nicht in Stein gemeißelt«

Nach neun Jahren als Vorsitzender und insgesamt zwölf Jahren im Geschäftsführenden Landesvorstand der GEW BERLIN ist Tom Erdmann zurückgetreten

von Martina Regulin und Markus Hanisch

Am 12. Juli hat Tom Erdmann seinen sofortigen Rücktritt vom Vorsitz des Landesverbandes erklärt. Tom hat im Umgang mit einem geheimen Mitschnitt einer GEW-Sitzung, der ihm ungefragt und anonym zugeschickt wurde, einen Fehler gemacht. Aus diesem Fehler hat er die Konsequenzen gezogen, nachdem ihm der Landesvorstand nicht mehr uneingeschränkt das Vertrauen ausgesprochen hat. Wir respektieren diese Entscheidung und möchten an dieser Stelle würdigen, was die GEW BERLIN Tom Erdmann zu verdanken hat.

Als »Stubenältester« hatte Tom sich zuletzt manchmal spaßeshalber bezeichnet, da er inzwischen zu den Dienstältesten im Geschäftsführenden Landesvorstand gehörte. Er wurde 2012 in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt und war dort zunächst ehrenamtlicher Pressesprecher. Seit 2015 übernahm er dann den Vorsitz des Landesverbandes, zunächst im Team mit Doreen Siebernik und seit 2021 zusammen mit Martina Regulin.

In den 12 Jahren, in denen Tom bei der GEW Verantwortung trug, hat der Landesverband sich zu einer streikkräftigen Or-

»Er hat einen Fehler gemacht und die Konsequenzen gezogen.«

ganisation entwickelt, die ganz im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften auf einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs zurückblicken kann. Die GEW BERLIN hat mit großer Beharrlichkeit die E13 / A13 für Grundschullehrkräfte erstritten und wir kämpfen, bundesweit wegweisend, für Tarifverträge zur Verkleinerung der Klassen und der Entlastung der pädagogischen Beschäftigten in Schulen und Kitas. Mit dem TV Stud III hat Tom den



Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte erheblich verbessert. Dies hat er persönlich als Verhandlungsführer erstritten.

Gute Bildung für alle war sein Antrieb

Neben der Tarifarbeit war Tom aber die bildungspolitische Seite der GEW immer wichtig. Er ist ein Kämpfer für die Gemeinschaftsschule und ein Linker mit großer Überzeugung. Gute Bildung, für die Beschäftigten so wie für die Kinder und Jugendlichen, das war sein Antrieb. Die Verbeamtung sprach gegen sein Verständnis eines kämpferischen und selbstbewussten Berufsstands – und auch wenn er sich damit in der GEW und unter den Lehrkräften durchaus Feinde gemacht hat, stand er für seine Überzeugung ein, er stritt für Mehrheiten und steckte die Kritik für seine Haltung ein.

Tom hat die GEWERKSCHAFTSARBEIT bis zu seinem Rücktritt geliebt und auch nach langen Sitzungen und schwierigen Auseinandersetzungen nie die gute Laune verloren. Er musste in den teils scharf geführten Konflikten in der GEW BERLIN viel einstecken, gegenüber der Öffentlichkeit und der Presse besonders. Manchmal musste er sich für Fehler kritisieren las-

sen, die nicht seine waren. Ihm wäre es dabei nie in den Sinn gekommen, die Schuld auf andere zu schieben – im Gegenteil: seine Rolle als Vorsitzender interpretierte er so, den Kopf für andere hinzuhalten. Nie hat er nach unten getreten, nie die Beschäftigten der GEW schlecht dastehen lassen.

Er war sich für keine Aufgabe zu schade

Als Teamplayer war Tom sich auch als Vorsitzender für keine Aufgabe zu schade. Noch am Tag seines Rücktritts verteilte er, so wie an jedem Streik-Morgen zuvor, Westen und Fahnen an die Kolleg*innen aus den Kitas, um unsere Geschäftsstelle zu entlasten. An den besonders frostigen Streiktagen, von denen wir in den letzten Jahren einige hatten, brachte er den Beschäftigten morgens Wärmepads für die eisigen Füße mit. Die Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen in der Geschäftsstelle, auf Augenhöhe, anpackend und mit Spaß dabei, das war ihm immer besonders wichtig. Deswegen hat er sich auch vor der letzten Wahl dazu entschlossen, nochmals anzutreten. Dass die Zeit als Vorsitzender nun so jäh endet, das ist bitter und tut uns leid. In der Geschäftsstelle wird Tom eine große Lücke hinterlassen.

Tom, sicher der größte Star-Trek-Fan dieses Landesverbandes und sogar Filmpreisträger eines australischen StarTrek-Filmfestivals, hat inzwischen »die Brücke der GEW verlassen«. Mit seinen 41 Jahren ist er jung und hat noch viel vor sich – »unendliche Weiten« – dabei wünschen wir ihm von Herzen alles, alles Gute! ■

Martina Regulin, Vorsitzende der GEW BERLIN und Markus Hanisch, Geschäftsführer der GEW BERLIN

Hamburg zeigt, wie es geht

Beschäftigte in der Erwachsenenbildung kämpfen

von Linda Guzzetti

Die Honorare und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Erwachsenenbildung sind in Hamburg so schlecht wie überall, aber die dortigen Kolleg*innen haben es geschafft, sich zu organisieren und Verbesserungen durchzusetzen. Ihre Tätigkeit stellt bundesweit das Beispiel für eine gute und erfolgreiche Praxis dar.

Ihre Forderungen betreffen zum einen alle Beschäftigten in der Erwachsenenbildung und zum anderen die Lehrkräfte an den lokalen Volkshochschulen (VHS). Die Forderungen sind im »Hamburger Appell zur Lage in der Weiterbildung« zu lesen. Gerne dürfen und sollen ihn alle unterschreiben.

Die Hauptforderung der Hamburger VHS-Kolleg*innen ist, dass der Senat sich hälftig an den Kosten der Sozialversicherung der arbeitnehmer*innenähnlichen Kursleiter*innen beteiligt und das Honorar im Krankheitsfall fortzahlt, wie es in Berlin und Bremen passiert. Zudem sollen die Kursleiter*innen des offenen Angebots den gleichen Honorarsatz bekommen wie in den Integrationskursen, derzeit 42,03 Euro. Dazu kommen eine Erhöhung des Urlaubsentgelts (für 30 statt wie bisher 25 Tage) und die Einbeziehung in das Hamburger Personalvertretungsgesetz.

Für alle anderen Beschäftigten bei staatlich finanzierten Erwachsenenbildungsangeboten sind die beiden Hauptforderungen: für die Angestellten maximal 25 Unterrichtseinheiten (UE) zu je 45 Minuten pro Woche bei einer Vollzeitstelle und für die Freiberufler*innen 71,70 Euro Honorar pro UE.

Forderungen sichtbar machen

Die Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Hamburg hat es in Zusammenarbeit mit dem Hamburger DGB geschafft, diese Forderungen bekannt zu machen und mit allen demokratischen Parteien und mit den Verantwortlichen des Hamburger Senats einen dauerhaften Kontakt aufzubauen.



»Die Fachgruppe Erwachsenenbildung hat ihre Forderungen bekannt gemacht und mit den politisch Verantwortlichen dauerhaften Kontakt aufgebaut.«

Die Honorarlehrkräfte in Hamburg sind mit wachsendem Erfolg und Sichtbarkeit für ihre Forderungen auf die Straße gegangen. Die Demonstration »Schluss mit prekär!« für faire Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung Anfang 2024 mit mehr als 300 Teilnehmenden stellte einen ersten Höhepunkt des langjährigen Kampfes dar.

Bis dahin war viel passiert: Im Juni 2022 versammelten sich mehr als 60 VHS-Kursleiter*innen, deutlich mehr als die angemeldeten 30, vor der VHS Hamburg Mitte zu einer bunten und lautstarken Kundgebung. Im Dezember 2022 wurden dem Hamburger Bürgermeister mehr als 2.000 Unterschriften gegen die Situation an den VHS übergeben. Am 1. Mai 2023 hielt Detlef Zunker, Sprecher der Fachgruppe Erwachsenenbildung, bei der DGB-Demo eine Auftaktrede zur Lage der Erwachsenenbildung. Ende Juni 2023 war ein wichtiger Erfolg zu feiern: An der VHS wurde das Standardhonorar für eine 45-Minuten-Unterrichtsstunde von 32,21 Euro auf 35 Euro erhöht und das Urlaubsentgelt von 20 auf 25 Tage.

Eine weitere positive Entwicklung war die Entscheidung des Personalrats der Hamburger Schulbehörde, die Beschwerden der arbeitnehmer*innenähnlichen Lehrenden an der VHS Hamburg zu sammeln.

Nahezu alle Betroffenen haben sich an der Aktion beteiligt und im März 2024 übergab der Personalrat der zuständigen Senatorin mehr als 100 Beschwerden.

Im Juni 2024 fand ein öffentlicher Unterricht von VHS-Dozierenden auf dem Rathausmarkt statt und Ende August waren über 20 Lehrende aus der Erwachsenenbildung bei der Schulausschusssitzung mit den T-Shirts »VHS fair – Schluss mit prekär« präsent. Ein Spalier der Lehrenden erinnerte die Ausschussmitglieder an das Thema »Soziale Absicherung und Honorarfortzahlung im Krankheitsfall«.

Wir, die Kolleg*innen der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW BERLIN, wünschen den Hamburger Kolleg*innen in ihrem wegweisenden Kampf weiterhin viel Erfolg. ■

*»Hamburger Appell zur Lage in der Weiterbildung«
www.gew-hamburg.de/node/12978*

*Demonstration »Schluss mit prekär!«
www.gew-hamburg.de/themen/erwachsenenbildung/2023-12/schluss-mit-prekaer*

Linda Guzzetti,
Mitglied des Leitungsteams der Fachgruppe
Erwachsenenbildung





»Ich bin jetzt in der Verantwortung, Stück für Stück Lösungen zu finden«

Die überlasteten Bildungseinrichtungen brauchen eine Perspektive. Die *bbz* sprach mit Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch über die schwierigen Wege von Kitas, Ganztag und Schulen zu mehr Bildungsqualität

Das Interview führten Antje Jessa und Christoph Wälz

bbz: Sie haben jetzt zum zweiten Mal als Bildungssenatorin ein Schuljahr eröffnet und die Situation des Personalbedarfs erläutert. Wie bewerten Sie die Entwicklung seit Amtsantritt?

Katharina Günther-Wünsch: Die Personaldecke ist seit Jahren angespannt. Wir haben einen bundesweiten Fachkräftemangel. Für Berlin war es auf jeden Fall richtig, die Verbeamtung wieder einzuführen. Wir haben eine geringere Abwanderungswelle, wir haben eine Haltequote der Referendarinnen und Referendare von 80 Prozent. Gleichzeitig braucht es eine gewisse Flexibilität im Personalmanagement. Deswegen haben wir letztes Jahr die Umwandlung von Lehrerstellen in andere Professionen zum einen reversibel gemacht und zum anderen die Anzahl der Professionen erhöht, in die umgewandelt werden kann. Davon machen zunehmend mehr Schulen Gebrauch.

Gleichzeitig haben wir auch eine demographische Entwicklung, die gar nicht über Nacht zu einer Trendumkehr führen kann. Denn wir haben viel zu wenig Arbeitnehmer für zu viel Arbeit. Und deswegen sage ich immer, wir müssen mit dem Personal arbeiten, das wir haben. Wir müssen Entlastung in die Schulen bringen. Wir müssen andere Professionen in die Schulen bringen und gleichzeitig dafür sorgen, möglichst viele Pädagoginnen und Pädagogen im Land zu halten. Obwohl ich mich auch nicht der Illusion hingeebe, dass Pädagogen nicht mobil seien. Es ist es auch für mich als Pädagogin das dritte Bundesland. Die Situation ist nach wie vor nicht zufriedenstellend, aber wir haben das alles so erwartet und wir haben erste Maßnahmen ergriffen, dass zumindest die Schulen das Gefühl und auch die Möglichkeiten haben, etwas gegensteuern zu können.

Sie sprachen davon, dass Sie mehr Entlastung in die Schulen bringen wollen. Die GEW hat seit Jahren die Forderung nach einem Tarifvertrag für den Gesundheitsschutz, für kleinere Klassen und eine bessere Personalbemessung. Ist es in so einer Situation nicht an der Zeit, in Verhandlungen einzusteigen, um den Kolleg*innen zu signalisieren, dass da ein verlässlicher Weg zu einer besseren Arbeitssituation geebnet wird?

Günther-Wünsch: Sie sehen mir nach, dass ich schmunzle. Ich glaube pädagogisch eint uns das Ziel. Wir haben aber gerade darüber gesprochen, wie angespannt die Personallage ist. Das heißt, wenn ich die Klassen verkleinern will, brauche ich schlagartig Hunderte Lehrkräfte mehr. Diese kleineren Klassen müssen unterrichtet und untergebracht werden. Und da haben wir auch ein räumliches Problem, uns fehlen hier in Berlin

»Wir haben Schätzungen der Eigenbetriebe vorliegen, die von weit über 700 Abmeldungen ausgehen. Die Gewerkschaften müssen sich überlegen, wie weit sie das Spiel noch treiben können.«

rechnerisch bald 27.000 Schulplätze. Was soll ich den Pädagoginnen und Pädagogen für eine Perspektive geben? Das Problem ist seit 15 Jahren gewachsen, also mitnichten in meiner Verantwortung. Ich bin jetzt in der Verantwortung, Stück für Stück Lösungen zu finden. Ich kann aber zum Stand heute gar nicht sagen, wann wir in den Zustand kommen, dass wir Klassen mal wieder abschmelzen können, weil ich gar nicht sagen kann, wie die demografische Entwicklung sein wird. In den letzten 24 Monaten haben wir schlagartig 14.000 schulpflichtige Kinder dazu gewonnen – nicht zuletzt durch die Flüchtlingsbewegungen.

All die monetären Anreize haben in den vergangenen Jahren nur die Teilzeitquote erhöht und nie dazu geführt, dass wir eine stabile Personaldecke hatten, die ich bräuchte, um über eine Perspektive bei der Klassenstärke zu sprechen. Worüber ich gerne spreche, und das habe ich der GEW auch immer signalisiert, ist das Thema der Entlastungen. Wie kriegen wir Entlastungsstrukturen rein, die nichts mit der Klassenstärke zu tun haben?

Bei den nichtpädagogischen Tätigkeiten wäre für Entlastung sicherlich viel Luft nach oben.

Günther-Wünsch: Total. Auch dafür brauche ich Personal oder Digitalisierung. Und an beiden Sachen sind wir dran. Wir sind noch nicht vollständig dort, wo wir gerne wären, aber mit kleineren Klassen hat das nichts zu tun.

Im Schulgesetz wurde die Priorität für die weitere Entwicklung des Ganztags in Richtung der freien Träger verlagert. Wie wird sich das auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst auswirken?

Günther-Wünsch: Ich glaube, dass diese Aussage nicht richtig ist. Wir haben nicht die Verantwortung in Richtung der freien Träger geschoben. Aber wir haben die freien Träger zu einem erheblichen Teil auch mit im Boot. Wenn wir an den Erzieherberuf denken, dann wird ein Teil des

Angebots durch Kolleginnen und Kollegen, die bei freien Trägern angestellt sind, erbracht. Das muss sich auch in den Rechtsgrundlagen widerspiegeln. Für mich ist es wichtig, dass der Ganztag gesichert ist. Worüber wir natürlich reden müssen, ist dessen Zuverlässigkeit. Deshalb hatte Berlin während seiner Präsidentschaft in der Kultusministerkonferenz auch die Qualitätsstandards im Ganztag als ein zentrales Thema gesetzt. Also wie kriegen wir da ein Konstrukt hin, das einen Mehrwert hat jenseits dessen, was früher als Hort galt. Und das ist die Aufgabe, die ich eher sehe: Wir sollten in Zeiten des Fachkräftemangels einen qualitativ gelungenen Ganztag an den Schulen gestalten.

*Besonders wichtig wäre ja die pädagogische Kontinuität, gerade da, wo die Bedarfe am größten sind. Da hat jetzt der Wegfall der Höhergruppierung für die Erzieher*innen in sogenannten Brennpunktschulen nochmal für Unruhe gesorgt. War das nötig?*

Günther-Wünsch: Da war ich sehr deutlich im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses, und da bleibe ich auch sehr deutlich. Diese Zulage ist ein Konstrukt, das in der Vergangenheit schlecht gemacht war.

Da sind wir uns einig.

Günther-Wünsch: Das lag bereits vor meinem Amtsantritt hier seit Jahren in der Schublade mit dem Wissen, dass es zu einem Nachteil der höher eingruppierten Erzieherinnen und Erzieher führen wird. Und es gab weder rechtlich noch haushälterisch eine andere Lösung, als diesen Weg zu gehen. Für mich war wichtig, wenn ich das jetzt schon abräume, dass es zu keinem Nachteil für die Erzieherinnen und Erzieher kommt, sie also schlagartig 300 oder 400 Euro weniger haben, sondern die Differenz schmilzt jetzt mit der Tarifierhöhung ab. Sie haben de facto nicht mehr im Portemonnaie, aber auch nicht weniger. Es hat ein Drei-



vierteljahr gedauert, mit der Finanzverwaltung darüber zu verhandeln.

Und ich halte von den ganzen Zulagen nichts. Das sage ich auch deutlich, denn sie führen zu einer Ungleichbehandlung in ein und derselben Profession. Sie sehen es bei der Brennpunktzulage. Wir hatten Erzieherinnen und Erzieher, die sie bekommen haben und welche, die sie nicht bekommen haben. Das sind Entscheidungen, die hätte ich anders getroffen, die stellen mich jetzt auch nicht zufrieden. Zur Brennpunktzulage gibt es Berichte, dass sie nicht zu dem Ergebnis geführt hat, das man sich gewünscht hat, nämlich, dass die Schulen in prekärer Lage stabiler mit Personal ausgestattet sind. Es geht eben nicht in erster Linie um monetäre Anreize, sondern es geht um Entlastung. Es ändert sich ja nichts an dem belastenden Gefühl, wenn wir 130 Euro mehr im Monat haben.

Es war auch zunächst unsere Forderung, alternativ dazu Entlastung und eine bessere Ausstattung zu schaffen. Eine Alternative ist immer noch die tarifliche Zulage und das wäre rechtlich möglich.

Günther-Wünsch: Aber auch nicht in dem Konstrukt, wie wir es jetzt haben. Und mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder hatten wir Verhandlungen, da müsste man wieder mit dem Finanzsenator sprechen. Das ist das Maximum, das wir rausholen konnten. Wir müssten darüber gar nicht debattieren, wenn in der Vergangenheit nicht falsche Entscheidungen getroffen worden wären. ▶



► Um nochmal einen Blick auf die Kita-Situation zu werfen: Im Prinzip ist das ähnlich wie im Ganztags, die Kolleg*innen brauchen Entlastung. Wir hatten schon runde Tische mit Gewerkschaften, Eltern- und Kitaverbänden sowie Politiker*innen. Nun fordern Gewerkschaften und Kita-Erzieher*innen Tarifverhandlungen. Gibt es konkrete Überlegungen, wieder Betroffene an einen Tisch zu bringen?

Günther-Wünsch: Ich habe das sowohl der GEW als auch ver.di immer gesagt, dass wir zu Gesprächsrunden bereit sind. Aber es ist natürlich auch wichtig, dass die Akteure am Austausch interessiert sind. Die Gewerkschaft ver.di nehme ich gerade nicht als konstruktiv und an Lösungen orientiert wahr, sondern eher konfrontativ. Mein Postfach ist voll von Eltern-Mails, die die Nase voll haben. Manche Mütter würden sich wünschen, dass sie diesen Verdienst hätten – und die bringen

wir in prekäre Verhältnisse. Das ist das, was mich wirklich ärgert, als vierfache Mutter bin ich selbst auch betroffen. Pauschal zu sagen, alle Erzieherinnen und Erzieher in Berliner Kitas sind in prekären Anstellungsverhältnissen, ist schlichtweg falsch. Ich war allein letzte Woche in mehreren Kitas, die nicht mehr voll belegt sind, weil ihnen die Kinder fehlen. Warum gelingt es den Eigenbetrieben da nicht, ihr Personal zu steuern? Sie wollten in das Konstrukt der Eigenbetriebe, sie sind alle im öffentlichen Dienst angestellt. Dann erwarte ich aber auch, dass man anfängt, sein Personal in dem Verbund in der Region zu steuern. Wir haben mittlerweile Schätzungen der Eigenbetriebe vorliegen, die von weit über 700 Abmeldungen ausgehen. Dies wird langfristig zu

einer erheblichen Krise für die Eigenbetriebe führen. Bei allem Verständnis für prekäre Arbeitslagen scheint das System so flexibel zu sein und eine Kapazität sowohl für Arbeitskräfte als auch für Kinder zu haben, dass sich die Gewerkschaften überlegen müssen, wie weit sie das Spiel noch treiben können. Wenn ver.di den eingeschlagenen Kurs fortsetzt, droht den Eigenbetrieben eine Situation, in der es nicht nur weniger Kinder zu betreuen gibt, sondern gar keine mehr.

*Pädagog*innen streiken ja nie, weil es ihnen Spaß machen, sondern sie haben ein sehr großes Verantwortungsbewusstsein für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendliche.*

»Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler zukünftig an der Schulform landen, wo sie den maximalen Bildungserfolg generieren.«

*Und wenn sich Pädagog*innen dazu veranlasst sehen, solche Maßnahmen zu ergreifen, dann hat das auch immer Gründe. Es gibt einen hohen Krankenstand im Erzieher*innenberuf. Da muss etwas verändert werden.*

Günther-Wünsch: Ich leugne auch nicht, dass es Kieze mit hoher Belastung gibt, ich lehne aber den Weg, den ver.di geht, komplett ab. Verantwortungsübernahme ist keine Einbahnstraße. Wir kommen gerne zu einem runden Tisch zusammen mit den Gewerkschaften, Vertretern der Erzieherinnen und Erzieher und übrigens auch gerne mit Eltern und politisch Verantwortlichen. Ich habe mehrmals die Hand ausgestreckt und bin gesprächsbereit. Wenn diese ausgestreckte Hand aber nicht angenommen wird, sondern immer

wieder die Forderung nach einer Tarifverhandlung kommt und ich stets sage, wir werden aus den dargelegten Gründen keine Tarifverhandlungen führen können, dann ist das schon eine Provokation.

Wir haben viel über Ressourcen gesprochen, möchten aber auch noch die aktuellen Schulgesetzänderungen ansprechen: Für die Förderprognose von Grundschulkindern sollen in Zukunft nur noch die Fächer Deutsch, Mathe und erste Fremdsprache entscheidend sein. Liegt dem nicht ein verengter Bildungsbegriff zugrunde?

Günther-Wünsch: Das sehe ich komplett anders. Denn die Wissenschaft sagt ganz deutlich, dass ich die Fähigkeit im mathematischen und sprachlichen Bereich brauche, um in allen anderen Fächern Bildungserfolg zu generieren. Und wir haben in der Vergangenheit suggeriert, dass man mit fehlenden Kompetenzen in Mathe und Deutsch trotzdem Bildungserfolg an einer weiterführenden Schule, auch im besten Fall am Gymnasium, erzielen kann; wir sehen aber, dass das nicht funktioniert. Wir haben relativ schlechte Leistungsdaten und einen hohen Rücklauf der Kinder vom Gymnasium an die ISS und Gemeinschaftsschulen. Und dem tragen wir nun Rechnung. Das ist also eine Entscheidung, die weder einer Ideologie folgt noch aus dem Nichts heraus getroffen worden ist, sondern die sagt: Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler zukünftig an der Schulform landen, wo sie den maximalen Bildungserfolg generieren. Was wir auch abgeschafft

haben, ist das Probejahr, dann braucht man auch nicht noch mal ein Jahr bangen. Man hat die Möglichkeit, sich sechs Jahre zu entwickeln und dann wird eine Entscheidung für eine weiterführende Schule getroffen, gegebenenfalls auch durch Probeunterricht.

Vielen Dank für das Gespräch!



Ungekürzte Version des Interviews, das am 2. September 2024 geführt wurde

Antje Jessa und Christoph Wälz,
bbz-Redaktion

Unabhängigkeit sichern

Die Senatsbildungsverwaltung plant eine Stabsstelle zur Kontrolle der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

von Sabine Achour, Bernd Overwien und Ina Bielenberg

Im April dieses Jahres wurde die Arbeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung in einer Sitzung des Bildungsausschusses des Abgeordnetenhauses thematisiert. Die Anhörung erzeugte bei eingeladenen Expert*innen Besorgnis. Die CDU-Fraktion kritisierte, dass die Berliner Landeszentrale zu umfassend in ihrer Arbeit Minderheiten ansprechen würde. Dabei wurde die politische Erwachsenenbildung jahrelang und parteiübergreifend aufgefordert, breite Bevölkerungsschichten zu erreichen.

Die Unabhängigkeit ist gefährdet

In diesem Sinne hat sich in Berlin die Landeszentrale seit geraumer Zeit schon auf den Weg gemacht und innovative Formate entwickelt. So gibt es beispielsweise Projekte, die mit niedrigschwelligen Herangehensweisen und an frequentierten Orten durchgeführt werden. Klassische Angebote der politischen Bildung finden weiterhin und umfassend statt. Die hohe Bedeutsamkeit aufsuchender, sozialräumlicher Angebote ist das Zugehen von Politik und politischer Bildung auf die Menschen, anstatt zu warten, bis und ob jemand kommt. Dies ist mittlerweile Konsens unter demokratischen Parteien, Politiker*innen, Stiftungen und Wissenschaftler*innen. Die Berliner Landeszentrale ist in diesem Bereich einer der bundesweit beispielgebenden Akteur*innen mit Vorbildcharakter.

Die Expert*innen des Feldes positionierten sich hier deutlich und bewerteten die Aktivitäten der Landeszentrale positiv.

Das war aber wohl nicht das gewünschte Ergebnis: Anfang Juli führte die Hausleitung der Bildungsverwaltung eine Pressekonferenz durch und kündigte die Einrichtung einer Stabsstelle an. Diese soll bei der Hausleitung angesiedelt und den Bereichen der politischen Bildung, also zuallererst der Landeszentrale, vorgeordnet sein. Ende August berichtete dann der Tagesspiegel von einer verwaltungsinternen Organisationsverfügung. Die erstaunte Fachöffentlichkeit musste so erfahren, dass künftig das Jahresprogramm der Landeszentrale, die Förderung einzelner Träger sowie die Erstellung von Materialien stets fachlich und inhaltlich mit den zwei Personen der Stabsstelle abzustimmen und von ihnen mitzuzeichnen sei. Darüber hinaus soll die Landeszentrale auskunfts- und berichtspflichtig sein. Dabei sollen die beiden Stellen ohne öffentliche Ausschreibung direkt durch die Hausleitung besetzt werden.

Expert*innen werden aktiv

Die Unabhängigkeit der Landeszentrale, frei und professionell auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren, wird damit eklatant in Frage gestellt. Diese Unabhängigkeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung ist dagegen rechtlich im Erwachsenenbildungsgesetz eindeutig geregelt.

Diese Entwicklung haben etliche Akteur*innen mit Sorge verfolgt. Der Berliner Landesverband der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) startete auf Initiative der Professor*innen

Wolfgang Benz, Bernd Overwien und Sabine Achour eine Petition: »Regierungszugriff auf die politische Bildung in Berlin verhindern!« Innerhalb von wenigen Tagen schlossen sich dem mehr als 100 Erstunterzeichnende an. Darunter nicht nur Professor*innen aller großen Universitäten Berlins sowie bundesweit die Professor*innen der politischen Bildung in Deutschland, sondern auch etliche zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie der Landesschüler*innenausschuss Berlin, die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, die GEW und relevante Träger der politischen Bildung. Inzwischen ist die Petition von mehr als 24.000 Menschen unterschrieben worden.

Die deutliche Botschaft der Petition wurde von Senatorin Günther-Wünsch im Plenum des Abgeordnetenhauses im September 2024 als Kampagne abgetan. Es ist aber die große Sorge der Fachöffentlichkeit der politischen Bildung, dass hier ohne Not der Grundkonsens der politischen Bildung der Bundesrepublik aufgekündigt wird. Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat mit lautem Klatschen ihrer Freude darüber Ausdruck verliehen. ■



[dvpb-berlin.de
Petition](https://dvpb-berlin.de/Petition)

Sabine Achour, Professorin für Politikdidaktik/Politische Bildung; Bernd Overwien, Professor für die Didaktik der Politischen Bildung; Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.



40 Jahre Humanistische Lebenskunde

Mit über 73.000 Schüler*innen in Berlin hat sich das Konzept in den letzten Jahrzehnten vom Nischenfach zum Erfolgsmodell entwickelt

von Bruno Osuch

Kleine Gruppen, freiwilliger Unterricht, ohne Noten, offener Lehrplan, weltlich-humanistische Grundlagen – Lebenskundelehrer gesucht« – so in etwa lautete die kleine Anzeige in einer Ausgabe der damaligen »Berliner Lehrerzeitung« (blz) der GEW im Jahr 1984. Und sie traf bei mir den richtigen Punkt. Denn als engagierter Gesamtschullehrer war ich vom »Praxisschock« im sozialen Brennpunkt Neukölln doch recht gebeutelt und suchte nach pädagogischen Alternativen. Also meldete ich mich beim damaligen Deutschen Freidenker-Verband (DFV), aus dem 1993 der Humanistische Verband Deutschlands, Landesverband Berlin, hervorging, um der erste staatliche Lebenskundelehrer in der Sekundarstufe zu werden.

Das Fach war gerade erst von der katholischen Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien (CDU) nach einem zweijährigen Schulversuch an einer Neuköllner Grundschule unter der Trägerschaft der Freidenker zugelassen worden. Und das Kollegium bestand aus einer einzigen hauptamtlichen Lehrkraft und einer Handvoll staatlicher Grundschulkolleg*innen. Die Schüler*in-

nenzahl überstieg kaum die Einhundert.

Genau 40 Jahre später ist aus dieser kleinen pädagogischen Nische das größte Fach im Bereich des Religions- und Weltanschauungsunterrichtes in Berlin geworden. Im aktuellen Schuljahr 2024/25 ist der Humanistische Verband mit über 73.000 Schüler*innen und über 400 hauptamtlichen Lehrkräften mit dem Schwerpunkt öffentliche Grundschulen der größte Anbieter.

Den kleinen und großen Fragen auf der Spur

Die Gründe sind vielfältig. Ein ausgesprochen kritisch denkendes Umfeld in Berlin, zunehmende Säkularisierung und Individualisierung sowie kulturelle Vielfalt begünstigen das Interesse nach humanistischer Orientierung. Vor allem ist es das attraktive Konzept der Lebenskunde selbst, wie es schon in eingangs erwähnter Anzeige formuliert ist. Auf dieser Grundlage den kleinen und großen Fragen des Lebens aus einer weltlich-hu-

manistischen Sicht in vielfältiger Weise auf der Spur zu sein – das trifft auf das große Interesse von Eltern und Kindern.

Eine weitere wichtige Voraussetzung ist die weitgehende Trennung von Kirche/Weltanschauung und Staat in der Schule, die hier seit Ende des zweiten Weltkrieges fest verankert ist – und damit die absolute Freiwilligkeit sowie Autonomie der

»In der Weimarer Republik wurde in den »weltlichen Schulen« erstmals der Religionsunterricht durch eine »Lebenskunde« ersetzt.«

Träger. Zwar hatten christlich-konservative Kräfte vor gut 15 Jahren versucht, im Rahmen ihrer »Pro-Reli«-Kampagne diese Trennung aufzuheben und damit zugleich auch das allgemeinverbindliche Fach Ethik auszuhöhlen. Doch ging der entsprechende Volksentscheid 2009 nach hinten los: Nur 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für »Pro-Reli«. Wie sehr den christlich-konservativen Kräften dieses ausgesprochen progressive »Berliner Modell« ein Dorn im Auge ist, zeigt sich nicht zuletzt an den aktuellen Bemühungen des CDU-geführten Schulsenats, den Religionsunterricht doch noch im Rahmen eines Wahlpflicht-Modells quasi durch die Hintertür zu einem »ordentlichen Schulfach« zu machen.

Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 erweiterte sich auch der Zuständigkeitsbereich der damaligen West-Berliner Freidenker*innen auf den weitgehend konfessionsfreien Ostteil der Stadt. Neben Jugend-FEIERN, Schwangerschaftskonflikt-Beratung, Jugend- und Sozialar-



beit wurde vor allem der Lebenskundeunterricht der Freidenker*innen in Ost-Berlin sehr schnell bekannt und attraktiv.

Und genau das war den Konservativen ein Dorn im Auge. So versuchte der CDU-geführte Kultursenat im Jahr 1994 die Förderung für den Lebenskundeunterricht in Ost-Berlin im Vergleich zum Religionsunterricht mit der Begründung zu halbieren, die Kirchen hätten ja viel mehr Mitglieder.

Aber eine starke Protestwelle und vor allem eine erfolgreiche Klage vor dem Oberverwaltungsgericht konnten für eine faire Gleichbehandlung sorgen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Argumentation der Richter des OVG in Berlin, die sich explizit auf die aus der Weimarer Reichsverfassung übernommene Grundgesetzartikel zum Staats-Kirchenrecht beriefen, wonach »Weltanschauungsgemeinschaften« wie der HVD den Religionsgemeinschaften gleichzustellen sind. Dieser historische Artikel konnte 1919 erst durch das massive Auftreten von freidenkerischen und sozialliberalen Politikern der katholischen Zentrumsparterie abgerungen werden.

»Westberlin finanziert Gottlosenpropaganda«

Mit anderen Worten – die Lebenskundelehrkräfte des Jahres 1995 profitierten mit ihrem Engagement direkt vom erfolgreichen Kampf ihrer Vorreiter*innen in der Novemberrevolution und frühen Weimarer Republik. Ein ähnlicher Erfolg konnte im gleichen Jahr beim Lehrerbildungsgesetz erreicht werden, als es gelang, die Lebenskunde erstmals darin zu verankern. »Einem Antrag der FDP zur Einführung der atheistischen Lebenskunde in die Berliner Lehrer*innenbildung hat heute die Vereinigte Linke aus SPD/Grüne/PDS über die parlamentarische Hürde geholfen«, kommentierte die CDU bissig ihre Niederlage.

Diese Reaktion erinnerte in fataler Weise an das Echo auf die Initiative des damaligen Regierenden Bürgermeisters und späteren Bundeskanzlers Willy Brandt, als dieser 1959 im Abgeordnetenhaus den Beschluss durchboxte, den Lebenskundeunterricht finanziell zu fördern. »Unglaublich: 90.000 DM bereitgestellt. Westberlin finanziert Gottlosenpropaganda!«, kommentierte die katholische Wochenzeitung Neue Bildpost. Leider ebte das In-



teresse an diesem Fach in der Nachkriegszeit bald ab, bis es 1984 wieder eingeführt wurde.

Die heutige Humanistische Lebenskunde steht mit ihrem spezifischen Ansatz in einer langen reformpädagogischen Tradition. So konnten in der Weimarer Republik in den Zentren der Arbeiter*innenbewegung in den sogenannten »weltlichen Schulen« erstmals der Religionsunterricht durch eine »Lebenskunde« ersetzt werden – deutschlandweit erstmals 1920 in Treptow – an der heutigen Anna-Seghers-Gemeinschaftsschule, wo eine Tafel im Eingangsbereich daran erinnert.

Auffällig sind dabei die ganz ähnlichen didaktischen Schwerpunkte wie heute: Selbstbestimmung, Verantwortung, Solidarität und kritisch-wissenschaftliches Denken wurden methodisch gepaart mit Gruppenarbeit und Projekten. Protagonist*innen waren zumeist sozialistisch orientierte Pädagogen*innen und Schulpolitiker*innen wie Fritz Karsen oder Kurt Löwenstein in Neukölln. 1933 zerschlugen die Nazis diese Schulen und das Fach Lebenskunde.

Lehrer*innen werden besonders qualifiziert

Die Schüler*innen mussten wieder zurück in den christlichen Religionsunterricht gehen, der während der gesamten Nazizeit in keiner Weise beeinträchtigt wurde. Und es waren wiederum Rektor*innen und Schüler*innen dieser Schulen, die im Widerstand vielen Juden*Jüdinnen halfen. So wurde die spätere Schriftstellerin Inge Deutschkron (Autobiografie »Ich trug den gelben Stern«, Bühnenadaption »Ab heute heißt du Sarah«) unter anderem vom ehemaligen Rektor der 208. Weltlichen Schule in Berlin-Wedding, Walter Rieck, versteckt und konnte so überleben. Rieck wurde 1946 Bürgermeister von Berlin-Wilmersdorf und 1971 in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als

»Gerechter unter den Völkern« geehrt. Auf diese Tradition kann die Humanistische Lebenskunde sehr stolz sein.

Die besondere Herangehensweise erfordert aufseiten der Lehrer*innen auch besondere Qualifikationen. Neben den klassischen Bezugsfächern wie Philosophie, vergleichende Religionswissenschaft und allgemeine Pädagogik gibt es spezielle Kursangebote wie Supervision und psychoanalytische Pädagogik. Bis vor kurzem wurden die Lehrkräfte am HVD-eigenen Ausbildungsinstitut ausgebildet. Nun findet die Ausbildung an der 2021 gegründeten ersten Humanistischen Hochschule Deutschlands in Berlin im Rahmen eines Masterstudienganges statt.

Mittlerweile wird das »Berliner Modell« mit seiner Trennung von Kirche und Staat und der Existenz einer weltlich-humanistischen Alternative in Form der Humanistischen Lebenskunde auch in anderen Bundesländern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und könnte damit auch kultur- und bildungspolitisch Vorbild auf Bundesebene werden. ■



Bruno Osuch,
ehemaliger Präsident des
Humanistischen
Landesverbandes
Berlin-Brandenburg





Verweigerte Solidarität

Ein Interview mit Tabea Adler von der Fachberatungsstelle OFEK e.V. darüber, was jüdische Schüler*innen seit dem Überfall der Hamas auf Israel erleben

von Rosa Fava

Rosa Fava: Wie sieht die Arbeit bei OFEK aus?

Tabea Adler: OFEK ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die sich auf Antisemitismus und Community-orientierte Beratung spezialisiert, eine Antwort auf die Zunahme antisemitischer Vorfälle und einen lange übersehenen Bedarf an qualifizierter Unterstützung. Wir beraten, begleiten und unterstützen Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug*innen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten in oft mehrsprachigen Formaten: Einzelfallberatung, Gruppenangebote, wir bieten eine tägliche bundesweite Hotline an sowie in fünf Bundesländern Unterstützung vor Ort. Die Beratung von Jugendlichen, Familien und Studierenden sowie von Schulen und anderen Bildungsinstitutionen stellen wichtige Schwerpunkte unserer Arbeit dar.

Wie hat sich eure Arbeit seit dem Überfall der Hamas auf Israel verändert?

Adler: Seit dem 7. Oktober 2023 arbeiten alle OFEK-Standorte im Krisenmodus: Zeitweilig haben wir die Zeiten unserer Hotline verlängert und unsere Angebote der Einzelfallberatung, der Kriseninterven-

»Die solidarischen Kreise um Jüdinnen und Juden sind sehr, sehr klein geworden.«

tion, der psychologischen Beratung von Einzelpersonen und Gruppen und der rechtlichen Erstberatung erweitert, ebenso pädagogische und psychologische Angebote für Familien, Jugendgruppen, Studierende und Bildungseinrichtungen. In Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung haben wir digitale Sprechstunden für Lehrkräfte durchgeführt. Der hohe Bedarf offenbart Lücken im Bereich von Intervention, Prävention und Opferschutz.

Die Fachberatung von Organisationen zu Krisenintervention, Umgang mit Gewalt und Trauma, zu Schutzkonzepten und Notfallprotokollen wurde ebenfalls ausgeweitet; zusammen mit weiteren Safer Spaces, also Gesprächsräumen zur Entlastung und Stärkung, für Studierende und Hochschulen, für Schulen und Kitas.

Was waren typische Erfahrungen von jüdischen Schüler*innen vor dem letzten Herbst?

Adler: Jüdische Schüler*innen haben oft antisemitische Kommentare und Mobbing bis hin zu körperlichen Angriffen erlebt, häufig verbunden mit Vorurteilen und Unwissenheit über das Judentum. Viele fühlten sich unter Druck gesetzt, da sie mit dem Nahostkonflikt in Verbindung gebracht wurden. Schulen boten oft unzureichende Unterstützung bei antisemitischen Vorfällen, was das Gefühl von Isolation verstärkte. Aus Angst vor negativen Reaktionen verbargen einige Schüler*innen ihre jüdische Identität. Diese Erfahrungen führten zu einem Gefühl der Ausgrenzung und Unsicherheit. Insgesamt war der Schulalltag von Belastungen, dem Übersehen von Bedarfen, der Annahme von Nichtpräsenz und mangelndem Verständnis geprägt.

Was hat sich seit dem 7. Oktober 2023 dann verändert?

Adler: In den ersten sechs Monaten nach dem Anschlag haben wir insgesamt 1.333 Beratungsanfragen bearbeitet, davon 987 Fälle mit Bezug zu einem oder

»Schulen bieten oft unzureichende Unterstützung bei antisemitischen Vorfällen, was das Gefühl von Isolation verstärkt.«

mehreren antisemitischen Vorfällen. In weiteren 316 Fällen ging es um psychische und soziale Folgen des Massakers und Krieges in Israel/Gaza, Angst und Sorge um Kinder und Angehörige, Ungleichbehandlung und Diskriminierung. Die aktuelle Zahl übertraf die Gesamtzahl aller Beratungsanfragen seit der Gründung von OFEK e.V. im Juli 2017.

Wie viele der Anfragen betrafen Erlebnisse in Verbindung mit Schulen?

Adler: Etwa jede siebte Anfrage bezog sich auf die Schule. Die Intensität, die Direktheit und der Gewaltgehalt des Erlebten haben sich enorm verstärkt. Jüdische Schüler*innen vermeiden nicht nur, diesen Teil ihrer Identität offenzulegen, sondern wägen im Einzelfall ab, wem sie es vielleicht doch schon gesagt haben und was das für Konsequenzen haben könnte. Sie erleben eine extreme Solidaritätsverweigerung. In den ersten Wochen fragten uns dutzende besorgte Eltern, ob sie ihr Kind überhaupt in die Schule schicken können.

Zudem sind die antisemitischen Vorfälle auch an Schulen sprunghaft angestiegen. Häufig kam es zu körperlicher oder unzuweideutiger verbaler Gewalt. In Chatgruppen wurde Hamas-Videomaterial geteilt und Schüler*innen gedroht, ihnen solle dasselbe passieren. Rechte Symbolen und Grußformeln waren extrem häufig Thema, auch rote Dreiecke.

Können Sie dabei eine Entwicklung feststellen?

Adler: Die erste Zeit war geprägt von einem riesigen Unsicherheitsgefühl: Wie erkläre ich meinem Kind, dass es nicht allein nach Hause gehen kann? Wie erkläre ich, was am 7. Oktober passiert ist und warum ich das ganze Wochenende geweint habe? Wie spreche ich über Krieg? Dies wurde zusätzlich durch die aufgeheizten, hasserfüllten und zum Teil äußerst antisemitischen Demonstrationen, dem Ausrufen von internationalen »Tagen des Zorns«, Markierungen von Häusern mit Davidsternen et cetera verstärkt.

Dem folgte eine noch anhaltende Phase von vielen gewaltvollen, hasserfüllten Vorfällen. Schüler*innen berichten uns, dass sie sich nicht mehr auf den Schulhof trauen, sich in den Pausen auf der Toilette verstecken, antisemitische Kommentare Alltag geworden sind, sie nicht mehr Teil des Klassenchats sind. Es gibt selten Vertrauenspersonen oder eine adäquate Reaktion, die Solidarität und Schutz vermittelt.

*Wie verarbeiten die Schüler*innen die Erfahrungen?*

Adler: »Verarbeiten« ist hier ein großes Wort. Wir wissen, dass all diese Erfahrungen, Einzel- wie Kollektiverfahrungen, Menschen immer begleiten werden. Dass Ratsuchende einen ermächtigten Umgang damit finden, ist Ziel unserer Beratungen. Mehrfachbetroffenheiten, wie ein Migrationshintergrund aus der Ukraine, verstärken das Erlebte noch zusätzlich. Eine Abwanderung auf jüdische Schulen war schon immer nach antisemitischen Vorfällen sehr stark zu verzeichnen, jetzt noch einmal mehr.

Gibt es auch Solidarität und Unterstützung?

Adler: Ja, aber ehrlich gesagt sind die solidarischen Kreise um Jüdinnen und Juden sehr, sehr klein geworden. In vielen vormals solidarischen Gruppen offenbarte sich ein tiefer Antisemitismus. In Beratungsgesprächen werden mitunter unterstützende und engagierte Personen genannt, insgesamt aber leider selten.

Was können Schulen tun?

Adler: Der Umgang von Lehrenden und Schulleitungen mit Antisemitismus ist meistens von Unsicherheit, Distanz, Unentschlossenheit und Passivität gekennzeichnet. Meist wird der Vorfall als allein stehendes Einzelereignis beschrieben. Alle sind schockiert, dass so etwas geschehen konnte und lagern es auf eine Gruppe Schuldiger aus. So begreift man nicht die strukturelle Dimension.

Es braucht eine klare Haltung gegen Antisemitismus, es bedarf einer schnel-

len und sicheren Reaktion auf Vorfälle, Konzepte, die Sicherheit über Zuständigkeiten und Reaktionswege geben, regelmäßiger Sensibilisierungstrainings für die Lehrenden und damit eine Selbstpositionierung und Auseinandersetzung mit dem Thema. Also Kompetenzentwicklung in einer kontinuierlichen Evaluation und Anpassung. Daraus entsteht im besten Falle ein inklusives und solidarisches Klima, in dem sich jüdische und alle Schüler*innen sicher fühlen können.

Wie kann man den Nahostkonflikt behandeln?

Adler: Wir brauchen hier zunächst eine systematische Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und Schulsozialarbeiter*innen. Es zeichnet sich deutlich ab, dass Unsicherheiten nicht mit rein wissensvermittelnden Formaten auflösbar sind. Es bedarf also zunächst Räume, in denen Lehrende eine Selbsterfahrung durchlaufen, bevor sie sich konstruktiv mit den Schüler*innen auseinandersetzen können.

Häufig wird davon ausgegangen, dass gar keine Schüler*innen mit Betroffenheiten anwesend sind oder nur von einer »Seite«. Die Annahme der Nichtexistenz kann hierbei etwas sehr Verletzendes sein und Schüler*innen vielleicht zu einem »Outing« nötigen. Die lehrende Person würde sicherlich und sollte definitiv den Unterricht anders gestalten, wenn sie um Betroffenheiten wüsste.

Denn das, was Nicht-Betroffene sehen und erleben, ist überhaupt nicht das, was Betroffene sehen und erleben. Diese Diskrepanz muss reflektiert werden. Was jüdische Schüler*innen gebraucht hätten, wären Anteilnahme und eine klare Einordnung und Verurteilung des Massakers gewesen. So aber wurde, wie auch durch den eklatanten Anstieg von Antisemitismus, eine ganz deutliche Botschaft an Jüdinnen und Juden gesendet. ■



[ofek-beratung.de](https://www.ofek-beratung.de)

Rosa Fava, Erziehungswissenschaftlerin und Dozentin zu Rassismus, Antisemitismus, Migration und Diversität





Unseren Kindern verpflichtet

Gewaltsame Konflikte sind nie so einfach, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Das gilt für Kriege wie in Gaza, aber auch für Prügeleien auf dem Pausenhof

von Olaf Schäfer

Unser Bildungseinrichtungen liegen nicht in Bullerbü. Alle Probleme, Konflikte und Krisen unserer Gesellschaft finden ihren Niederschlag im Bildungssystem und besonders in den staatlichen Schulen. Armut, Arbeitslosigkeit, Pandemien, Kriege und Migrationsströme, alles landet hier. Und hier müssen auch alle Beteiligten mit der Situation klarkommen. Und das klappt oft erstaunlich gut!

In Neukölln erlebte ich, wie meine arabischstämmigen Schüler*innen den jüdischen Kollegen, der dort für ein Jahr arbeitete, voll akzeptierten. Aktuell erlebe ich an meiner Marzahner Grundschule, wie russische Schüler*innen den neu angekommenen ukrainischen Schüler*innen helfen und für sie übersetzen oder einfach mit ihnen spielen. Würden sich die Erwachsenen und Politiker*innen so verhalten wie meine Schüler*innen, es gäbe kaum Kriege!

Konfliktmotive sind oft verworren

Als langjähriger Lebenskundelehrer weiß ich, dass die Konflikte nie so einfach sind, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Oft kommt im gemeinsamen Gespräch

heraus, dass der geschlagene Schüler möglicherweise vorher den anderen beleidigt oder provoziert hat. Möglicherweise verbirgt sich hinter dem Konflikt eine lang anhaltende »unsichtbare« Fehde mit wechselseitigen unverarbeiteten Kränkungen, die plötzlich und unerwartet eskaliert. Oft ist den Beteiligten erst einmal

»Ich wünsche mir als Pädagoge und Gewerkschafter, dass wir uns immer radikal auf die Seite der Kinder stellen.«

selbst nicht klar, wie es zu dem Gewaltausbruch kommen konnte. Die Hilfestellung von erfahrenen Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen ist dann nötig, um den Kindern Einsicht in die verworrene Motivlage des Konfliktes zu ermöglichen und die oft wechselseitigen Verletzungen zu erkennen und abzubauen. Mediation ist hier gefordert, um heilend einzugreifen und den Teufelskreis wechselseitiger Gewalt zu durchbrechen.

Kriege sind natürlich keine Pausenhofschlägereien. Und dennoch haben beide etwas gemeinsam. Sie sind gewalttätige Entladungen von tiefer liegenden, oft lang-anhaltenden, Konflikten. Egal welchen aktuellen Krieg wir betrachten, die Konfliktlinien reichen oft bis in die Zeit vor oder nach dem 1. Weltkrieg zurück. Den Konflikt Israel-Palästina mit dem Massaker am 7. Oktober beginnen zu lesen oder den Ukraine-Krieg mit dem Überschreiten der Grenze zur Ukraine, ist insofern verkürzt und hilft nicht, die Situation überhaupt zu verstehen.

Einseitigkeit ist keine Lösung

Sehr schnell nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs wurde ich von Schüler*innen gefragt, ob ich für Putin oder für Selenskyj sei. Ich antwortete immer das Gleiche: Für keinen von beiden! Das machte meine Schüler*innen oft fassungslos. Ich müsse mich doch für eine der beiden Seiten entscheiden. Ich fragte, »wieso?« Ich bin für den Frieden und dafür, dass Kinder vor Krieg geschützt werden.

Ich kann daher sehr gut den grauenhaften Anschlag der Hamas verurteilen und

gleichzeitig den mörderischen Krieg, den die israelische Armee im Gazastreifen führt. Ich kann Putin neben vielen anderen Dingen natürlich für den Überfall auf die Ukraine brandmarken! Aber ich kann auch Herrn Selenskyj hart kritisieren, der ständig mehr und schwerere Waffen fordert und die jungen Männer von der Straße wegfangen lässt, um sie in den Krieg zu schicken.

Wo sind Politiker*innen wie Willy Brandt, Egon Bahr, Olof Palme, Jitzchak Rabin, Nelson Mandela oder Michail Gorbatschow? Die über alle Grenzen und Konflikte hinweg den Weg zum Frieden einschlugen und den Weg zur Versöhnung ebneten? Mir fällt aktuell weltweit niemand ein,

»Würden sich die Erwachsenen und Politiker*innen so verhalten wie meine Schüler*innen, es gäbe kaum Kriege!«

der dazu in der Lage wäre. Warum soll ich mich auf die Seite eines Benjamin Netanjahu schlagen oder eines Wolodymyr Selenskyj? Menschen, deren politische Mandate daran hängen, dass die Kriege weitergehen und die daher nichts dafür tun, sie zu beenden. Und wenn ich mir unser eigenes politisches Personal ansehe? Selbst ein Konrad Adenauer, der die Aussöhnung mit Frankreich vorantrieb oder ein Helmut Kohl, der die historische Gelegenheit des Zwei-plus-Vier-Vertrags erfasst und sowohl mit den Russen als auch mit den Westmächten gemeinsam den Kalten Krieg beendete, hatten doch mehr Format, als eine Annalena Baerbock oder ein Olaf Scholz.

Mäßigung ist geboten

In dem Konflikt zwischen Israel und Palästina wird auf das »Recht auf Selbstverteidigung«, welches Israel angeblich ausübt, verwiesen. Das gleiche Recht könnte man natürlich auch der Ukraine zubilligen. Das funktioniert aber nur, wenn man willkürlich den Beginn des Konfliktes dann festsetzt, als die Gegenseite gerade mit einem Angriff begann. Das würden wir Pädagog*innen doch mit Schüler*innen auch nicht tun, dass wir uns einfach gegen den oder die Schüler*in stellen, der gerade mit dem Schlagen begonnen hat. Da fragen wir doch auch nach Ursa-

chen. Und uns ist doch auch klar, dass es nach der Schlägerei irgendwie weitergehen muss und dass man die Situation unbedingt befrieden muss. Denn wir sitzen doch alle im gleichen Klassenraum und in der gleichen Welt. Da kommt es nicht darauf an, Recht zu haben, zu siegen oder zu gewinnen, sondern zu verstehen, zu befrieden und auch zu versöhnen.

Schüler*innen lernen bei mir ganz schnell, dass das Recht auf Selbstverteidigung nur dazu dient, den unmittelbaren Angriff abzuwehren. Rache ist keine Selbstverteidigung! Wenn das israelische Militär gerade im Gazastreifen – von den besetzten Gebieten will ich hier gar nicht anfangen – über 40.000 Menschen tötet, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, dann ist das keine Selbstverteidigung! Selbst nach alttestamentarischen Maßstäben, die das Moment der Rache noch kannten, ist der aktuelle Konflikt nicht gerechtfertigt: Die Tora fordert »Auge um Auge, Zahn um Zahn«. Das ist durchaus als Gebot der Mäßigung zu verstehen!

Abschließend ist dem »Totschlagsargument« zu widersprechen, welches da lautet, die jeweils andere Seite – die man »natürlich« als die allein schuldige ausgemacht hat – müsse doch nur aufhören, dann wäre sofort Frieden. Also die Russen müssten sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen oder die Hamas müsse die Geiseln freilassen. Historisch hat jedoch kein offen kriegerischer Konflikt jemals so geendet und kann auch nicht so enden. Kriege enden mit der Unterwerfung einer Partei oder mit der Ermüdung beider Parteien und niemals anders. Schon Clausewitz hat festgestellt, dass die Dinge, die im Frieden so einfach sind, im Krieg ungeheuer schwer sind. Solches Gerede vom »einfach aufhören« berücksichtigt nicht die Dynamik und innere Logik kriegerischer Konflikte.

Radikal auf Seiten aller Kinder

Ich wünsche mir als Pädagoge und Gewerkschafter, dass wir uns immer radikal auf die Seite der Kinder stellen. Egal ob es jüdische oder palästinensische Kinder, russische oder ukrainische Kinder sind. Und natürlich stehen wir an der Seite unserer friedliebenden Kolleg*innen in den

DEBATTE ZU ANTISEMITISMUS UND GAZA-KRIEG

Seit dem 7. Oktober 2023 hat der Konflikt um Israel und Palästina eine neue, tragische Eskalation erreicht, in deren Folge auch der politische Diskurs in Deutschland intensiver und komplexer geworden ist. Auch innerhalb der GEW und der Bildungsinternationale äußern sich die unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen in sehr divergierenden Debattenbeiträgen, wie diese Linksammlung veranschaulicht:



www.gew-berlin.de/zeitschrift-bbz/beitraege-zu-antisemitismus-und-gaza-krieg

Zuletzt erschien in der September/Okttober-Ausgabe der *bbz* der Artikel »Ohrenbetäubendes Schweigen« von Nadine Wintersieg, auf den Olaf Schäfer mit dem Artikel »Unseren Kindern verpflichtet« reagiert. Unter Wintersiegs Artikel wurde auf eine Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der GEW zum Thema verwiesen. Dieser war eine redaktionelle Ergänzung und der Autorin nicht bekannt.

Kriegsgebieten. Alleine die Tatsache, dass wieder hunderttausende Kinder weltweit mit dem Gift des Nationalismus geimpft werden, der die Saat für neue Kriege birgt, sollte uns empören. Und selbst bei uns verbreitet sich das Gift des Nationalismus in rasender Geschwindigkeit, wie die aktuellen Wahlergebnisse belegen.

Das Einzige, was Staatsraison sein sollte, ist die Würde und Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens, unabhängig von Hautfarbe, Konfession, sexueller Identität oder Präferenz, ethnischer Zugehörigkeit und anderer wirklicher oder eingebildeter Unterschiede. Unser Berufsethos verpflichtet uns nicht einer Nationalität, sondern allen Kindern und Menschen. ■

Olaf Schäfer,
Lebenskundelehrer an
Grundschulen in Marzahn
und Friedrichshain





Bei einer Personalversammlung der Neuköllner Lehrkräfte solidarisierten sich am 1. Oktober 2024 Kolleg*innen mit dem Streik der Kita-Erzieher*innen – nachdem das Arbeitsgericht den Streik verboten hatte.

FOTO: JUNGE GEW BERLIN

Zum Artikel »Zusammenschluss in der Wendezeit«, *bbz Juli/August 2024*

In seinem Artikel schreibt Dieter Haase: »Dann das große Entsetzen, Sibylle Volkholz, Senatorin für Bildung von 1989 bis 1990 setzte am Schluss ihrer Amtszeit durch, dass das Bildungssystem Westberlins dem Ostteil übergestülpt wird.« Dieser Satz ist falsch. Richtig ist, dass die Übertragung des Schulgesetzes aus West-Berlin ein gemeinsamer Beschluss des damaligen Einheitsausschusses war, der aus Ost- und Westparlamentarier:innen bestand. Ein Gesetz kann nicht einfach durch eine Senatorin übertragen werden. Zudem hatten wir im Frühjahr 1990 einen Berliner Bildungsrat einberufen, der paritätisch aus Wissenschaftler:innen Ost wie West besetzt war und Empfehlungen für eine Reform des Schulwesens in Ost und West erarbeiten sollte. Dieser empfahl eine Zweigliedrigkeit in der Sekundarstufe aus Gymnasien und Gesamtschulen. Leider wurde dieser Empfehlung politisch nicht gefolgt. Wir haben den Bezirken, in deren Zuständigkeit die Einrichtung der Schulen damals lag, diese Zweigliedrigkeit empfohlen.

Sybilie Volkholz

Zur Kolumne »Bis es sich von selbst erledigt«, *bbz September/Okttober 2024*

Sehr geehrte Frau Pohlmann, Ihnen und allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die unter diesen Umständen Inklusion betreiben, müsste an jedem Tag der Woche ein roter Teppich ausgerollt werden, und die Kottaus vor dieser Leistung dürften niemals enden. Schon bei Einfüh-

rung der sogenannten Inklusion hätte doch allen Verantwortlichen und Entscheidungsträgern und -trägerinnen klar sein müssen, dass diese nur mit dem entsprechenden Personal ein Erfolgsmodell werden kann. Kritik an der Umsetzung wurde von damaligen Schulrätinnen(!) gern dahingehend interpretiert, dass man grundsätzlich gegen ein gemeinsames Unterrichten von Kindern mit unterschiedlichen Bedürfnissen sei, Kinder ausgrenzen wolle. Weit gefehlt! Es ging immer nur um die Bedingungen, unter denen Inklusion stattfinden sollte. Sie wurde ohne die notwendigen Ressourcen durchgesetzt und das pädagogische Personal damit allein gelassen. Deshalb gebührt Ihnen größter Respekt. Ich hoffe, Sie erfahren ihn in Ihrem schulischen Umfeld.

Susanne Held, Lehrerin I.R.

Zum Artikel »Die Macht der guten Beziehungen«, *bbz September/Okttober 2024*

Ich erlaube mir eine eigene Erfahrung im Zusammenhang mit einem Berufungsverfahren an einer norddeutschen Hochschule zu berichten: Vor einigen Jahren habe ich mich, der ich mit einem Grad der Behinderung von 100 lebe, an dieser Hochschule beworben. In meiner Bewerbung habe ich mich auch als Mensch mit Behinderung geoutet, da in den Ausschreibungen ja immer steht, dass Behinderte bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden. Über die notwendige Qualifikation habe ich verfügt und wurde zum Halten eines Probenvortrags – dem sogenannten Vorsingen – eingeladen. An diesem Vorsingen nahmen

die Berufungskommission, die Frauenbeauftragte und der Schwerbehindertenbeauftragte teil. Dem Vorsingen hat sich dann ein Fachgespräch angeschlossen, an dem ein weiteres Mitglied der Berufungskommission – ein Hochschulprofessor – teilgenommen hat. Letztgenannter Professor hat sein Fehlen bei meinem Probenvortrag durch das Wahrnehmen anderer wichtiger Aufgaben entschuldigt. Der Knüller kam dann nach dieser Entschuldigung, indem dieser Professor mir sagte, dass ich sowieso nicht berufen worden wäre. Diesen Ball hat der Schwerbehindertenbeauftragte aufgegriffen und – und das war mutig von ihm – bei der Vorsitzenden der Berufungskommission ein Verfahren wegen Benachteiligung aufgrund einer Behinderung eingeleitet. Unterstützt wurde dieses Verfahren durch ein Schreiben des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung. Leider ist dieses Verfahren letztlich erfolglos verlaufen. Die Vorsitzende der Berufungskommission hat eine Benachteiligung vehement abgestritten. Der Schwerbehindertenbeauftragte wollte sich, als Angestellter der Hochschule, wohl nicht zu weit aus dem Fenster lehnen und seine Ansicht erhärten. Das Verfahren endete somit nach dem Motto: Ich hatte keine Chance und ich nutzte sie! *Kontaktadresse zur Vernetzung von Kolleg*innen, die aufgrund ihrer Behinderung Benachteiligungen im Berufsleben erlitten haben: carsten.rensinghoff@diploma.de* Carsten Rensinghoff

Zum Artikel »Eine Schule für alle – demokratisch und solidarisch«, *bbz September/Okttober 2024*

Die Fritz-Karsen-Schule ist keineswegs die erste Gemeinschaftsschule Deutschlands. Knapp 30 Jahre früher wurde 1919 in Stuttgart bereits die erste Waldorfschule gegründet – von Anfang an als Gemeinschaftsschule konzipiert und bis heute diesem Prinzip treu geblieben.

Maria Buscaino

Zum Artikel »Ungeeignet«, *bbz September/Okttober 2024*

Dank der *bbz* weiß ich endlich, was Schule nicht ist, nämlich kein Armageddon. Aber bitte: was ist ein Armageddon? Mit etwas ratlosem Gruß,

Dr. Gerhard Schewe

Zum Artikel
»Ohrenbetäubendes Schweigen«,
bbz September/Oktober 2024

Ich möchte mich für den Beitrag bedanken. In der Ausgabe Juli/August erschien ein Beitrag mit dem Titel »Weinen kann ich erst, wenn ich von der Schule nach Hause komme«. Dieser stellte die Schicksale dreier palästinensischer Geschwister dar. Ein sehr emotionaler Artikel, politisch betrachtet aber auch ein sehr einseitiger Artikel, der mich dazu brachte, einen mahnenden Leserbrief zu schreiben, welchen ich schlussendlich nicht abschickte. Warum? Ich erlag dem ohrenbetäubenden Schweigen. Ich vermisste in dem besagten Beitrag, den Blick auf die jüdischen Kinder und Jugendlichen, auch diese haben aktuell mit Einschränkungen und mitunter Leid zu kämpfen. Daher auch mein Dank an den Leserbrief von Juliane Kühne (*bbz* September/Oktober 2024), deren Missbehagen und Aufforderung ich absolut teile. In einigen Berliner Stadtvierteln, so hört man immer öfter, spräche man besser kein Hebräisch auf der Straße und zur Einschulungsfeier unterlasse man es jüdische Symbole zu tragen. Ich möchte die *bbz* bitten, stets beide Seiten des Konfliktes aufzudecken: So wie man es auch von uns als pädagogischem Personal erwarten darf. *Anna van der Meulen*

Der Beitrag von Frau Wintersieg erstaunt mich in verschiedener Hinsicht, besonders aber wegen ihrer Feststellung, die Betroffenheit der deutschen Öffentlichkeit über das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 sei nur vorübergehend gewesen. Woher weiß sie das? Ich habe den Eindruck, dass ihr die Fähigkeit zur kritischen Einordnung der aktuellen Situation und besonders zum Dialog völlig abhandengekommen ist. Natürlich ist es notwendig und richtig, gewalttätige Proteste zu verurteilen und zu verhindern, aber so affirmativ und einseitig, wie dieser Artikel es vorgibt, geht es sicherlich nicht. Wem steht es zu, Kritik an der Hamas einzufordern, zu den über 40 000 getöteten Menschen in Gaza aber zu schweigen? Ebenso grotesk ist es, Prof. Jensen zu diffamieren, weil er die höchst umstrittene IHRA-Definition des Antisemitismus nicht pflichtschuldigst akzeptiert, weil sie so diffus ist, dass man sie für jede Ausgrenzung anderer Meinungen nutzen kann, sondern statt-

dessen die von einer großen Anzahl jüdischer und nicht-jüdischer Wissenschaftler beschlossene »Jerusalem-Definition« benutzt, die wesentlich klarer ist. Wie alle sogenannten »Israel-Verteidiger« in Politik und Gesellschaft gesteht Frau Wintersieg den Menschen zu, Kritik an der Netanjahu-Regierung sei legitim – was leider folgenlos bleibt, wenn dann umso mehr die verbrecherische Politik dieser rechtsradikalen Regierung beschwiegen oder sogar verteidigt wird. Der Beitrag endet mit der Aufforderung, Solidarität mit jüdischen und israelischen Menschen zu üben. Wäre es darüber hinaus nicht dringlich, die Durchsetzung der Menschenrechte für alle in diesem Konflikt zu fordern? Ich kenne viele »israelische Menschen« in Deutschland, die sich von Frau Wintersieg keinesfalls vertreten fühlen würden; denn zu einem Dialog oder dem Aufbrechen von starren Überzeugungen zugunsten einer friedlichen Auseinandersetzung trägt dieser aggressive Text leider nicht bei. Schade. *Andreas Grüneisen*

Mir stellt sich die Frage, was Nadine Wintersieg mit ihrem Artikel erreichen will, wenn sie in dem hochsensiblen Themenbereich »Antisemitismus« in erster Linie emotional polarisierend schreibt, frei von weiteren historischen Kontexten. Ich will nur ein Beispiel von vielen herausgreifen: das Problem des Roten Dreiecks/Roten Winkel und mich auf Zitate aus Stellungnahmen von Betroffenenverbänden beschränken. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) vom 05. Juli 2024: »Das rote Dreieck findet sich auf zahlreichen Denkmälern und Erinnerungsorten für die Opfer des NS-Regimes. Von NS-Verfolgten gegründete Organisationen wie die VVN-BdA verwenden das rote Dreieck, um an die NS-Verfolgung der diversen Opfergruppen zu erinnern [...]«. Und an den Berliner Senat und den Bund gerichtet: »Beteiligen Sie sich nicht aus einem Gefühl der Hilflosigkeit an dieser Bedeutungsverschiebung eines Symbols, das gerade in Deutschland und Europa die Erinnerung an Antifaschistinnen und Antifaschisten, Opfer und widerständig zugleich, wachhalten und ihre Werte verteidigen soll. Streiten Sie mit uns und dem Roten Winkel für eine würdige Gedenkpolitik, einen antirassistischen Antifaschismus und die Sicherheit jüdischen Lebens.«

In der Erklärung der LAG Buchenwald-Dora heißt es unter anderem: »Die Bewahrung des politischen Vermächnisses der Überlebenden der Lager und Haftstätten, die Würdigung der Befreier und der Befreiung sind unser Leitmotiv. Der »rote Winkel« bleibt unser Symbol. Der lässt sich nicht verbieten!« *Lore Albrecht*

Einige Anliegen der Autorin kann ich teilen, zum Beispiel, dass Bildungsinstitutionen sichere Orte für jüdische Schüler*innen (und) Studierende sein müssen, oder das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht des Staates Israel. Aber mir scheint, dass die Kollegin diesen berechtigten Anliegen mit ihrem Artikel eher schadet als nützt. Es ist die binäre Betrachtungsweise hochkomplexer historischer Vorgänge um den Israel-Palästina-Konflikt, die einen differenzierenden Diskurs verhindert. Da wird eine propalästinensische Haltung gleichgesetzt mit pro-Hamas und antisemitisch. Das militärische Vorgehen der Netanjahu-Regierung nach dem 7. Oktober 2023 – inzwischen sind unter anderem Tausende von Schüler*innen und Studierende getötet und fast das gesamte Bildungs- und Gesundheitswesen in Gaza zerstört – wird mit einem Selbstverteidigungsrecht Israels legitimiert. Das Gegenteil ist doch der Fall: Das Leben der Geiseln wird aufs Spiel gesetzt und ein regionaler Flächenbrand wird riskiert, der auch die Sicherheit der Israelis gefährdet. Die aus der Shoah abgeleiteten Verpflichtungen rechtfertigen keine doppelten Standards in Sachen Menschen- und Völkerrecht. Die Autorin liegt falsch, wenn sie die Losung »From the river to the sea« per se als israelfeindlich einstuft. Die wird sowohl von ultrarechten Kräften benutzt – zur Begründung einer völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik im Westjordanland – als auch (seit 1967) von Palästinenser*innen zur Begründung des UN-garantierten Selbstbestimmungsrechts im Gebiet westlich des Jordan. *Ewald Leppin*

SCHREIB UNS!

*Wir freuen uns über Kommentare zu Artikeln! Schreib an bbz@gew-berlin.de
Wir bitten darum, Leser*innenbriefe auf max. 1.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) zu begrenzen. Kürzungen behalten wir uns vor.*



»Blind Date – das Musical« ist die deutschsprachige Erstaufführung des niederländischen Musicals.

FOTO: STUDIO MONBIIJU

THEATER

»Blind Date – das Musical«

»Jeder sucht danach, aber niemand kann sagen, was es ist. Die Liebe. Diese Begegnung zweier Menschen, die das Leben verändert. Und niemand kann es kontrollieren. Oder doch? Was, wenn man diesen Code knacken kann? Was, wenn sich vorhersagen lässt, wer zu wem passt?« Lara-Antonia Heine wollte bereits vor der Schulzeit Künstlerin und Sängerin werden und ist seitdem zielstrebig den langen Weg zur eigenen Produktion gegangen. Über das Melanchthon-Gymnasium Berlin, die Etage, verschiedene Jugendwettbewerbe, Privatstunden

in Musikschulen und bei Privatlehrern, die Dance-Academy in Bath und die Stationen New York und LA kehrte sie zu ihren Wurzeln nach Berlin zurück. Inzwischen ist sie Sängerin, Schauspielerin und Bühnendarstellerin mit ihrer ersten eigenen Produktion. Hierzu hat sie sich mit dem Theater »Grüne Bühne« in Hellersdorf zusammengetan, um das Musical »Blind Date«, einen Überraschungserfolg aus den Niederlanden, als deutsche Erstaufführung auf die Bühne zu bringen. Damit schließt sich ein Kreis, der früh mit der Musikförderung der Hauptstadt begann und nun mit Spaß, Freude und Spiellust etwas zurückerhält. In »Blind Date« werden die Tücken und Absurditäten des modernen

Datings humorvoll, selbstironisch und mit Wiedererkennungswert auf die Bühne gebracht.»Blind Date« wird ab dem 17. Oktober 2024 an insgesamt acht Spieltagen in der Grünen Bühne aufgeführt. Die Vorstellungen finden je nach Spieltag um 18 Uhr und 20 Uhr statt. Eintrittskarten sind seit dem 1. Juli 2024 bei Reservix und über die Webseite der Grünen Bühne erhältlich. *von Gregor Menz*

»Ich bin auf einem Friedhof geboren«

Mit *Fremd* hat Michel Friedman eine lyrische Autobiografie geschaffen, die das Leben eines Kindes in einem Nachkriegsdeutschland nachzeichnet, welches in einer von Täter*innen geprägten Gesellschaft aufwächst und seinen Schmerz mit weiteren marginalisierten Gruppen wie Sinti*zze und Rom*nja, Queers, Migrant*innen und Geflüchteten teilt. Dabei bricht Friedman den Schutzwall seines öffentlichen Selbst auf und gewährt uns einen Einblick in sein Innerstes. Die Autorin und Regisseurin Lena Brasch inszeniert für die Reihe *FAEMDE POESIE?* erstmalig am **Maxim Gorki Theater**. Dabei kombiniert sie die Virtuosität der Schauspielerin Vidina Popov und der Violinistin Rahel Rilling mit der Lyrik von Friedman und folgt somit den musikalischen Spuren seiner Poesie.

ANZEIGE

KLAPPE AUF, GRIPS AN.



Woche – Woche 6+

Von Lara Schützsack | Gewinnerin Berliner Kindertheaterpreis 2023
Über die Vielfalt von Familie und der herausfordernden Suche nach dem eigenen Platz.



Ab 7. November

Ort GRIPS Hansaplatz, nur mit Kartenreservierung
Tickets & Infos 030 – 39 74 74 - 77 oder www.grips-theater.de






Die spannenden Jahre zwischen 6 und 12

Eltern lesen Erziehungsratgeber meist nur dann, wenn ihr erstes Kind auf die Welt kommt und wenn sie in der Pubertät des ersten Kindes vor einem Berg von Problemen stehen. Nicola Schmidt zeigt in dem achten Buch ihrer »artgerecht«-Reihe auf, dass »die spannenden Jahre zwischen 6 und 12« zu Unrecht oft unterbelichtet bleiben. Haben manche Eltern zunächst die Hoffnung, mit dem Übergang in die Grundschule würden die Care-Aufgaben weniger werden, stellen sie schnell das Gegenteil fest: die emotionalen Bedürfnisse von Schulkindern werden komplexer und erfordern sogar mehr Care-Arbeit als in Kita-Zeiten. Nicht zuletzt werden in der Grundschulzeit die Weichen für die Adoleszenz gestellt, in der – wie Schmidt mit Jesper Juul (2010) aufzeigt – erzieherisches Agieren nicht mehr funktioniert; auf eine bereits bestehende starke Eltern-Kind-Beziehung kommt es dann an. Auch wenn die Zielgruppe des umfangreichen Handbuchs Eltern sind, hält es auch für Pädagog*innen nicht nur an Grundschulen, sondern auch an Kitas und weiterführenden Schulen zahlreiche Erkenntnisse parat. Insbesondere profitieren Leser*innen davon, dass die Autorin die aktuelle pädiatrische, psychologische und pädagogische Empirie rezipiert hat und zu ihren eigenen Erfahrungen als Mutter und Wildnispädagogin in Beziehung setzt. Ausführungen zu den



➔ Nicola Schmidt: *artgerecht. Das andere Schulkinder-Buch*, Kösel-Verlag, 2024, 319 Seiten

Ergebnissen der Hirnforschung und Anthropologie lassen erkennen, was Schmidt unter einem »artgerechten« Aufwachsen unter oft widrigen Bedingungen versteht. Und Widrigkeiten bestehen tatsächlich zur Genüge: durch die Probleme des Schulalltags, der Mediennutzung, der Ernährung, des Denkenlernens in einer Zeit der Klimakrise, des Umgangs mit Geld und Sexualität führt Nicola Schmidt souverän hindurch und prüft, was »begleiten statt verbieten« (Lutz/Osthoff 2022) in der Auseinandersetzung mit den zahlreichen Herausforderungen der Gegenwart konkret bedeuten kann. Interviews mit Fachleuten, Zusammenstellungen der wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Antworten auf häufig gestellte Fragen runden die einzelnen Kapitel ab. Die Ratschläge sind dabei forschungs- und erfahrungsbasiert und werden auf Augenhöhe gegeben. Das Buch liest sich auch als ein Plädoyer für eine inklusive Ganztagschule mit individualisierten Lernformen in jahrgangsheterogenen Gruppen. Nicht weil die Autorin mit der entsprechenden politischen Brille an Grundschule herangehen würde, sondern weil die empirische Forschung dies eben nahelegt.

Rezension von Christoph Wälz

Lankwitz oder die weite Welt

Lutz van Dijks alter Ego ist Jan, der im beschaulichen Lankwitz im Nachkriegs-Westberlin aufwächst. Sein Vater arbeitet als Polizeibeamter, seine Mutter ist

Hausfrau und leidet an Depressionen. Wir bekommen einen Einblick in die Gefühlswelt einer Jugend, deren Umwelt noch durch den Krieg gezeichnet ist. Der Faschismus ist vorbei. Doch er ist nur unter den Teppich gekehrt. In den Köpfen hat er einen langen Schatten. An den Schulen unterrichten weiterhin Lehrer*innen mit einer nationalsozialistischen Gesinnung. Die Erziehung zur Härte ist normal. Jan hat Glück, seine Lehrerin ist jung und engagiert. Trotz streitender Eltern wächst Jan behütet auf. Über Gefühle können sie nicht sprechen. Lakonisch schildert van Dijk im Roman »Irgendwann die weite Welt« das Erwachsenwerden Jans in Westberlin. Traumatisierte Wehrmachtsangehörige kehren noch in den 1950ern aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurück. Über den Faschismus wird geschwiegen. Der Kalte Krieg und der Antikommunismus prägen die Frontstadt. Umso mehr nach dem Bau der Mauer. Westberlin ist eine Insel. Der Zeitgeist ist konservativ. Jan liest viel. Er spürt früh, dass er schwul ist. Doch Worte hat er dafür nicht. Mit zwölf Jahren hat er seine erste Liebe mit Anton aus der Nachbarschaft. Versteckt von den Eltern machen die beiden Jungs erste Erfahrungen mit schwulem Sex. Den Eltern entgeht dies. Ein Glück, bestand doch der Paragraph 175 bis 1970, der Homosexualität unter Strafe stellte. Ein Coming-out ist undenkbar. Die Liebe endet jäh mit Antons Wegzug. Durch die Förderung seiner Lehrerin kommt Jan auf das Gymnasium. Es ist eine Zeit im Umbruch. Sexuell und politisch. Sein cooler Klassenkamerad Martin macht ihn auf eine schwule Bar in Schöneberg aufmerksam, die er schüchtern besucht. Es rumort in Westberlin. Auch die Schüler*innen stehen auf. Gegen den Nazi-Schulleiter wird in der Aula mit einem Graffiti protestiert: »Die Beethoven-Penne ist kein KZ.« Mit Martin besucht er eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg. Nur knapp entkommt er der knüppelnden Polizei. Sein Vater erfährt vom Demobesuch, schützt seine Kollegen und macht Jan Vorhaltungen. Das ist zu viel. Er schreibt einen Abschiedsbrief und flieht in die USA. »Irgendwann die weite Welt« betrachtet präzise das piefige Westberlin. Der Initiator der letztjährigen Holocaust-Gedenkstunde, die erstmals den queeren Opfern des Nationalso-

zialismus im Bundestag gedachte, lehrt uns, sich auch in schwierigen Zeiten zu behaupten. Wir erfahren im Nachwort, dass van Dijk an Parkinson erkrankt ist.

Rezension von Bodo Niendel

Mit den Leser*innen im Dialog

»Wenn die Geschehnisse in Israel und Palästina so viele Menschen in Deutschland bewegen, dass sie auch bei uns gesellschaftliche Wellen schlagen, dann müssen wir einen Weg finden, damit umzugehen, der nicht in tätlichen Auseinandersetzungen auf dem Schulhof, nicht in einer Verengung der Meinungsfreiheit und nicht in antisemitischer und antimuslimischer Gewalt mündet.« Und genau das tun Jouanna Hassoun, Deutsch-Palästinenserin, und Shai Hoffmann, deutscher Jude mit israelischen Eltern, seit dem 7. Oktober 2023. Als politische Bildner*innen und als in diesem Jahr von der Bundeszentrale für politische Bildung ausgezeichnete »Botschafter*innen für Demokratie und Toleranz« sprechen sie in »Dialogen« mit Jugendlichen an Schulen über Israel und Palästina, den andauernden Krieg in Gaza und den Nahostkonflikt. Sie diskutieren, schaffen bewusst Raum für Fragen und suchen gemeinsam nach Antworten. In ihrem Buch »TRIALOG – Wie wir über Israel und Palästina sprechen« öffnen sie erstmals den Austausch für eine breite Leser*innenschaft und möchten damit zeigen, dass der gesellschaftliche Dialog gelingen

kann. In dem von ihnen als »Brave Space« bezeichneten Raum, sollen Mitglieder der Gesellschaft sich gegenseitig Fehler, Meinungswechsel und Zurückrudern zugehen. Die beiden Autor*innen verstehen sich dabei nicht als Repräsentant*innen der jüdischen oder palästinensischen Communities, sondern sprechen über ihre ganz individuellen Gedankengänge und Zweifel. Dazu gehört für sie auch, »dass das Verhältnis zwischen Israel und Palästina nicht das zweier ebenbürtiger Parteien ist, die sich irgendwie einigen müssen. Es gibt den Staat Israel, der einer besonderen Bedrohungslage ausgesetzt ist, der jedoch innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949 anerkannt ist, und es gibt ein weiteres Volk – das palästinensische –, dem diese Anerkennung verwehrt bleibt, das nicht selbstbestimmt lebt, sondern einer Militärbesatzung unterworfen ist. Israelis und Palästinenser*innen brauchen Frieden und Sicherheit – aber Palästinenser*innen brauchen auch Freiheit und Gleichberechtigung.« Wie in ihrer Arbeit, spricht auch aus ihrem Buch eine klare Haltung gegen selektiven Humanismus und für Empathie. Neben den Schuldialogen geben sie eine Anleitung für den Versuch, über Israel und Palästina mit Erwachsenen, besonders der deutschen Mehrheitsgesellschaft, zu sprechen und sie zu sensibilisieren.

MATERIALIEN

Was tun gegen Diskriminierung an Schulen?

Die Publikation der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stellt Maßnahmen und Projekte gegen Diskriminierung vor und liefert vielfältige Anregungen, um selbst gegen Diskriminierung an Schulen aktiv zu werden.

Zum Download:



Antisemitismus heute

Die Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V. hat die Broschüre »Erkennen. Einordnen. Unterstützen.« herausgegeben. Darin wird unter anderem Antisemitismus in der Gegenwart genauer betrachtet und ein Fokus auf den Kontext Schule



➔ Lutz van Dijk: *Irgendwann die weite Welt*, Querverlag, 2024, 216 Seiten



➔ Jouanna Hassoun & Shai Hoffmann: *TRIALOG. Wie wir über Israel und Palästina sprechen*, Quadriga, 2024, 255 Seiten

gelegt. Dabei stellen sie klar: »An Schulen treffen antisemitische Dynamiken womöglich auf wenig Widerstand und entfalten ihre Kraft im Zusammenhang mit festen und zum Großteil asymmetrischen Machtverhältnissen



und Beziehungskonstellationen.« *Diese und weitere Materialien zum Download:*

AKTIVITÄTEN

Teilnahme am Berliner Schüler*innenzeitungswettbewerb

Die Jugendpresse Berlin-Brandenburg lädt erneut Berlins Schüler*innenzeitungen ein, mit ihren Ausgaben und Artikeln am Berliner Schüler*innenzeitungswettbewerb teilzunehmen. Beim Wettbewerb werden Hauptpreise für die besten Schüler*innenzeitungen jeder Schulform vergeben. Dafür wird eine Ausgabe der Zeitung von einer Fachjury, bestehend aus Journalist*innen und Vertreter*innen verschiedener Bildungsinitiativen, ganzheitlich bewertet. Darüber hinaus werden Sonderpreise verschiedener Partner*innen für solche Einsendungen vergeben, die sich einem bestimmten Thema widmen. In diesem Jahr können Artikel zu den Themen Europa, Digitaler Journalismus, Berliner

Theater, dem Schulesen und dem Miteinander in der Schule eingereicht werden. Einsendeschluss für die Haupt- und Sonderpreise ist der 15. November 2024. Zu gewinnen gibt es Geldpreise, die die Arbeit der Redaktionen unterstützen sollen. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Jugendpresse Berlin-Brandenburg, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und des Jugendportals Jup! Berlin. Der Tagespiegel unterstützt die Durchführung als Medienpartner.



Hier geht es zur Bewerbung: schulerzeitungswettbewerb.de/berlin

Fortbildung »Auf den Spuren des Widerstands gegen Rassismus«

Das Fortbildungsangebot der Initiative Perspektivwechsel richtet sich an interessierten Lehrkräfte und Lehramtsstudierende. Wie spreche ich mit Schüler*innen über den Zusammenhang zwischen Rassismus und Kolonialismus? Welche konkreten Beispiele gibt es für koloniale Kontinuitäten? Und wie gestaltet sich anticolonialer Widerstand? Vorgestellt werden der Bildungscomic »Widerstand« sowie interaktive Methoden für den Unterricht (ab 15 Jahren). Eine Fortbildung dauert drei Stun-

den. Am 5. Dezember gibt es eine Fortbildung exklusiv für Englischlehrer*innen und am 12. Dezember findet eine Fortbildung von 15 – 18 Uhr im Global Village in Berlin-Neukölln statt, die für alle Lehrkräfte/Lehramtsstudent*innen offen ist.



Eine Anmeldung ist hier möglich: www.initiative-perspektivwechsel.org

»Rein ins Gemälde! Eine Zeitreise für Kinder«

Mit »Rein ins Gemälde! Eine Zeitreise für Kinder« lädt das Deutsche Historische Museum erstmals junge Museumsgäst*innen im Grundschulalter und ihre Familien dazu ein, eines der berühmten Augsburger Monatsbilder aus dem 16. Jahrhundert zu erforschen. Auf dem Gemälde abgebildete Menschen werden zu Erzählfiguren und eröffnen den Besucher*innen Zugänge zu vier Themenfeldern: Menschen, Spiel, Handel und Natur. In der inklusiv gestalteten Ausstellung kommen Kinder auf spielerische und forschende Weise dem Sichtbaren und nicht Sichtbaren auf die Spur. Sah das Leben in dieser Zeit wirklich genauso aus? Das Anliegen ist, die Besucher*innen an eine genaue und kritische Betrachtung bildlicher Darstellungen heranzuführen.

Die Ausstellung des Deutschen Historischen Museums läuft noch bis zum 19. Januar 2025.

Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung im Nationalsozialismus und heute

Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung treten im Lauf der Geschichte in verschiedenen Formen auf. Zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mussten allein im Deutschen Reich etwa 13 Millionen Männer, Frauen und Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Auch heute kommen Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit in einigen Branchen Deutschlands in großem Umfang vor und dienen als Grundlage ihrer Geschäftsmodelle. Der Workshop nimmt diese Thematiken und ihre Systematik in den Fokus und schärft den Blick für unfreie Arbeitsverhältnisse in ihren historischen und aktuellen Formen. Der Workshop findet am 16. November 2024 von 10 Uhr bis ca. 17.30 Uhr im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit statt (Britzer Straße 5, 12439 Berlin). *Es wird um Anmeldung bis zum 11.11. unter beyer-buns@topographie.de gebeten. Ein Kooperationsprojekt von Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg, DGB/VHS e.V. und dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit*

ANZEIGEN

MIETEN SIE EINEN BUS
für Ihre Klassenfahrt oder
Ihren Kindertagesausflug

BUSMOBIL24
Eine Marke der BMobility24 GmbH

☎ 030-921 014 280 ✉ info@busmobil24.de
🌐 www.busmobil24.de

ÖFFENTLICHER DIENST
IHR SORGT FÜR BILDUNG
WIR BILDEN EURE ABSICHERUNG

DebeKa Krankenversicherung
**BERLIN VERBEAMTET WIEDER LEHRER –
WIR STEHEN BEREIT**

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

DebeKa
Versichern und Bausparen

QR code linking to the website.

SENIOR*INNEN

Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an: seniorinnen-team@gew-berlin.de. Außerdem finden sich alle Termine im Veranstaltungskalender auf der GEW-Website: www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender/events/list. Das Leitungsteam der Senior*innen organisiert am 3. Mittwoch jeden Monats ein Treffen mit Vorträgen zu politischen und sozialpolitischen Themen mit anschließender Diskussion, Berichten aus dem Gewerkschaftsleben sowie einer aktuellen Viertelstunde.

Euer Senior*innen-Team

Senior*innen/Junge Alte

• **Mittwoch, 20. November | 14.30 Uhr**
Der Historiker **Martin Sabrow** referiert zu einem seiner aktuellen Forschungsthemen. Prof. Dr. M. Sabrow, bis 2021 Leiter des Potsdamer Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), wurde 2005 Vorsitzender der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission »Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Er arbeitet gegenwärtig an einer Honecker-Biografie. Seine Abschlussvorlesung vor zwei Jahren an der HU hatte den Titel »Zeitenwende in der Zeitgeschichte«. Wir sind gespannt auf Martin Sabrow.

• **Mittwoch, 18. Dezember | 14.40 Uhr**
Kurzthemen, Kaffee und Kekse Auf unserem Dezember-Treffen wird es auch ein bisschen um Inhaltliches gehen, z.B. Bericht aus der AG

Internationales. Ansonsten sind Kaffee, Kekse und andere Plauderei angesagt. Komm einfach dazu!

Senior*innen Lichtenberg/ Marzahn-Hellersdorf

• **Dienstag, 26. November | 14.30 Uhr**
»Fallada in Marzahn« Alle kennen den Namen Hans Fallada. Aber kennen wir den Autor wirklich? Wir wandern gedanklich auf den Spuren des Autors Hans Fallada in Brandenburg. Dieses »Paradies mit Brennesseln« stellt uns der Autor Roland Lampe unterhaltsam, anschaulich und mit anschließendem Gedankenaustausch vor. Kosten: 3 Euro; Treffpunkt: 14.30 Uhr, Kaffee & Kultur, Marzahner Promenade 38, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte; Fahrverbindung: Tram 6 und 16; Bus 191,192 bis Marzahner Promenade; Kontakt: Marina Wulff, Tel. 030/64 39 70 43

• **Freitag, 6. Dezember | 14.00 Uhr**
Nikolaus in Marzahn Der Nikolausstiefel ist gefüllt mit einer Kaffeetafel und anschließendem Weihnachtsprogramm. Zwei Berliner, das »Duo Ungebremst«, bringen kein sentimentales Programm, sondern einen Mix aus Gesprächen über weihnachtliche Traditionen in Berlin. Durchgezogen ist das Programm von Liedern eigener Produktion und altbekannter und moderner weihnachtlicher Musik. Kosten: 8 Euro, Treffpunkt: 14 Uhr Marzahner Promenade 38, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte; Fahrverbindung: Tram 6 und 16; Bus 191,192 bis Marzahner Promenade; Kontakt: Barbara Schütz, Tel. 030/472 74 77
Es wird um eine Anmeldung bis zum 29.11.2024 direkt im Stadtteilzentrum unter Tel. 030/998 95 02 gebeten.

Senior*innen Pankow

• **Montag, 18. November / 14 Uhr**
Jahresabschlussveranstaltung, Auswertung des Jahres und Ausblick auf 2025 Treffpunkt: 14 Uhr in der Begegnungsstätte am Friedrichshain, Bötzowstraße, Verantwortlich: Seniorenausschuss

ANZEIGEN

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2024

- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Umgang mit unfairer Argumentation
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Lampenfieber als Herausforderung

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org



Politische Bildung – Seminarfahrten – Klassenfahrten

6.+7. NOV	9.00 UHR	Landesdelegiertenversammlung
08. NOV	18.00 UHR	Fachgruppe Erwachsenenbildung
12. NOV	18.00 UHR	Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit
12. NOV	18.00 UHR	Junge GEW
12. NOV	19.00 UHR	AG Schwule Lehrer
13. NOV	17.00 UHR	AG Frieden
19. NOV	17.00 UHR	AG Medienbildung
19. NOV	17.30 UHR	Abteilung Berufsbildende und zentralverwaltete Schulen
20. NOV	18.30 UHR	LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen
21. NOV	18.00 UHR	Kita AG
26. NOV	18.00 UHR	Sprecherinnenrat
28. NOV	15.00 UHR	AG Jugendliteratur und Medien
10. DEZ	18.00 UHR	Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit
10. DEZ	18.00 UHR	Junge GEW
10. DEZ	19.00 UHR	AG schwule Lehrer
11. DEZ	17.00 UHR	AG Frieden
12. DEZ	18.00 UHR	Abteilung Wissenschaft – Sitzung des Leitungsteams
12. DEZ	18.00 UHR	Kita AG
17. DEZ	17.00 UHR	AG Medienbildung
18. DEZ	18.30 UHR	LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen

Eine ausführliche Übersicht aller kommenden Veranstaltungen findest du auf unserer Webseite: www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender

Kinderbetreuung

Wir möchten die Vereinbarkeit von Gewerkschaft und Familie fördern, deswegen übernehmen wir einen Teil deiner Betreuungskosten in Höhe von 15 Euro pro Stunde. kinderbetreuung@gew-berlin.de

Chor

6. + 20. November, 4. + 18. Dezember um 16.45 Uhr, Lette Verein, Raum A 480, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin, Kontakt: Peter Sperling und Christine Naumann, Tel. 030/28 43 25 01

Geburtstags-Stammtisch GEW Ruheständler*innen

27. November um 14.30 Uhr im GEW-Haus, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 030/471 61 74

Sambagruppe

Die Sambagruppe der GEW BERLIN tritt regelmäßig bei öffentlichen Veranstaltungen auf und freut sich auf neue Mitglieder. Wir proben immer donnerstags um 17 Uhr. Kontakt: samba@gew-berlin.de

Singkreis

13. + 27. November, 11. Dezember um 16.30 Uhr, Lette Verein, Raum A 480, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin; Kontakt: Luis von Simons, Tel. 0170/544 60 76 und Ulfert Krahe, Tel. 030/833 33 63



DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
Tel. 033923-74022 • flecken.zechlin@dgb-jbs.de
www.dgb-jbs.de

NIE WIEDER!

33. Mahnwache am Samstag, dem
9. November, von 17 bis 18 Uhr



Mahnwache
[www.gew-berlin.de/
veranstaltungen](http://www.gew-berlin.de/veranstaltungen)

Zum 33. Mal erinnern wir gemeinsam mit einer Mahnwache an die Novemberpogrome vor 86 Jahren, bei denen Bürger*innen massive Gewalt gegenüber der jüdischen Bevölkerung ausübten. Kommt zahlreich zur Gedenktafel vor dem U-Bahnhof Wittenbergplatz, denn wir müssen uns aktiv dem heutigen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus entgegenstellen!